

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnements-Preis pränumerando:
 Vierteljährlich 3,30 Mk., monatlich 1,10 Mk.,
 wöchentlich 25 Pf., frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pf., Sonntags-
 Nummer mit illustrierter Sonntags-
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf., Post-
 Abonnement: 2,50 Mark pro Quartal.
 Eingetragen in der Post-Verzeichnungs-
 Preisliste für 1900 unter Nr. 7971.
 Unter Kreuzband für Deutschland und
 Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das
 übrige Ausland 3 Mark pro Monat.
 Erscheint täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühr
 beträgt für die sechsstelligen Kolonien-
 stelle oder deren Raum 40 Pf., für
 vollständige und gemischtgeschlechtliche Vereins-
 und Versammlungs-Anzeigen 20 Pf.,
 „kleine Anzeigen“ jedes Wort 5 Pf.,
 (nur das erste Wort frei). Inserate für
 die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr
 nachmittags in der Expedition abgegeben
 werden. Die Expedition ist an Wochen-
 tagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und
 Festtagen bis 8 Uhr vormittags geöffnet.
 Fernsprecher: Amt 1, Nr. 1508.
 Telegramm-Adresse:
 „Socialdemokrat Berlin“

Redaktion: SW. 19, Beuth-Strasse 2. Sonnabend, den 13. Januar 1900. Expedition: SW. 19, Beuth-Strasse 3.

Socialdemokratie und Seemanns-Ordnung.

— Hamburg, 11. Januar.

In einem Artikel mit dieser Ueberschrift sucht die aus dem Reichsamt des Innern geköpfte „Berliner Korrespondenz“ unsere Kritik des Entwurfs einer Seemanns-Ordnung in Nr. 4 des „Vorwärts“ abzuschwächen und den Entwurf gegen unsere Angriffe zu verteidigen.

Der Artikelverfasser ist der Ansicht, daß es dem Kritiker nicht leicht gefallen sei, sein Angriffsmaterial zusammenzubringen. Darin irrt er sich getauelt. Er darf mir das dem Reichsamt des Innern regelmäßig überhandte Organ der Seeleute. „Der Seemann“, zur Hand nehmen, und er wird darin ein ebenso reiches „Angriffsmaterial“ finden, wie der Kritiker, so daß er sich veranlaßt finden dürfte, seine Meinung einer Revision zu unterziehen. Meistens ist der „socialdemokratische Kritiker“ in der angenehmen Lage, sich auf eine, der seinen völlig gleiche Beurteilung von durchaus unverdächtigter Seite berufen zu können. Der Verein der Seeleute hat in seiner letzten, in voriger Woche stattgefundenen Versammlung bürgerlichen Blättern zufolge sich genau in demselben Sinne über den Entwurf geäußert, nämlich, daß die Lage der Mannschaft wenig oder gar nicht gebessert wird, wenn der Entwurf zur Annahme gelangt.

Wenn er ferner diejenigen stenographischen Reichstags-Berichte einsehelt, welche die von socialdemokratischen Abgeordneten wiederholt veranlaßten Debatten über die Notwendigkeit einer neuen Seemanns-Ordnung enthalten, so wird er finden, daß die Befestigung der „freien Vereinarbeitung“ und „besonderen Verabredung“ nicht von einem „socialdemokratischen Kritiker“, auch nicht von der socialdemokratischen Fraktion, sondern von den Seeleuten selbst gefordert wird, wie denn auch die beiden von der Fraktion eingereichten Anträge nicht von dieser, sondern von den Seeleuten selbst ausgearbeitet worden sind. Die Fraktion hat der Arbeit der Seeleute weder eine Zeile hinzugefügt, noch eine daran gestrichen.

Es stehen sich bei Beurteilung dieser Frage die wirtschaftlich starken Reeder und die wirtschaftlich schwachen Seeleute gegenüber und da ist es erklärlich, wenn die ersteren im Grunde mit der für ihre Interessen eintretenden Regierung erklären: „ohne freie Vereinarbeitung geht's nicht!“ Daß es den Schiffseuten möglich sei, sich durch „besondere Verabredungen“ gewisse materielle Vorteile bei Festsetzung des Stundenlohnes für Ueberstunden z. B. zu sichern, glaubt kein Seemann mehr nach den gemachten Erfahrungen. Deshalb bleiben die Seeleute dabei: fort mit den freien Vereinbarungen!

Wenn es nach Ansicht des für das Wohl der Reeder anscheinlich so sehr besorgten Artikelverfassers im Schiffahrtsbetriebe nicht zugänglich ist, eine bestimmte Arbeitszeit — ganz abgesehen von der Frage der acht- oder zehnstündigen — gesetzlich festzulegen, ebenso wenig wie die Sonntagsruhe, wozu dann die diesbezüglichen §§ 33—35? Soll es dem Reeder gestattet sein, durch „freie Vereinarbeitung“ den Schiffsmann zu beliebig langer Arbeitszeit, auch an Sonn- und Festtagen zu zwingen, dann sind die diesbezüglichen Bestimmungen des Papier und die Druckerzwänge nicht wert, worauf sie gedruckt sind. Damit hinunter!

Betreffs Abweisung der Forderung der See-Schöffengerichte meint der Offiziosus, daß diese aus sehr naheliegenden Gründen den Anwillen des socialdemokratischen Kritikers hervorgerufen habe. Nun, wenn er den „Seemann“ fleißig liest, wird er finden, aus welchen Gründen die Seeleute an dieser Forderung festhalten werden, auch ohne hohe obrigkeitliche Bewilligung, ebensowohl wie an der Forderung des Koalitionsrechts, trotzdem er schon bei Bewilligung dieses Rechtes die „rote Flagge auf den Schiffen“ gehißt sieht. Wenn er den von der socialdemokratischen Fraktion in der IX. Legislaturperiode IV. Session eingereichten Antrag — Entwurf einer neuen Seemanns-Ordnung, Druckache 60 — durchsieht, wird er finden, daß es in § 30 heißt: „Der Schiffsmannschaft ist vor Eintritt der Reise Gelegenheit zu geben, aus ihrer Mitte . . . einen Obmann zu wählen.“ Ferner lautet der erste Absatz des § 30 ebendasselbe: „Der Schiffsmann ist verpflichtet, in Ansehung des Schiffsdienstes alle ihm seitens des Schiffers oder eines sonstigen Vorgesetzten übertragenen Arbeiten zu verrichten, für welche er sich durch den Heuervertrag verpflichtet hat.“ Daraus geht wohl zur Genüge hervor, daß es den Seeleuten gar nicht eingefallen ist, an Bord des Schiffes auf der Reise Versammlungen abzuhalten oder gar durch Einstellung der Arbeit das Schiff und die daraus befindlichen Menschen und Güter zu gefährden. Was gefordert wird, ist die Sicherung des Koalitions- und Vereinsrechts gegen die Angriffe des profit- und dividenden-hungrigen Unternehmertums.

Köstlich ist die Konstatierung der Tatsache, daß seit etwa drei Jahren die Socialdemokratie unter den Seeleuten festen Fuß gefaßt hat. Das stimmt! — Weich der Verfasser des Artikels auch, welche besonderes Ereignis wesentlich dazu beigetragen hat? Vielleicht erinnert er sich, daß vor gerade drei Jahren der große Streik der Hafenarbeiter und Seeleute in Hamburg stattgefunden hat und daß dieser schwere wirtschaftliche Kampf, wie wir damals schon voraussetzten, es gewesen ist, welcher den Seeleuten die Augen öffnete, ihnen zeigte, die Herren Reeder — Herr Lasitz mit seinem: „ich könnte wohl bewilligen, es fällt mir aber gar nicht ein“ an der Spitze — haben es ermöglicht, daß die socialdemokratischen Lehren den Seeleuten elf Wochen lang Tag für Tag vorgetragen werden konnten, und daß davon sehr viel fügen geblieben ist, beweist die fortwährende Zunahme des Seemanns-Verbandes an Mitgliedern. Eine weitere und erfolgreiche Ausbreitung der „socialdemokratischen Propaganda“ unter den deutschen Seeleuten würde weder die verdächtigsten Disziplinär-Bestimmungen noch die gesetzliche Festlegung des Prägegeldes in der neuen Seemanns-Ordnung zu verhindern oder auch nur zu hemmen imstande sein.

Es geht „Voll dampf voraus“; — Trost alle dem!

Die Seeleute in Hamburg nahmen in einer stark besuchten Versammlung Stellung zu dem Entwurf der neuen Seemanns-Ordnung. Nach einem einleitenden Referate der Seeleute A. Störmer und P. Müller wurde folgende

Protest-Resolution

einmütig angenommen:
 „Wir seemannsähnlichen Arbeiter sprechen unser tiefstes Bedauern darüber aus, daß die deutsche Reichsregierung, wie die Entwürfe der neuen Seemanns-Ordnung und der diesbezüglichen Nebengesetze beweisen, unseren Forderungen gegenüber ein so geringes Entgegenkommen gezeigt hat.“

Seit dem Bestehen des Deutschen Reiches sind die für den gewerblichen Arbeiter bestehenden Gesetze wiederholt zu Gunsten der Arbeiter abgeändert, während für uns Seeleute in dieser Beziehung in den ganzen nahezu 30 Jahren gar nichts geschehen ist. Mit desto größerer Zuversicht erwarteten wir nunmehr ein weit geneigteres Eingehen auf unsere Forderungen, zumal dieselben durchschneidend als recht beschiedene von jedem ehelich denkenden Menschen bezeichnet werden müßten.

Wir sehen uns jedoch arg getäuscht; nach wie vor sollen wir der Willkür, der Rohheit und der Ausbeutung in den meisten Fällen schrankenlos preisgegeben sein. Wohl sind die Rechte der Reeder nach jeder Richtung hin vollkommen gewahrt, dagegen haben wir das Empfinden, als ob wir als Staatsbürger zweiter Klasse von der Gesetzgebung behandelt werden, trotzdem wir als deutsche Seeleute anerkanntermaßen schon so häufig in den Stunden euester Gefahr einen sehr hohen Grad von Muth und Aufopferung für das Leben und das Eigentum anderer bewiesen haben. Wir sind keine Soldaten oder Gefangene, wir sind auch keine Diensthoten oder gar Schulkinder, die leider noch durch Prügelschläge heute zur Reision gebracht werden, sondern wir sind Männer und Staatsbürger, die in ihrem schweren Beruf und auch dem Staate gegenüber ihre volle Schuldigkeit bisher gethan haben und auch in Zukunft thun werden.

Und deshalb fordern wir von der Gesetzgebung zum mindesten eine Gleichstellung mit dem gewerblichen Arbeiter und mit jedem Staatsbürger, soweit es unser eigenartiger Beruf zuläßt und wir es in unseren Anträgen zum Ausdruck gebracht haben. Wir erwarten von den Gesetzgebern eine ebenso eingehende Prüfung unserer Anträge als der seitens der Regierung formulierten — was die Regierung als socialdemokratische Anträge bezeichnet, das sind eben unsere der socialdemokratischen Fraktion unterbreiteten Anträge — und deshalb bitten wir auch wiederum speciell die Vertreter des Proletariats, da nur sie einzig und allein für unsere Interessen mit aller Energie bisher eingetreten sind, auch bei diesen Gesetzentwürfen wiederum ihre volle Kraft zur Verbesserung unserer elenden Lage einsetzen zu wollen und dem Willkürzustand im Schiffahrtsbetriebe endlich ein Ziel zu setzen. Unser Leben und unsere Gesundheit stehen und bei weitem höher als die Habgucht und die Geldgier der Reeder, und deshalb werden wir auch nicht aufhören, unsere Klagen und Notrufe so lange und so laut erschallen zu lassen, bis sie endlich das uns genügende Gehör gefunden haben werden.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 12. Januar.

Der Reichstag

bot am Freitag ein seltenes Schauspiel: Freiherr v. Stumm Hand in Hand mit der Socialdemokratie. Es erhellt daraus, daß der grüne, jedoch nicht mehr ernst genommene Socialistenstout mitunter lichte Augenblicke hat. Jedenfalls war es in einem solchen Augenblick, daß er eine, dem Haus heute vorliegende Resolution auf Einführung eines Gesetzentwurfes beantragte, durch welchen im Anschluß an die Invalidenversicherung die Witwen- und Waisenversicherung für die versicherten Personen eingeführt wird. Wer das Princip der Arbeiterversicherung anerkennt, muß auch konsequenterweise für die Versicherung der Arbeiter-Witwen- und Waisen sein.

Der heutige Stand des Gesetzes zeigt die ärgsten Anomalien.

Wenn ein Arbeiter in seinem Beruf verunglückt, so wird für die Witwe und die Waisen gesorgt — wenigstens so weit die Grobmut des Gesetzes reicht.

Stirbt der Arbeiter an einer Berufskrankheit — was das Los der meisten Arbeiter ist, so kräftigt kein Hahn nach der Witwe und den Waisen. Und daß die Arbeiter, selbst in einer Zeit des Aufschwungs — von Ausnahmen abgesehen — nicht in der Lage sind, auf privatem Wege ihre Angehörigen zu versichern, das wurde heute mit Anerkennungswertem Freimuth rückhaltlos von Herrn Köstler ausgesprochen.

Außer dem Stummschen Resolutionsantrag stand auf der Tagesordnung auch ein Antrag des Centrums-Patent-Socialreformers Dr. Dize, dahin gehend, die Witwen- und Waisenversicherung nur für die „in Fabriken beschäftigten Personen“ einzuführen. Die Einschränkung auf die Fabrikarbeiter bedeutet natürlich eine Liebesgabe an die Herren Junker; und der agrarische Pferdeschuh unter dem langen Kaplanrock des Herrn Dr. Dize würde, als dieser seinen Antrag begründete, noch weiter herausgestreckt. Die Witwen- und Waisenversicherung — so meinte der fromme Herr — lege der Landwirtschaft schwere Opfer auf, die man ihr nicht zumuten könne, es sei denn, daß man sie durch Erhöhung der Kornzölle und die andern „großen und kleinen Mittel“ dazu stärke. Das heißt, Herr Dize, der die Arbeiter mit seinen Bettelstuppen und seinem famosen Knochenbrei abspeist, will die nothleidenden Junker mit Sekt und Austern regalieren und das aus der Tasche des arbeitenden Volkes! Das nennt sich christliche Socialreform!

Die Reichsregierung verhielt sich ablehnend. Graf Pofadowsky machte auf die „ungeheuren Kosten“ — 100 Millionen Mark das Jahr — aufmerksam und forderte zum mindesten einen Aufschub, bis die drei alten Versicherungsgesetze erümt seien. Dann könne man an die „Ordnung des Gebäudes“ gehen. Mit den „ungeheuren Kosten“ hat Graf Pofadowsky ja gewiß recht; denn bei der Beurteilung von Kosten kommt alles auf den Zweck an. Wenn es sich darum handelt, für Kasernen, Kanonen, Kriegsschiffe und Soldaten 600 Millionen Mark jährlich auszugeben, und außerdem noch im Laufe der nächsten 16 Jahre zwei bis dreitausend Millionen aufzurufen und Wasserkränze zu verwenden, die jedenfalls eine gefährlichere und namentlich teurere Krankheit ist, als die Wasserscheu oder Hundswut — so sind das, in Anbetracht des Zwecks, ganz geringfügige Ausgaben. Aber 100 Millionen Mark jährlich für das arbeitende Volk, das nach den Begriffen der „Edelsten unserer Nation“ überhaupt gar nicht einmal „geboren“ ist und für die lumpige Arbeit, die es für den Staat und die Gesellschaft verrichtet, noch über Verdienst abgezahlt wird — das wäre eine „ungeheure“ Verschwendung.

Unser Fraktionsredner, Molkenbühr, stellte freilich eine andere Rechnung auf; er meinte, 100 Millionen für die Witwen und Waisen der Arbeiter — das sei eine wahre Lumperei und sehr leicht zu beschaffen, nur müsse man Wollen und die Lasten auf die „tragfähigen Schultern“ legen. Dem Antrag Stumms wüßten wir zustimmen, während der Dize'sche entschieden zu verwerfen sei. Von „Ordnung des Gebäudes“ sollte man aber nicht reden, denn es sei noch gar kein Gebäude da, das gefirmt werden könne, sondern nur drei schlecht und planlos gebaute Baracken, ohne gemeinsames Fundament und ohne Einheitlichkeit.

Herr Richter stellte, von seinem manchesterlichen Herzen getrieben, den Antrag, die beiden Resolutionen einer Kommission von 28 Mitgliedern, am besten der zu wählenden Kommission über das neue Unfallgesetz zu überweisen. Er erlebte jedoch den Schmerz, daß nur die Antisemiten und einige Konservative für seinen menschenfreundlichen Antrag stimmten, und die Resolution Stumm schließlich mit großer Mehrheit angenommen wurde.

Auch das Centrum stimmte für den Antrag Stumm, nachdem Herr Dize erklärt hatte, daß, um keine Verwirrung anzurichten, seine Freunde für den Antrag stimmen würden, mit dem Vorbehalt, daß der (agrarische) Grundgedanke hoffentlich zur Geltung kommen werde.

Zwischen war es halb fünf geworden, so daß der Reichstag auf den Eintritt in eine neue Materie verzichtete und sich verlagte.

Morgen Fortsetzung der zweiten Beratung des Reichshaushalts-Etats — Inneres und Justiz. —

Auch ein Blick an der Comte.

Zu den Sonnenblähen, die uns schon die von Bülow'sche Staatskunst bescheert hat, zählt Ostafrika. Die foeben dem Reichstage vorgelegte Denkschrift über die Entwicklung von Deutsch-Ostafrika im Jahre 1898/99 zeigt von neuem, wie wenig erfreulich es auf diesem Sonnenplatze ausschaut. Von „Entwicklung“ kann eine Spur dagegen läßt die Denkschrift zahlreiche geradezu trostlose Bilder vor uns erschauen.

Die Gesamtzahl der Deutschen in dem weiten Gebiet von Ostafrika beträgt nicht mehr als 881 Personen, Frauen und Kinder einbegriffen. Von diesen 881 kommen aber 222 auf die Kolonialverwaltung des Schutzgebietes und 172 auf die Schutztruppe. Kaufleute finden sich auf diesem weltpolitisch errungenen Besitz ganze 55, Pfleger 62, Handwerker 53, Händler und Gastwirte 11, Missionare sind 153 thätig.

Es ist aber auch wirklich nicht zu verwundern, daß die deutsche Bevölkerung in Ostafrika nicht höhere Ziffern aufweist. Denn was die Denkschrift über die Gesundheitsverhältnisse erzählt, ist im höchsten Maße abschreckend. Der offizielle Sanitätsbericht für das gesamte Schutzgebiet beginnt mit der erbaulichen Einleitung:

„Das Verhältnißjahr war in sanitärer Hinsicht für die eingeborene Bevölkerung ein sehr ungünstiges wegen der anhaltenden Dürre und wegen des Ausbreitens großer Heuschreckenschwärme. Die Folge war eine über große Teile der Kolonie verbreitete Hungersnot. Das Gouvernement und auch die private Wohlthätigkeit haben nach Kräften die Not zu lindern gesucht, jedoch waren die nothleidenden Bezirke so ausgedehnt und der Hungernden so viele, daß die geleistete Hilfe kaum mehr wie einen Tropfen auf einen heißen Stein bedeutete. Groß ist die Zahl der Eingeborenen, welche der Hungersnot zum Opfer gefallen sind. Soweit nicht Herbizwische infolge völligen Mangels an Nahrungsmitteln die direkte Todesursache war, ging der überwiegende Teil an Darmkrankheiten, insbesondere an Ruhr zu Grunde, infolge der quantitativ ungenügenden, unregelmäßig eingenommenen und vielfach aus schwer oder ganz unverdaulichen Stoffen, wie Baumrinde, Pflanzensurzeln u. d. bestehenden Nahrung. Auch Erältungskrankheiten kamen unter den auf der Erde nach Nahrungsmitteln sich herumtreibenden und dabei vielfach im Freien kampierenden Hungernden vielfach vor. Ein allgemein verbreitetes Leiden gerade unter den durch Hunger und Elend meist völlig gleichgültig und apathisch gewordenen Kolonisten waren ausgedehnte Perforationen von Fingern und Zehen durch Vereiterungen, die aus Sandflöhen-Ge-

schwären entstanden waren, wodurch nicht wenig Leute zu Krämpfen geworden sind. Auch für die Entstehung und Verbreitung ansteckender Krankheiten bot die hungernde Bevölkerung ein günstiges Substrat.

Auch von Pestherden und Lepra gefahr weiß der Bericht zu melden. Etwas günstiger ist der Gesundheitszustand der Europäer. Doch sind die Malaria-Erkrankungen wieder sehr häufig.

Natürlich konnte bei der ungenügenden Düre von einem Gedeihen der Landwirtschaft gar keine Rede sein. Wie im vorigen Berichtsjahre, so hat auch in diesem die Landwirtschaft sehr schwer unter ganz abnormer Dürre zu leiden gehabt. Fast achtzehn Monate lang war eine eigentliche Regenzeit ausgeblieben, so daß in den meisten Bezirken eine schwere Hungersnot ausbrach, die noch durch Heuschrecken-Schaden vermehrt wurde. Selbst alle Einwohner wissen sich nicht zu erinnern, daß Brunnen und Stünipfe, die in diesem Jahre trocken lagen, jemals früher versiegt wären. Am meisten wurden die nördlichen Bezirke heimgesucht. Tanga, Pangani, Bagamoyo und Dar-es-Salaam haben schwer gelitten, viele Einwohner sind gestorben, andere fortgezogen.

Eine weitere Folge der Hungersnot war das Wiederaufleben des allmählich unterdrückten Sklavenhandels: „Kamentlich halbwüchsige Kinder werden geraubt, teilweise auch von ihren eigenen Angehörigen, um Geld zum Lebensunterhalt zu erlangen, in die Sklaverei verkauft. Durch Auswanderung militärischer Streifkommandos gelang es, im Bezirk Bagamoyo einer weitverzweigten Bande auf die Spur zu kommen, die anscheinend gewerbmäßig den Vertrieb geraubter Kinder nach Zanzibar betreibt.“

Wie furchtbar die Hungersnot wirkte, zeigt die Mitteilung aus dem Verwaltungsbezirk Tanga, daß die Bevölkerung des Bezirks binnen Jahresfrist etwa um die Hälfte zurückgegangen ist, nämlich von 123 308 auf 61 328 Menschen. Weiter heißt es im Bericht aus Tanga:

„Die Größe der Not spricht sich in der Abnahme der Ortschaften und Wohnplätze, wie der Häuser und Hütten in ihnen aus. In diesem Jahre giebt es 301 Wohnplätze und statt 3347 bewohnter Häuser und Hütten, existieren deren nur 10 627, also 13 700 weniger als im vorigen Jahre.“

Das trübe Bild der wirtschaftlichen Lage des Bezirks im Vorjahr ist leider in diesem Jahr in vieler Beziehung noch dunkler geworden.

Die Heuschrecken sind durch die Regen nicht vernichtet. Im Distrikt Nulwa (Südostafrika) lagen ausgewachsene Schwärme und in den Landkafsten Bunde und Süd-Digo an vielen Orten halb ausgewachsene Brut. Der neuen Ernte droht also wieder große Gefahr.

Achilles wird aus fast allen Verwaltungsbezirken berichtet. Man kann den Mut unserer Kolonialbegeisterten nur höchlichst bewundern, welche dem deutschen Volke Sympathien für eine Weltpolitik, die solche Früchte trägt, einreden möchten.

Strafrechtspflege in Ostafrika.
Nach einer Berechnung der „Vossischen Zeitung“ auf Grund der Druckchrift wurde in 22 Fällen auf Todesstrafe und in 1508 Fällen auf Prügel- oder Rutenstrafe im Höchstbetrage von 25 Hieben erkannt! Von den 22 Todesurteilen wurden 13 Urteile, und zwar durch den Strauch, vollstreckt. In den übrigen Fällen erfolgte Bewädigung zu mehrjähriger Freiheitsstrafe. Zu Freiheitsstrafen über 6 Monaten wurde in Deutsch-Ostafrika in 124 und zu Freiheitsstrafen bis zu 6 Monaten in 3038 Fällen erkannt, außerdem wurden 341 Geldstrafen aufgelegt.

Zur Landarbeiternot.
Bekanntlich hat sich das preussische Abgeordnetenhaus in seiner letzten Session wiederholt mit dem in der Landwirtschaft herrschenden Arbeitermangel beschäftigt und die diesbezüglichen Wünsche schließlich zu einem 14 Forderungen umfassenden Antrag verknüpfte. Aus der nunmehr dem Hause zugegangenen Uebersicht der von der Regierung geföhten Entschlieungen ergibt sich, daß jenen Anträgen, „soweit anging, entsprochen worden“ ist. Nur über einen Teil der Anträge „sind die Erwägungen noch nicht abgeschlossen“. Unter anderem sind die Justizbehörden angewiesen, auf die thunlichste Berücksichtigung der Interessen der ländlichen Arbeitgeber bei Heranziehung von Arbeitern zur Strafverbühung auf

die Ueberweisung von Geangenen zu landwirtschaftlichen Arbeiten besonders während der Erntezelt Bedacht zu nehmen. Auch für die dem Ministerium des Innern unterstellte Strafanstaltsverwaltung ist eine erweiterte Verwendung von Strafgeangenen zu Landeskulturarbeiten angeordnet worden. Im Bereich der preussischen Staatseisenbahnen sollen neue Arbeiter-Küchfahrkarten nur noch auf Entfernungen bis zu 50 Kilometer ausgegeben und die zur Zeit noch vorhandenen Karten für weitere Entfernungen, falls nicht etwa in einzelnen Falle das Bedürfnis der Selbsthaltung anzuerkennen ist, nach und nach unter möglicher Schonung bestehender Verhältnisse aufgehoben werden. Schließlich sind die Fristen für die Beschäftigung ausländischer, polnischer Saisonarbeiter allgemein auf die Zeit vom 1. März bis zum 1. event. 15. Dezember festgesetzt und zugleich die Formulare für die Verpflichtungserklärungen der Arbeitgeber vereinfacht worden.

Man sieht, die Regierung thut alles mögliche, um sich wieder lieb und bei den Agrariern zu machen.

Deutsches Reich.

Kein Geschäft zu machen.

Die „Nordd. Allg. Ztg.“ schreibt:
„In der Presse ist wiederholt berichtet worden, daß die Firma Krupp in Essen mit der schleunigen Ausführung eines großen Auftrages zur Lieferung von Stahlgranaten an England beschäftigt sei. Dabei hat man die Frage aufgeworfen, ob es mit den Pflichten strenger Neutralität, die das Deutsche Reich in dem südafrikanischen Kriege beibehalten, verträglich erachtet werden könne, wenn Lieferungen von Kriegsmaterial aus Deutschland an eine der kriegsführenden Parteien ausgesetzt würden. Wie wir erfahren, wird diese Frage an zuständiger Stelle verneint, und es ist deshalb die Firma Krupp alsbald nach dem Erscheinen jener Meldungen erücht worden, die etwa beabsichtigte Absendung von Waffen, Geschützen, Munition oder anderem militärischem Kriegsmaterial an eine der beiden kriegsführenden Parteien einzustellen.“

Damit werden unsere Meldungen über die Herstellung von Geschützmunition für England vollumfänglich. Vor dem Grob der öffentlichen Meinung hat die Regierung den bewundernswürdigen Mut gefunden, dem reichsten Manne Preussens ein kleines Millionen-Geschäft zu verweigern. Dabei ist allerdings abzuwarten, ob der Patriotismus des Kanonenkönigs nicht Wege finden kann, um sein mörderisches Jährlich doch an den Mann zu bringen. Vielleicht verkauft er nun an irgend einen harmlosen Privatmann in Portugal oder in der Türkei, der dann die Ware dem eigentlichen Käufer zuführt.

Herr Krupp wird aber die Einwilligung der Regierung in seine Geschäftsangelegenheiten verweigern dürfen. Die seltsame Vorgehensweise der deutschen Monarchisten und Bourgeois für die Milizen der Boeren-Republikaner wird keineswegs den üblichen Anweisungen Lieferungen von Vorratssachen, Kanonen und Granaten an fremde Staaten hinderlich werden. Der große preussische Patriot wird nach wie vor Millionen einstreichen für Kriegswertzeuge, die unter Umständen der deutschen Jugend den Tod bereiten sollen.

Die Novelle zu den Unfallversicherungs-Gesetzen
nimmt eine Erweiterung der Versicherungspflichtigen in Aussicht. Es sollen in den Kreis der Unfallversicherung neu einbezogen werden: Die handwerklich-mehligten Branerbetriebe, die an Zahl etwa doppelt so groß sind, wie die bisher schon versicherten fabrikmäßigen Branchen, das Schlosser- und Schmiede-, das Fenstergewerbe und das Fleischer-gewerbe. Von letzterem waren bisher lediglich die mit einem Schlaachhausbetrieb verbundenen Fleischer in der Fleischer-Vereinsgenossenschaft vereinigt. Ferner sind in den Versicherungskreis der Lagerbetriebe und der mit einem Handelsgewerbe verbundenen Fuhrwerks-, Lagerungs-, oder Holz-fällungsbetriebe, sofern der Inhaber im Handelsregister eingetragen steht, einbezogen. Gewerbebetriebe, welche sich überhaupt auf Bauarbeiten erstrecken, sollen in ihrem ganzen Umfang der Unfallversicherung unterstellt werden, während bisher nur die Arbeiter in denselben dann versichert waren, wenn sie unmittelbar bei Bauten beschäftigt waren. Welche Gewerbebetriebe außer dem Maurer-, Zimmerer- und Dachdeckerbetriebe versicherungspflichtige Bauarbeiten vollziehen, soll durch Beschluß des Bundesrats erklärt werden. Werkmeister

sein; der ganze Betrag des Unternehmers sollte zur Gründung eines Arbeiter-Gesellschaftshauses in Hamburg verwendet werden.

Dem tiefer und schmerzlicher, denn philosophisch und germanistisch gebildeten Leser der Schriften Weddes wird freilich eine größere Anzahl derselben Belehrung, Freude und Genuß bereiten, — auch da, wo man seine Anschauungen absolut nicht teilen kann und mag! — Ich bin aber von der Meinung gewesen, daß es sich auch für den schlichten Arbeiter lohnt, zu Weddes „Jahrb.“ selbst zum zweiten Teil zu greifen und zu lernen, sich davon zu erbauen!

Wenn ich mal meine bescheidene Bibliothek aufstellen sollte nach dem Maßstab des Gehaltes der einzelnen Bücher für meinen Geist und mein Herz, würden Weddes Bücher nicht allzuweit entfernt von „Jahrb.“ zu stehen kommen!

Und ich wünschte so sehr, daß möglichst viele, vornehmlich möglichst viele Genossen und Genossinnen sich den Genuß und die Bereicherung ihres Sühns und Denkens erringen möchten, die aus Weddes Schriften zu holen sind! Es muß uns alle mit freudigem Stolz erfüllen, daß solch ein edler und hochgefeilter, ein so geistreicher und gelehrter Mann der unsre war! — und ist!

Hat man ihn und doch schier mißkannt; jedenfalls haben aber viele Mitgenossen gar nicht begreifen können, wie Johannes Wedde zur Socialdemokratie kam!

Weddes Schwester erzählt darüber in ihrem Lebensbild des Bruders: „Der edle August Geib war es, der für Wedde gleichsam die Rolle eines Führers zu jener Mission (Gesellschaft, Bund) im schlichten Werktag übernahm. In ihren Dienst stellte er sich mit ganzer Seele, nichts dafür begehrend, als Vertrauen. Das ist ihm freilich in reichem Maße zu teil geworden. Mit dem Hamburger Genossen Geib, Auer, Mos, Braack in regem persönlichen Verkehr stehend, mit den auswärtigen Freunden, vorzüglich mit dem verstorbenen Hofenleber, eine eifrige Korrespondenz unterhaltend, schickte Wedde für den „Volkstaat“ und teilte sich hin an den Angelegenheiten der Partei. In Geibs Hause suchte das Attentatsjahr die Freunde manchen Abend zusammen zu erstem Erwägen; hier begrüßte Wedde die ersten Berliner Angehörigen, deren sinnig getragene Sorge und schwer behaltener Jutgenum ihn aus tiefster Erregte. Geibs Tod war ihm ein starker Schlag: „Wem ich an ihn denke“, schreibt er, „überkommt mich eine wahre Wehmut; er hat so recht Menschen-schicksale erfahren!“ Am aber gleichsam die Bismarck-Partei an den Hut zu fassen, hielten Wedde die schwerwiegendsten Gründe ab. Wie Odhin in seinem Mantel, so hülfte er sich in tiefer Bescheidenheit und ließ die Menschen, mit denen ihn die Tages-geschäfte zusammenführten, nicht mehr sehen, als sie selbst zu sehen verlangten.“

Weiter teilt Weddes Schwester in ihrem schönen Buch über den Bruders mit, die Socialdemokratie war die einzige Partei, „die für ihn in Frage kommen konnte“. Und weiter: „Als unerlässliche Vorbedingung zu einer neuen Blütezeit der Menschheit, wie er sie lebend in Herzen trug, galt ihm die Verwirklichung des socialdemokratischen Programms.“

und Techniker sollen den Betriebsbeamten im Sinne des Gesetzes gleichgestellt, also, soweit ihre Jahresarbeitsverdienst 2000 M. nicht übersteigt, versicherungspflichtig werden. Personen, die in Betrieben beschäftigt werden, die aus einem versicherungspflichtigen und einem nichtversicherungspflichtigen Teile bestehen, z. B. in Apotheken, und die bisher nur für die Folgen der versicherungspflichtigen Arbeit versichert waren, sollen fortan für alle Beschäftigungen, zu denen sie herangezogen werden, versicherungspflichtig werden. Des Weiteren soll die Versicherung sich auf häusliche und andere Dienste erstrecken, zu denen versicherte Personen neben der Beschäftigung im Betriebe von ihren Arbeitgebern oder von deren Vorgesetzten herangezogen werden. Endlich sollen der Versicherungspflicht die bisher noch nicht unterworfenen Zweige der Seefischerei und der Kleinbetriebe der Seefischerei mit Segelbooten von nicht mehr als 50 Kubikmeter Bruttoverdrängung unterstellt werden.

Eine einschneidende Aenderung, deren besondere Besprechung wir uns vorbehalten, ist insofern geplant, als der Kreis der Auf-gaben der Berufs-genossenschaften, der sich bisher auf Unfallversicherung und Unfallverhütung erstreckte, erweitert werden soll. Den Berufs-genossenschaften soll das Recht gewährt werden, unter Berücksichtigung der landesgesetzlichen Vorschriften Ein-richtungen zu treffen, einmal zur Versicherung ihrer Mitglieder gegen Haftpflicht, sodann zur Organisation des Arbeits-nachweises. Die Teilnahme an diesen Einrichtungen soll freiwillig sein. Soweit es sich um Haftpflichtausfälle aus der reichs-gesetzlichen Unfallversicherung handelt, darf bei der ersten Ein-richtung nicht mehr als zwei Drittel durch Versicherung gedeckt werden. Bei der zweiten Einrichtung sollen die Arbeiter in gleichem Umfang wie die Arbeitgeber an der Verwaltung beteiligt werden.

Der Hängelast. Dr. Peters, der sich an das verabschiedete Aktion verhalten hat, dem er nun vorzuziehen in der Höhe des Gold-land Späher erweist, sucht zur Zeit die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit wieder auf sich zu ziehen. Er hat er den Prinzen Arenberg vorredigt, jetzt veröffentlicht er einen lächerlich-frechen Brief an den Genossen Bebel, der wie folgt lautet:

Sie haben in der Reichstags-Sitzung vom 18. März 1896 be-hauptet: 1. Ich hätte am Anfang des Jahres einen Diener und eine Kontabine von mir anhängen lassen, weil sie gefestigten Umgang mit einander getrieben hätten. Ich hätte diese Thatsache in einem Briefe an Bischof Zuber selbst zugegeben. Wie Sie nunmehr längt wissen, sind diese Behauptungen un-wahr gewesen.

Ich fordere Sie hierdurch auf, mir den Mann zu nennen, welcher Ihnen diese Sachen angedeutet hat, damit ich ihn zur Rechenschaft ziehen kann, da Sie selbst sich hinter Ihre Unverschämtheit als Reichstags-Abgeordneter vertriehen, um der Verantwortung für Ihre Behauptungen zu entgehen. Sie würden im Irrtum sein, wenn Sie glaubten, daß ich beabsichtige, diese Angelegenheit auf sich beruhen zu lassen. Ich würde meine Auf-forderung früher an Sie gerichtet haben, wenn ich nicht in Süd-afrika beschäftigt gewesen wäre.

Ergebenst (gez.) Karl Peters.

Sie haben in der Reichstags-Sitzung vom 18. März 1896 be-hauptet: 1. Ich hätte am Anfang des Jahres einen Diener und eine Kontabine von mir anhängen lassen, weil sie gefestigten Umgang mit einander getrieben hätten. Ich hätte diese Thatsache in einem Briefe an Bischof Zuber selbst zugegeben. Wie Sie nunmehr längt wissen, sind diese Behauptungen un-wahr gewesen.

Ich fordere Sie hierdurch auf, mir den Mann zu nennen, welcher Ihnen diese Sachen angedeutet hat, damit ich ihn zur Rechenschaft ziehen kann, da Sie selbst sich hinter Ihre Unverschämtheit als Reichstags-Abgeordneter vertriehen, um der Verantwortung für Ihre Behauptungen zu entgehen. Sie würden im Irrtum sein, wenn Sie glaubten, daß ich beabsichtige, diese Angelegenheit auf sich beruhen zu lassen. Ich würde meine Auf-forderung früher an Sie gerichtet haben, wenn ich nicht in Süd-afrika beschäftigt gewesen wäre.

Der Berichtshof hat in der Beurteilung des Mordfalls zum Tode und in der Vollstreckung desselben ein Dienstvergehen erfüllt. Die Todesstrafe war in diesem Falle unverschämlich, die Androhung derselben eine nicht zu billigende, mit den Grundätzen einer zivilisatorischen Rechtspflege nicht zu vereinbarende Maßregel. Das Gericht ist davon überzeugt, daß die geschlechtlichen Beziehungen des Mordts zu den Weibern zu dem harten Urteil wesentlich mitgewirkt haben.

Hätte Karl Peters noch ein wenig Bist, so würde er, anstatt an seine afrikanischen Verdienste zu erinnern, lieber die Thatsache ins Gedächtnis zurückrufen, daß er der erste Anreger der heutigen reichsdeutschen Marine- und Seepolitik war. Was die Wilton, Schmolzer, Bogner, Schweinung heute schwärmen, das hat der Karl Peters schon alles vor zehn Jahren ebenso schon und schöner gesagt. Daniels wurde er freilich ausgelacht, seine verdammten Gedanken aber sind heute die wichtigste politische Weisheit. Wenn Peters das Prioritätsrecht der Entdeckung des wasserabweisenden größeren Deutschland für sich in Anspruch nehmen würde, dann könnte ihm niemand widersprechen. Aber es scheint, daß Peters sogar auf seine kolonialen Schandthaten stolzer ist als auf die Gründung der maritimen Seepolitik. Er schämt sich offenbar dieser Jugendstunde.

Viele haben sich, wie schon bemerkt, ihre Köpfe zerbrochen, wie ein solches Mann mit so edelgenütem Herzen und so feingebildeten Geist — zur Socialdemokratie kommen konnte! So harrte 1892 ein Socialistenfreier in den Wäldern für literarische Unterhaltung (ich kann nicht nachprüfen, ob es Herr Rudolf v. Gottschalk selbst war): „Der Mann, den man aus dem Wäldchen herlich lieb gewinnen kann und der sich Kämpf erzwängt, bleibt immerhin ein Häsel, wie jene Männer vor hundert Jahren, die von ihrer Vorgeisterung für die Revolution auch nicht durch die Schreckenszeit ge-heit wurden.“ (1)

Wie kommt Carl unter die Propheten? Wie dieser tüchtige Germanist, Dramaturg und Dichter zu den Socialdemokraten? fragt sich der Herr und reist sich verbüht das Deuterkapitel über dem „Häsel, wie Wedde, ein sinniges Dutzergemüht, ein an der Familie, am Vaterlande, an seiner engern Heimat hangendes Herz, wie er seine geschichtliche Anschauung, sein warmes, gläubiges Christentum mit begeisterter Willen für die Socialdemokratie zu vereinen ver-mohte.“

Der Gedanke kommt diesen Kritiker natürlich nicht, daß Wedde möglicherweise gerade infolge seines scharfsinnigen Geistes und seines edlen menschenliebenden Herzens zur Socialdemokratie kommen mußte, daß nur sie für ihn in Frage kommen konnte! Der Gedanke kommt den Herren nie, daß ihre Vorstellung vom Wesen der Socialdemokratie etwa falsch und ein elendes Gerücht der Wirklichkeit sein konnte!

Es hat einmal jemand gesagt: Wenn ein Kopf und ein Buch zusammenstößen, und es klingt hoch, so ist nicht allemal das Buch daran schuld! Mit der hier uns beschäftigenden Frage und Wer-twürdigkeit ist es eben so. Daß Wedde zur Socialdemokratie kam, ist nur denen so absolut unsahbar, die das wahre Wesen der Partei und ihrer Grundanschauungen nicht kennen, die Nichtigkeit und den Idealismus ihrer Lehren nicht zu fassen vermögen.

Wären diese Bewunderer vorurteilsfrei und richtig informiert, so würden sie sich eben nicht wundern. Dann aber, sollte man meinen, wenn sie Weddes Charakter und Verstand bewundern, sollte das für sie ein Anlaß sein, sich zu fragen, ob dieser Mann nicht vielleicht gerade über die Socialdemokratie ein richtiges Urteil befaß, als sie selbst die Bewunderer!

Das ist sicher auch hier und da der Fall gewesen, und ich bin fest überzeugt, daß Weddes Leben und Wirken uns manchen Ge-wissen und gewiß viele Fremde unter den Nicht-Socialdemokraten gewonnen hat.

Es drängt mich, Weddes sechsten Todesdag nicht vorübergehen zu lassen, ohne einen Gedenktag auf sein Grab zu legen. Denn von dem Herrlichen gilt möglichst das Wort des mittelhochdeutschen Dichters, das ich an die Spitze meiner Mahnung stelle, dankbar unseres lieben, edlen Toien zu gedenken:

Er was des rates brüde,
Der werlte frönde ein Spiegelglas.
Wanfred Wittich.

Johannes Wedde.

† 13. Januar 1890.

Er was des rates brüde,
Der werlte frönde ein Spiegelglas.
(Zu unserer Großväter Zeit, als noch die Stammbücher Mode waren, hing man um die Jahreswende daran, diese Denkmäler der Freundschaft und Liebe zu durchmustern und auf den einzelnen Bräutern hinter dem Namen jedes in dem oben abgeschlossenen Jahre Heimgegangenen ein Kreuz zu zeichnen. Heutzutage haben die Zeitungen diese Trauerliste übernommen und teilen der Leserwelt unter der Überschrift: „Der Zug des Todes“ die Heimgegangenen des Jahres, soweit sie von öffentlicher Bedeutung waren, mit.)

In unserer Centralorgan mag es mir gestattet sein, heute, da sich der Todesdag unseres unvergeßenen und unvergesslichen Johannes Wedde zum zehntenmale fähet, seiner in Liebe, Dankbarkeit und Treue zu gedenken und auch die große Familie unserer Partei an ihn zu erinnern.

Die ihn persönlich kannten und, wie das nicht anders möglich und denkbar ist, lieben und schätzen lernten, braucht man an ihn nicht zu erinnern. Ihnen steht sein Bild unverlöschlich in die Seele geschrieben, „ein Bestimmung für ewig“, wie der griechische Dichter sagt.

Nach denen, die seine Werke, seine Schriften in Versen und Prosa kennen, ohne ihm je persönlich nahegetreten zu sein, ist dieser einzigartige Mensch, Denker und Dichter teuer und wertvoll.

In unserer großen Parteifamilie giebt es aber doch noch viele Mitglieder, die Wedde weder persönlich zu bezeugen das Glück hatten und von ihm nur den Namen und das wissen, was sie etwa von seinen persönlichen Freuden erfahren, noch seine Arbeiten kennen.

Diese will ich auf Weddes Werke nachdrücklich hingewiesen haben, die zu meinem aufrichtigen Leidwesen nicht so unter den Genossen verbreitet und gelesen sind, wie sie es verdienen. Die prächtige Geschichte „Alt-Weddes, die Wedde in Gemeinshaft mit unserem Freund Theodor Schwarz herausgegeben hat, das hübsche Lebens-bild, welches seine Schwester Theodora uns geschenkt, und (trotz des Scherzgehaltes vieler Gedichte und trotz der gelehrig-germanistischen Form etlicher derselben) auch das Gedächtnis: „Grüße des Werden-den“ gehören in die Hand aller Genossen, die nur irgend den Preis erschwingen können.

Ein treuer Freund Hermann Grüning hat eine Gesamt-ausgabe der Werke veranstaltet, von der meines Wissens bis jetzt leider nur zwei Bände erschienen sind. Ausgeschlossen sollten nach dem Plane Grünings nur die in Buchform erschienenen Sachen

*) Er was des Rates Brüde. — Ein Spiegelglas der Freude der Welt; d. h. er war ein trefflicher Berater und ein Spiegel alles Schönen, Freudigen in der Welt.

Als eine Art inneres Jena betrachtet ein Graf von S. in der „Arzt-Zeitung“ das Verhalten der heutigen Regierung. Daß man jetzt die Konserativen mit Kompensationen für die Annullierung der Forderungen, das richte sich an die Seite des menschlichen Gemüts, welche ja in Basis des sozialdemokratischen Gedankens ist, die Begehrlichkeit;

was aber die an die politischen Beamten im Abgeordnetenhaus gerichtete und mit Drohung verknüpfte Aufforderung, für die Regierung zu stimmen, anlangt, so braucht man nur zu sagen, daß aus einer angeblich hochpolitischen Frage eine Ehrenfrage für jeden einzelnen gemacht wurde; mit Stolz und Dankbarkeit können nur alle guten Menschen auf jene Herren sehen, welche, unbekümmert um die Folgen, nach ihrer eigenen Erklärung lediglich ihrem Gewissen gefolgt sind; hierdurch sind die besten Traditionen des preussischen Staates und seines Beamtenstandes wieder zu Ehren gebracht; kamen die Herren der Aufforderung des Ministeriums nach, so war große Gefahr, daß die altpreussische Gefinnung im Lande ins Wanken geriet. Dadurch sie sich das unabhägare Verdienst erworben, dieselbe unter dem schmerzlichen Opfer, Verlust des Amtes, zu bekennen, so wird sehr wahrscheinlich eine nahe Zukunft lehren, wela gewaltigen Impuls das mutige Beispiel verleiht, und daß es sich noch um ganz anderes dreht als etwa konservative Partei oder viel geistlose ostelbische Interessen; an anderen Machtmitteln ist seit einem Jahrhundert der preussische Staat zu ungeahnter Höhe emporgestiegen, es scheint aber sein Schicksal und jetzt der Augenblick zu sein, die in den früheren Daseinsstadien erprobte innere Kraft wiederum zu zeigen.

Aber wozu ruft der gräßliche Feind der Begehrlichkeit sein Volk mit so flammenhaften Worten noch zu dem Freiheitskampf auf, da doch der Feind, die Regierung, bereits in voller Blüte begriffen ist und um Frieden steht! In solchem Freiheitskampf scheint uns wenig Mut zu gehören, Herr Graf v. S.! Die Wiedergeburt kostet keine Mühe!

Militärische Volksversammlungen — diese mit den Militärgelehrten schwerlich vereinbarte Erscheinung graffiert gegenwärtig in Berlin.

Das Organ des Dr. Karl Peters, die „Tägliche Rundschau“, verkündet folgendes:

„Zum zweitenmal hatte die „Freie Vereinigung für deutsche Flottenverträge“ einen für die breiten Volksschichten bestimmten Flottenabend veranstaltet, und wiederum hatten sich — diesmal in Acker's Festsaal in der Kopenstraße — mehr als zweitausend Teilnehmer beiderlei Geschlechts aus allen Ständen dazu eingefunden, von denen sich viele mit Strophägen begünstigten. Die sozialdemokratischen und fortschrittlichen Vorkämpfer werden voraussichtlich auch diese erfolgreiche Kundgebung des „kleinen Mannes“ herabsehen. Nach dem ersten Abend behaupteten sie, daß die große Zahl der Teilnehmer künstlich zusammengebracht worden sei, und wiesen auf die Soldaten hin, die man in der Versammlung gesehen hatte. Auch am zweiten Abend waren hier und da einige Uniformen wieder sichtbar, aber sie bildeten nur einen verschwindend geringen Bruchteil des Publikums.“

Dagegen berichtet die noch mehr marinebegeisterten Kruppischen „Berliner Renesse Nachrichten“, die sogar 3000 anwesende Wasserläuse ausgerechnet haben, über die Zusammenkunft dieses „Volks“: „Besonders stark vertreten war das Militär, einzelne Abteilungen der Soldaten waren mit ihren Offizieren erschienen. Auch die Anaben der verschiedenen Jugendwehren hatten sich „in Uniform“ zahlreich eingefunden. Die nur in geringer Zahl anwesenden Sozialdemokraten verhielten sich ruhig.“

Es war also doch wieder kommandierte Flotten-Flotillenarmee, Soldaten, die unter Führung der Offiziere Politik treiben, und Anaben, welche, um mit Wilow zu sprechen, als Statisten sich im Hintergrund bewegen, obwohl die für Verfertigung der Jugend eisernen Leute fordern, daß Unmündige an Versammlungen nicht teilnehmen dürfen.

Agrarier und Weltpolitik. In der Ausrüstung in der Stettiner Landrede des Grafen Bülow: „Seit das deutsche Volk die nationale Einheit errungen hat, befinnt es sich wieder auf das alte Sansatenwort: „Mein Feld ist die Welt“ — und betritt wieder das „Theater der Weltpolitik“, bemerkt die „Deutsche Agrar-Korrespondenz“:

„Der Herr Staatssekretär des Auswärtigen hat recht. Auch wir müssen bei der Scenerie der neudeutschen Weltpolitik immer ans Theaterdenken.“

Und die Agrarier im Reichstag schieden sich an, für diese Theatervorstellung dreihundereinhalf Milliarden ins Wasser zu werfen.

Der Reichsbank-Diskont ist nun wieder von 7 auf 6 Proz. herabgesetzt worden. Der ungewöhnlich hohe Stand von 7 Proz. dauerte seit dem 19. Dezember 1899. Der Präsident der Bank erklärte, daß die politische Lage und die Anspannung der Bank zwar noch Zurückhaltung empfehlen; andererseits aber restikutive sich die Diskontermäßigung im Hinblick auf das Vorgehen der übrigen Notenbanken, den Stand des Privatdiskonts und den Ausgang des Londoner Wechselkurses, der Goldexporte aus Deutschland erschwert. Die Rückflüsse zur Bank sind in den jüngsten Tagen härter als zur gleichen Zeit des Vorjahres gewesen. Man erwartet, daß die Geldanspannung sich bald wieder mildern wird.

Giordano Bruno im Zeitalter Mirbachs. An der Spitze des modernen Denkens steht Giordano Bruno, der Philosoph. Am 17. Februar werden es 300 Jahre her sein, daß dieser Mann auf Befehl der Inquisition verbrannt wurde. Da ja wohl die Inquisition zu den kirchlichen Einrichtungen gehört, über die zu lästern der § 166 den deutschen Reichsbürgern verboten, wollen wir das Urteil nicht schmähern.

Der Berliner Rechtsanwalt V. Fraenck gedachte am 17. Februar dem Richter der Geseisfreiheit eine Gedächtnisfeier zu veranstalten und ersuchte den Magistrat um Vergabe des städtischen Festsaales für die Versammlung. Der Magistrat jedoch lehnte ohne Angabe der Gründe, wie die „Volk-Zeitung“ erfährt, das Gesuch ab.

Es giebt Leute, die sich darüber wundern. Mit Unrecht; denn es ist doch selbstverständlich, daß es bei dem Freiherrn v. Mirbach großen Aufstoß erregen müßte, wenn in einem städtischen Saal das Andenken eines Ungläubigen und Postheisten gefeiert würde. Man benutze also an diesem Tage den Saal lieber zu einer Flottenversammlung mit Lichtbildern. Das ist die wahre Auffklärung!

Ein böser Schwindel wird jetzt in der Presse getrieben mit einer „sozialpolitischen Grobheit“, die an den Verstarbten der Reichsvertriebe verübt wird. „Dienstlaster-Zulagen“ sollen diesen Arbeitern von jetzt an gewährt werden. Welche Bewandnis es damit hat, wird im Wilmshavener „Tageblatt“ von einem effizienten Lobhudelei geschrieben.

Es bekommt nämlich ein Arbeiter, wenn er pünktlich, gehorsam und sonst noch was gewesen ist, im sechsten Dienstjahre eine Alterszulage von 6 M. auf das ganze Jahr. Die Zulage steigt von Jahr zu Jahr. Der Pünktlichkeit, Pflichttreue usw. um eine ganze Mark bis zum Höchstbetrage von 25 M. Ist ein Arbeiter in einem Jahre einmal nicht pünktlich gewesen, so fällt die Dienstlasterzulage für dieses Jahr aus und steigt dann auch erst im nächsten Jahre wieder.

Aber diesen ganzen Segen bekommt der Arbeiter überhaupt nicht in die Hände, die grobartige Zulage wird auf ein Sparkastenbuch eingezahlt und das ist geherzt, bis der Arbeiter 25 Dienstjahre in Pünktlichkeit, Pünktlichkeit und Gehorsam hinter sich hat. Und dieses Zwangsmittel zur Erziehung von Streibern wird als eine Grobheit gepriesen!

Obligatorische Arbeiterauschüsse. In der bairischen Vergeseh-Kommission wurde beschlossen, daß in allen Betrieben mit mehr als 20 Arbeitern Arbeiterauschüsse bestehen müssen, die durch geheime direkte Wahl zu Stande kommen. Der Antrag ging vom Ab-

geordneten Segis aus und der Beschluß wurde trotz des Widerspruches des Regierungsbereiters einstimmig gefaßt.

Außerdem wurde der Antrag des Abg. Segis angenommen, wonach Arbeiter die Arbeit ohne Kündigung verlassen können, wenn sie bei Eingehen des Arbeitsverhältnisses durch Vorspiegelung falscher Thatsachen getäuscht wurden und wenn Betriebsgefahren bestehen, die bei Vereinbarung des Arbeitsverhältnisses nicht zu erkennen waren.

Warenhäuser für Beamte. Der Centralverband deutscher Kaufleute und Gewerbetreibende hat an Herrn v. Poddbielski eine Eingabe gerichtet, die sich gegen die Warenhäuser der Postbeamten richtet. Der Postassistenten-Verband beabsichtigt aus Anlaß der Umwandlung des Warenhauses in eine Genossenschaft mit beschränkter Haftung den Ausverkauf eines Teils seiner Waren mit einem Nachlaß von 20 Proz. vom Verkaufspreise. Der Centralverband bittet den Staatssekretär, dem Postassistenten-Verbande eine derartige Verkaufsform zu unterlagen.

Vom Großschiffahrtsweg Berlin-Stettin. Der Kaiser hat bei seiner letzten Anwesenheit in Stettin dem Ober-Bürgermeister Galen versichert, daß für den Großschiffahrtsweg Berlin-Stettin die Beschlüsse von der Staatsregierung gewählt sei und daß er mit Bestimmtheit auf deren baldige Ausführung im Interesse Stettins rechne.

Bestrafte Boerensammlung. Der verantwortliche Redacteur der ostpreussischen „Deutschen Wacht“, Werthold, hat ein Strafmandat von 20 M. erhalten, weil er durch Veröffentlichung eines Aufsatzes zur Unterstützung verwundeter Boeren eine unerlaubte Kollekte veranstaltet hat.

Der Fall zeigt, daß die Antisemiten in Sachsen mitunter nicht „minderen Rechtes“ sind, sondern ganz wie Sozialdemokraten wegen Kollektieren bestraft werden. Allerdings ist der Redacteur nur bestraft worden, weil er es unterlassen hatte, um die Erlaubnis zur Sammlung nachzusuchen. Zweifellos hätte er die Erlaubnis erhalten, die den Sozialdemokraten für ihre Zwecke verweigert wird.

Dresden, 11. Januar. (Sig. Bericht.) In der ersten Kammer des Landtags kam es zu einer principiellen Aussprache über die Frage der Staatshilfe bei Hochwasserchäden. Es lagen vier Petitionen dahingehend vor, die von drei Gemeindevorständen und zwei Privaten eingegeben wurden. Die betreffende Deputation der ersten Kammer beantragte nun, diese Petition der Regierung zur Kenntnisnahme zu überweisen, eine Censur, die immer noch schäme Aussicht auf Erfolg in sich schließt. Das veranlaßte den Minister des Innern von Reich zu einer ausführlichen für weitere Anträge bestimmten Erklärung der Grundsätze der Regierung in der Sache, und einer Stellungnahme gegen dieses Deputationsvotum. Diese offizielle Erklärung ging nun dahin, daß solche Petitionen eundweg abzuweisen wären, um nicht die letzte Hoffnung auf Erfüllung solcher Wünsche zu erlösen. Das erscheint hart, aber die Regierung habe nach der Katastrophe von 1897 bewiesen, daß sie ein fühlendes Herz in solchen Fällen habe. Ueber 6 Millionen Mark seien damals aus fiskalischen Mitteln an Unterstützungen gegeben, in einzelnen Fällen sei sogar über den wirklichen Schaden hinaus entschädigt worden. Diese „große Disposition“ von damals habe zur Folge gehabt, daß sich nun auch Private und Gemeinden fortwährend um Unterstützung an die Regierung wenden. Ganz abgesehen vom rechtlichen Standpunkt können aus praktischen Gründen solche Wünsche nur in besonders harten Fällen einige Berücksichtigung finden. Man dürfe aber mit einzelnen Fällen diese Grundsätze nicht durchbrechen. Man solle die im Etat zur Verfügung stehenden Summen nicht erhöhen, sondern der Regierung freie Hand lassen und lieber ein Auge zuwinkeln, wenn diese Summe einmal notwendigerweise überschritten werde.

Die Petitionen wurden daraufhin bis auf eine, die man gegen fünf Stimmen auf sich beruhen ließ, an die Deputation zurückverwiesen. Bemerkte sei, daß für derartige Zwecke ganze 600 000 M. in den Etat eingestellt sind.

Dresden, 12. Januar. (Sig. Ber.) Die Frage des Ständehaus-Neubaus ist nun auch in der ersten Kammer erledigt und damit endgültig „gelöst“ worden. Das Gebäude kommt direkt hinter die Brühlische Terrasse, den „Pavillon Europas“, an den Schloßplatz zu stehen. — Nächsten Montag findet hier eine Versammlung von Vertretern sächsischer Konsumvereine statt, in welcher über den Stand und die Wirkung der Umsatzsteuer in Sachsen berichtet und beraten werden soll. Zu dieser — öffentlichen — Versammlung sind staatliche und städtische Behörden, beide Ständekammern usw. besonders eingeladen. Das Arrangement der Versammlung geht von der bestehenden Umsatzsteuer-Kommission aus.

Aus der Pfalz. Am 1. Januar sind die neugewählten Gemeindeverwaltungen in ihr Amt eingetreten. Unsere Partei hat nunmehr in 31 Gemeindevertretungen Sitz und Stimme; vor den Neuwahlen waren wir in sechs Orten vertreten. Wenn unsere Genossen die Situation richtig auffassen, werden wir in fünf Jahren in einer Reihe von Orten die Gemeindeverwaltungen beherrschen. In Speyer, wofolbst wir 7 Mann in den Stadtrat brachten, kam es gleich in der ersten Sitzung zu einem Zusammenstoß mit den jetzt in der Minderheit befindlichen Nationalliberalen und zwar anlässlich der Besetzung der Orts-Schulkommission. In dieselbe sollte auch entsprechend dem Stärkeverhältnis unserer Fraktion einer unserer Genossen gewählt werden. Die Nationalliberalen schlugen an Stelle desselben einen nationalliberalen Lehrer vor. Der der nationalliberalen Partei angehörige Bürgermeister trat selbst für die Wahl unseres Genossen ein, indem er dabei betonte, daß die Partei, der der Vorgezeichnete angehört, an der Schulbildung regen Anteil nehme und daß dieselbe doch ebenso gut wie jede andere Partei berechnigt sei, eine Vertretung zu fordern. Einer der Opponenten meinte sehr bezweifelnd für die Herren: Es würde nach außen keinen guten Eindruck machen, wenn der Vertreter des Stabrates in dieser Kommission ein Angehöriger der sozialdemokratischen Partei sei. Trotz der angeführten Jeremiade wurde unser Genosse mit 17 von 27 Stimmen in die Schulkommission gewählt. Die Herren werden, wenn sie alt werden, sich noch auf manche Ueberraschung gefaßt machen müssen.

Polnische Landarbeiter. Ueber die Beschäftigung und die polizeiliche Anmeldung ausländisch-polnischer Arbeiter in landwirtschaftlichen Betrieben ist für den Regierungsbezirk Potsdam folgende am 1. Januar in Kraft getretene Polizeiverordnung erlassen worden:

1. Wer in einem landwirtschaftlichen Betrieb oder dessen Nebenbetrieben ausländisch-polnische Arbeiter beschäftigen will, bedarf dazu der vorgängigen Genehmigung des Landrats, in Stadtkreisen der Ortspolizeibehörde. § 2. Die Arbeitgeber sind verpflichtet, die zur Beschäftigung zugelassenen Arbeiter innerhalb drei Tagen nach ihrer Ankunft mittels eines schriftlichen Verzeichnisses unter Verweisung der Legitimationspapiere bei der Ortspolizeibehörde anzumelden. § 3. Die Arbeitgeber sind verpflichtet, falls die zugelassenen Arbeiter die Arbeitsstätte heimlich und ordnungswidrig verlassen, dies der Ortspolizeibehörde innerhalb drei Tagen nach ihrem Weggange zu melden. § 4. Die Arbeitgeber sind verpflichtet, spätestens drei Tage vor dem Zeitpunkt, an welchem die Entlassung dieser Arbeiter erfolgen soll, der Ortspolizeibehörde die Entlassung anzuzeigen. § 5. Zuwiderhandlungen gegen vorstehende Bestimmungen werden mit Geldstrafe bis zu 60 M., im Unvermögensfalle mit entsprechender Haft bestraft.

Polizeilich aufgelöst wurde die Versammlung des demokratischen Vereins in Leipzig, in der Professor Dr. Laibde über „Die Mängel der heutigen Reichspräsidenten“ sprechen wollte.

Chronik der Majestätsbeleidigungs-Prozesse.

Wegen Majestätsbeleidigung verurteilte die Strafkammer in Elbing am 10. d. M. den Arbeiter Joseph Gehrman aus Elbing. Die beleidigende Ausrufung hat derselbe an

dem Tage gethan, an welchem der Kaiser nach Cadixen kam. In der Verhandlung wurde Gehmann darüber eraminirt, ob er Sozialdemokrat sei oder nicht. Wir meinen allerdings, daß die Richter sich darum gar nicht zu kümmern hatten. Gehmann aber erklärte, Mitglied des katholischen Arbeitervereins zu sein. Seine Entschuldigung, daß er betrunken gewesen sei, nützte ihm nichts. Er bekam drei Monate Gefängnisstrafe zuerkannt.

Vom deutsch-englischen Scheinvertrag.

In der portugiesischen Deputiertenkammer interpellierte am Donnerstag Franco, der Führer der konservativen Minorität, den Minister des Aeußern über das deutsch-englische Abkommen zum Zwecke einer Anleihe unter Sicherstellung durch die Zollnehmern in den Kolonien. Der Minister des Aeußern Sirao erwiderte, die Regierung habe keine Kenntnis von dem Wortlaute des Abkommens, jedoch hätten die deutsche und die englische Regierung beim Abschlusse desselben Zusicherungen hinsichtlich der Integrität der portugiesischen Besitzungen gegeben.

Ausland.

Österreich-Ungarn.

Von der Friedensbewegung in Böhmen. Die Tragetblätter schreiben: Gemäß dem Beschlusse vom 21. Dezember wendet sich der Verband der Industriellen Prag und Umgegend an die österreichischen Großindustriellen zur Unterzeichnung eines Aufrufs, in welchem an die Regierung sowie an die Abgeordneten die Bitte gerichtet wird, mit allen Kräften in größter Beschleunigung dahin zu wirken, daß endlich eine Verständigung zwischen den Völkern Böhmens erfolge. Die Blätter konstatieren, daß gleich am ersten Tage Unterzeichnungs-Erklärungen von allen Seiten einfließen und sehen darin ein höchst erfreuliches Zeichen.

Wien, 12. Januar. Die österreichische Delegation nahm in ihrer Plenarsitzung das Ordinarium und das Extra-Ordinarium des Marinebudgets unverändert an.

Ein deutscher Landmann-Minister. Aus Wien wird den „S. Z.“ vom 11. ds. Mts. gemeldet: Es ist nunmehr beschlossene Sache, daß in das neu zu bildende Kabinett Förber ein Minister ohne Portfeuille berufen werde, welcher als Vertreter der Deutschen gelte, aber nicht aus parlamentarischen deutschen Parteien gewählt werden solle. Ausserdem hierfür seien zwei Professoren der Wiener Universität, die früher an der deutschen Prager Universität thätig und dort eifrige Vertreter des Deutschthums waren, nämlich das Herrenhaus-Mitglied Hofrat Karl v. Cziblar, Professor des römischen Rechtes, und der Professor der Physiologie, Dr. Philipp Anoll. Gemüht wird voraussichtlich Hofrat Cziblar, trotz seines rassistischen Abens ein entscheidender Deutscher. Dieser Beschluß ist aber ohne Zustimmung der deutschen Parteien gefaßt, und die deutsche Fortschrittspartei, die deutsche Volkspartei, die Schönerbanners, die deutschen Großgrundbesitzer und auch die deutschen Antisemiten werden dagegen Stellung nehmen und Protest dagegen erheben, daß ein sogenannter deutscher Landmann-Minister im Kabinett mit der Vertretung der deutschnationalen Interessen betraut werde, während dies die Aufgabe jedes österreichischen Ministeriums wäre.

Schweiz.

Bern, 12. Januar. Der Bundesrat setzte den Termin für die Volksabstimmung über das Bundesgesetz betreffend die obligatorische Kranken- und Unfallversicherung auf den 20. Mai fest.

Frankreich.

Paris, 12. Januar. Deputiertenkammer. Der Deputierte Breton (Socialist) bringt zum Zweck der Mildern der die Industrie bedrohenden Krise einen Antrag auf Suspension der Zölle auf Kohle, Eisen und Stahl ein. Der Antrag wird mit Zustimmung der Regierung an die Kommission verwiesen und sodann die Beratung des Budgets wieder aufgenommen.

England.

Das englische Parlament ist auf den 30. Januar einberufen worden und damit bricht für das Kabinett Salisbury-Chamberlain eine schwere Zeit herein. Die gesamte Presse, sogar die konservative, sieht eine Ministerkrise als unvermeidlich an, sobald das jetzige Kabinett vor dem Parlament erscheinen wird. Nur „Daily Telegraph“ verteidigt das jetzige Ministerium. „Daily Mail“ verlangt in einem längeren Artikel die vollständige Umbildung des Kriegsamtes sowie des Finanzministeriums. — „Morningleader“ sagt, der schwache Punkt im jetzigen Kabinett sei zweifellos das Kolonialministerium. Der Vertreter desselben müßte geopfert werden; thut das Kabinett dies nicht und halte es an Chamberlain fest, so müßte das gesamte Kabinett verschwinden. Die übrigen Blätter drücken sich in ähnlicher Weise aus und meinen, daß eine Ministerkrise sofort bei Wiedereintritt der Kammer eintreten werde.

Spanien.

Madrid, 12. Januar. In Anguloa (Provinz Bizcaya) wurden 203 Gewehre und 10 000 Patronen beschlagnahmt. Mehrere Personen wurden verhaftet, sie gestanden, daß sie die karlistische Bewegung unterstützen wollten.

Türkei.

Türkisches, Konstantinopel, 12. Januar. Die „Agence de Constantinople“ demontiert auf Grund antizischer Mitteilungen entschieden die Meldungen ausländischer Blätter über den Ausbruch einer Hungersnot in Anatolien. — In der persisch-türkischen Grenze ist ein erster Grenzkonflikt ausgebrochen. Details fehlen noch. — Es verlautet, daß neuerdings zwei Offiziere und der Sohn eines Kolonels nach Frankreich geflüchtet seien. — Zwei aus dem Kaukasus hier eingetroffene Mohammedaner sind unter dem Verdacht, ein Attentat zu planen, verhaftet worden.

Serbien.

Enthaltung. Vergangene Woche sind ungefähr 20 radikale Parteigänger, die unmittelbar nach dem Morbanfalle auf Wien verhaftet wurden, aus der Haft entlassen worden. Unter ihnen befindet sich auch der hervorragende radikale Parteimann Tretenowitsch. Sie alle waren, wie der „Köln. Zig.“ geschrieben wird, trotzdem sie im schlimmsten oder für die Regierung günstigsten Falle bloß als Untersuchungsgefangene betrachtet werden konnten, volle fünf Monate mit den gewöhnlichen Verbrechen in engen, schmuggigen Kerkerzellen eingesperrt. Das Gerücht will wissen, daß jetzt noch an 100 Radikale in den verschiedensten Gefängnissen Serbiens schmachtet, lediglich deshalb, weil sie sich zur radikalen Partei bekennen.

Parlamentarisches.

Die Post in der Kommission. In der Budgetkommission des Reichstages wurde Freitag die Beratung des Postgesetzes fortgesetzt. Bei den Angaben für Post- und Telegraphenämter fragt Abgeordneter Dr. Haffe (natl.) an, wie weit die Postverwaltung mit der Errichtung neuer deutscher Postämter im Auslande vorzugehen beabsichtige. Staatssekretär von Poddbielski erwidert, die deutsche Post sei bemüht, mit dem steigenden Export Deutschlands gleichen Schritt zu halten, von dem Gedanken geleitet, daß deutsche Postanstalten im Auslande geeignet seien, dem Auswärtigen die Existenz wesentlich zu sichern. Abg. Eichhoff (fri. Sp.) fragt an, wie weit die Regionalreform der höheren Postbeamten gediehen sei. Staatssekretär v. Poddbielski erwidert, die Sache habe noch nicht in Angriff genommen werden können. Sobald die jetzt vorhandene Arbeitslast beseitigt sei, werde er der Frage näher treten. Abg. Müller-Fulda empfiehlt dringend die baldige Errichtung der günstigeren Regelung der Gehaltsskala für die Postassistenten, wie solche der Reichstag beschloffen hat. Staatssekretär

B. Bobbieloff betont, daß die Postassistentenstellen wesentlich vermehrt worden sind und die Lage dieser Beamten sich gegen früher gebessert habe. Der Wunsch des Reichstags, die Gehaltskala der Postassistenten günstiger zu gestalten, sei vom Bundesrat abgelehnt worden, da man befürchtet habe, daß dadurch die Gehaltsverhältnisse anderer Beamtenklassen verkehrt würden. Er persönlich vertrete den Wunsch des Reichstags und werde den abgelehnten Antrag im Bundesrat von neuem einbringen. Die weitere Beratung wird bis Dienstag vertagt.

Der Vorsitzende der Budgetkommission des Reichstags, **Abg. v. Kardorff**, beabsichtigt, dieses Amt niederzulegen, da er hierdurch zu sehr an der Beteiligung bei den Arbeiten des Landtags verhindert wird. Für diesen Fall ist von der Kommission die Wahl des **Abg. Müller-Duisburg** zum Vorsitzenden in Aussicht genommen.

Partei-Nachrichten.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion beschäftigte sich in ihrer letzten Sitzung, auf Anregung von Seiten des Parteivorstandes, mit der Frage: **ob durch Aufhebung des Koalitionsverbotes für politische Vereine Anlaß zur Abänderung und Umgestaltung der Partei-Organisation gegeben sei?** In der sehr lebhaft geführten Debatte trat übereinstimmend die Ansicht zu Tage, daß für eine durchgreifende Umgestaltung der Partei-Organisation ein Bedürfnis bisher nicht zu Tage getreten sei. In den einzelnen Ländern, wo das Koalitionsverbot schon früher aufgehoben worden ist, oder wo es überhaupt nie in Gültigkeit war, haben die Genossen sich selbständige Landesorganisationen geschaffen, die sich mehr oder minder bewährt haben und die von Seiten der Gesamtpartei zu ändern kein Bedürfnis vorliegt. Dasselbe trifft zu für die einzelnen Provinzialorganisationen. Wo die Genossen von der durch die Beseitigung des Koalitionsverbotes geschaffenen größeren Bewegungsfreiheit noch keinen Gebrauch gemacht und die bisherigen Einrichtungen — Trennung der lokalen Organisation von der Vertrauensperson — noch aufrecht erhalten, werden wohl lokale Gründe dafür maßgebend sein. Ein gesetzlicher Zwang für eine solche Trennung liegt nicht mehr vor. Wenn deshalb die Partei-Localvereine die Führung der allgemeinen Parteigeschäfte, die bisher den Vertrauenspersonen oblagen, selbst übernehmen und führen wollen, so bedarf es dazu nur eines entsprechenden Beschlusses. Des Rotbeschlusses der öffentlichen Parteiversammlungen zur Erledigung der Parteigeschäfte: Wahl der Vertrauensperson und event. Delegierten, Partei-Abrechnungen, Berichterstattung von Parteikonferenzen etc. bedarf es also nicht mehr. Alle diese Partei-Angelegenheiten können, wenn die Genossen dies wünschen, in Zukunft in geschlossenen Vereinsversammlungen erledigt werden.

Freilich würden bei einem solchen Vorgehen in einer Reihe von Staaten, speziell in Preußen, die Frauen von diesen Versammlungen ausgeschlossen sein. An Orten, wo die Frauenbewegung von irgend nennenswerter Bedeutung ist, wird es sich also empfehlen, an der bisher geübten Praxis festzuhalten.

Ob es möglich sein wird, in Zukunft die Partei-Organisation strenger zu gestalten, darüber waren die Meinungen geteilt. Daß es wünschenswert wäre, die jetzige lose Gestaltung fester zu fügen, wurde allseitig zugegeben, aber die große Mehrheit war der Ansicht, daß jeder derartige Versuch zu einer Aufsumme von politischen Scheiternissen und Pläciereien führen würde. So sprach man sich besonders gegen die Einrichtung einer centralisierten, über ganz Deutschland verbreiteten Organisation mit Mitgliedslisten und Beiträgen aus.

Die aus einzelnen Partei-Orten angeregte Frage, ob es nicht am Platze sei, den diesjährigen Parteitag früher — also vielleicht schon zu Pfingsten zu berufen, um dort über die notwendigen organisatorischen Änderungen zu beschließen — wurde allseitig verneint. Den Genossen in den einzelnen Orten soll empfohlen werden, sich den neu geschaffenen Verhältnissen anzupassen und Erfahrungen bis zum nächsten Parteitag zu sammeln. Außerdem wurde eine Kommission, bestehend aus dem Parteivorstand und vier Abgeordneten, eingesetzt, die sich über die notwendigen Änderungen verständigen und dem nächsten Parteitag geeignete Vorschläge machen soll.

Die **Pariser Deputierten, Chassaigne und Gras**, haben ihren Eintritt zum Programm der neu konstituierten sozialistischen Kammerfraktion erklärt. Unsere Fraktion zählt also jetzt 39 Mitglieder. Die beiden Deputierten gehören der gemäßigten Richtung an. Chassaigne zählt in der vorigen Kammer zur sozialistischen Fraktion. In der gegenwärtigen Legislatur blieb er ihr bisher fern, weil die leitenden sozialistischen Elemente in den letzten Wahlen die Kandidatur **Gabriel Deville's** gegen ihn unterstützt hatten. Es handelte sich nämlich um einen Wahlkreis, der infolge der letzten Volkszählung ein e in e Abgeordneten vor seinen früheren zwei eingebüßt, so daß die beiden austretenden sozialistischen Abgeordneten des Kreises, Chassaigne und Deville, um einen Sitz tangen. Gras wurde erst 1908 gewählt.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.
— **Zu 400 M. Geldstrafe** wurde in Offenbach der Genosse **Quessel**, verantwortlicher Redacteur des dortigen Parteiblattes verurteilt. Er soll einen **Pariser Stumpf** in Diebstahl beledigt haben, indem er ihn unter anderem als „heiligen Haines“ bezeichnete. Die angeblich beleidigenden Ausdrücke waren in Artikeln enthalten, die sich gegen die „Storchenburger Provinzialzeitung“ richteten und in Abwehr gegen dieses Blatt geschrieben waren. Das betreffende Blatt, dessen Artikel Herr Stumpf eingestandenemmaßen vor dem Druck zur Durchsicht vorgelegt wurden, hatte gegen unser Parteiblatt, wie in der Verhandlung festgestellt wurde, die unflätigsten Beschimpfungen geschleudert.

So wurde **Redacteur Quessel** und die **Führer der Sozialdemokratie** mit folgenden Bezeichnungen bedacht: „rote Schwinder“, „gemeine rote Verleumder“, „rote Teufel“, „Gistmischer und Verberber des Volkes“, „Hunde, die sich im Kot wälzen“, „rote Offenbacher Oberbongon, die bei Champagner die Groschen der Arbeiter verprassen“ und so in infinitum; das „Abendblatt“ aber wird bezeichnet als „rotes Schmutzblatt“, „Schmierblatt par excellence“, „Kloake, in der alles, was gemein und niederträchtig, zusammenfließt“ und vieles ähnliche mehr.

Der Gerichtshof zog dies als mildern in Betracht und erkannte deshalb „nur“ auf 400 M.

Interessant ist aus diesem Prozesse noch, daß sich der Rechtsanwalt des Klägers, ein Herr v. Brentano, die neueste Entscheidung des Magdeburgerischen Gerichts über die Arminialität der Sache sofort angeeignet hat, indem er beantragte, bei der Strafmessung auf die Ungehörlichkeit des Beklagten keine Rücksicht zu nehmen, da er an einem schon oft verurteilten Blatte angestellt sei.

Aus der Frauenbewegung.

Ein „Versuch“. Die preussische Regierung hat sich endlich entschlossen, veruchsweise zwei weibliche Hilfskräfte im Gewerbe-Aufsichtsdienste zu beschaffen. Die zwei Beamtinnen sollen für die Bezirke **Berlin** und **Münch en - G l a d b a c h** angestellt werden und je 2400 M. Jahresgehalt bekommen. Es wird allerdings wesentlich von der Auswahl der Personen und der Feststellung ihrer Befugnisse abhängen, ob dieser Versuch gelingen wird. Den Organisationen der Arbeiterinnen erwächst die Aufgabe, an ihrem Teile mitzuwirken, um den Beweis für die Nützlichkeit der Einrichtung zu erbringen.

Frauen-Hygiene lautete das Thema, über welches Herr Doktor **Barow** am 4. Januar im Frauen- und Mädchen-Bildungsverein in **Kirchdorf** referierte. Dieser mit lebhaftem Beifall ausgenommenen Vortrag führte zu einer regen Diskussion, die sich besonders um die Frage einer naturgemäßen Frauenkleidung drehte. Es sprachen sich verschiedene Mitglieder recht günstig über die schon so oft empfohlene Reformkleidung aus. Nachdem die Kassirerin den Bericht vom 3. Quartal gegeben hatte, wurde bekannt gemacht, daß das dritte Stiftungsfest des Vereins diesmal Sonntag, den 11. März, bei **Lautner, Bergstraße**, abgehalten wird.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Achtung, Töpfer! Laut Beschluß der Versammlung vom 14. Dezember h. J. beginnt am Sonnabend, den 13. Januar, die **Beitragsteuer zum örtlichen Fonds**. Jeder in Arbeit stehende Kollege hat die Woche bis auf weiteres 25 Pf. zu zahlen. Arbeitslosigkeit und Krankheit entbinden hiervon, jedoch haben die betreffenden Kollegen sich zur Kontrolle zu melden, worauf ihnen die Zeit abgestempelt wird. Der Beitrag zum örtlichen Fonds ist obligatorisch und wird darüber ebenso von jetzt ab Buch geführt, wie über den Bundesbeitrag. Es hat also jeder Kollege auf der Sammelliste, auf der sich sein Name befindet, die Buchnummer des Verbandes mit anzugeben. Ein großer Teil der Kollegen hat bis jetzt noch nicht die Beitragsteuer des vorigen Jahres zur Kontrolle vorgelegt, um den Schlusstempel zu empfangen. Es wird sich daher empfehlen, auf den Arbeitsstellen eine strenge Kontrolle einzuführen. Durch die Sammelliste einzelner ist des öfteren den Unternehmern Gelegenheit geboten, den Tarif zu umgehen, darum sorgt dafür, daß die gefassten Beschlüsse eingehalten werden. Der Vertrauensmann.

Achtung, Sattler! Bei der Firma **H. Ritter, Dresdenstr. 35**, stehen die Arbeiter im Streik. Zugang ist streng fernzuhalten. Die Agitationskommission Berlin I.

Die **Differenzen in der Schuhwarenfabrik** von **Senger u. Stokwald** sind durch Verhandlungen zwischen den Fabrikanten und den beteiligten Arbeitern beigelegt. Die Arbeiter erzielten eine Lohnerhöhung von 1, 2 und 4 Pfennig pro Paar und wurde die Teadverbürgung von 12 auf 18 Pfennig pro Duzend erhöht. Auch den Abgabebauern wurde auf einen Artikel eine Zulage gewährt und weßt den Papieren in den Fournituren einige Unzulänglichkeiten gemacht. Die Ortsverwaltung.

In der **Holzbearbeitungsfabrik** von **C. N. Meyer** dauert die Ausperrung fort. Von den Ausständigen ist niemand in die Fabrik zurückgekehrt, dagegen sind von der Firma **Radde, Ballhofenstraße**, einige Arbeiter zur Ausbille eingestellt. Daß man auch bei diesem Streik wieder vollkommen ungeliebte Leute an die so sehr gefährlichen Holzbearbeitungsmaschinen heranzieht, hat ein Arbeiter schwer kranken müssen; er verunglückte an der Hobelmaschine (Vorrichtungsmaschine), die ihn ein Glied des Mittelfingers forttrieb. Es mag deshalb jeder dringend gewarnt sein, in der Fabrik Arbeit zu nehmen.

Der **deutsche Arbeitgeberbund für das Baugewerbe** hat für die Geschäftsführung seines Verbandes einen besoldeten Beamten angestellt, dem die Aufgaben zufallen soll, im Interesse der Organisation zu wirken, die Ausbreitung und Angliederung lokaler Vereine an den Verband zu fördern. Als Ziel dieser Bestrebungen wird in bürgerlichen Blättern berichtet:

„Der Arbeitgeberbund geht dabei von der Ansicht aus, daß ein fester Zusammenschluß der Arbeitgeber jetzt vielleicht noch verstanden kann, daß dem Unternehmer die Leitung auf dem Bau durch die Arbeiter gänzlich aus der Hand genommen wird, daß aber jede Verzögerung in der Erreichung dieses Zieles die Stellung der Arbeitgeber unabweislich verschlechtert.“

Diese oft wiederkehrenden Behauptungen über die Stellung der Arbeiter zu den Unternehmern sind vollkommen unrichtig, vor allem haben in dieser Beziehung in mehreren Orten fest abgeschlossene Verträge das Verhältnis der beiden Interessengruppen festgelegt. Allerdings darüber entsteht kein Zweifel, daß den Unternehmern die eingegangenen Bedingungen sehr unangenehm sind und daß es bei vielen erst eines sehr energischen Eintretens bedurfte, um sie zur Jumeckhaltung ihres Versprechens zu veranlassen. Bei einigen gegen die Arbeiter gerichteten Wohlwollen, das in einem ganz besonders geringen Maße bei den Bauunternehmern vorhanden ist, müßten die Klagen verstummen, denn die Bedingungen des Vertrages sind sehr mäßige aber auch äußerst berechnete. Was die Arbeiter verlangen, ist, daß ihr Leben und ihre Gesundheit höher eingeschätzt wird, als es bisher bei zahlreichen gewissenlosen Bauprojekturen geschah und wenn den Herren dieses Verlangen unangenehm wird und sie fortgesetzt über die Erfüllung solcher Verpflichtungen klagen, so kennzeichnen sie sich damit selbst am besten.

Deutsches Reich.

Verein „Dortmunder Gewerkschaftshaus“. Unter diesem Namen hat sich in Dortmund ein Verein gegründet, dessen Zweck es ist, Mittel zur Erwerbung eines Gewerkschaftshauses herbeizuschaffen. Gleichzeitig will man versuchen, die Rechtsfähigkeit dieses Vereins nach dem bürgerlichen Gesetzbuch zu erwerben. Dahingehende Schritte sind bereits unternommen und man darf gespannt sein, wie sich die Behörde zu dem Antrag verhält.

Streitposten waren während des Arefelder Färbereistreiks aufgestellt, deren einer mit Arbeitswilligen aneinandergeriet. Die Sache kam vor das Arefelder Schöffengericht, das den Streitenden wegen „Verhöhmung“ Arbeitswilliger zu einer Woche Gefängnis verurteilte. Dem Anwalt war diese Strafe jedoch zu gering, seine Berufung wurde von der Düsseldorf Strafkammer mit dem Erfolg beurteilt, daß der Streitposten nun zwei Wochen krummen muß.

Gerichts-Beitrag.

Acht Monate unschuldig im Gefängnis. Unter dem schweren Verdachte des Postraubes stand gestern der Postassistent **Walter Radde** vor der VII. Strafkammer des Landgerichts I. Der Angeklagte begleitete in der Nacht zum 7. Mai d. J. in amtlicher Eigenschaft den Zug von Berlin nach Holzminde. Er hatte unterwegs zusammen mit dem Postassistenten **Müller** und zwei Unterbeamten die Briefe zu sortieren und in Beutel zu thun, welche bei den anzulaufenden Orten abgegeben wurden. Die Wertbriefe wurden in besondere Fächer gethan, an Bestimmungsorte nachgezählt und dort in einem versiegelten Beutel abgegeben. In Klingelheim stellte der Postassistent **Müller** fest, daß ein Wertbrief, der von der hiesigen Aktiengesellschaft **Archimed** an einen Kaufmann in Remscheid gerichtet und mit 1300 M. beschriftet war, verschwunden war. Der ganze Postwagen wurde vergeblich durchsucht. Der Angeklagte erbot sich sofort, sich selbst durchsuchen zu lassen; **Müller**, der für den verschwundenen Brief verantwortlich war, lehnte dies aber ab. Er nahm an, daß der Brief durch ein Versehen in einem anderen, bereits abgegebenen Beutel geraten sei und setzte den Telegraph nach allen in Frage kommenden Orten in Bewegung. In Holzminde war der Dienst des Angeklagten zu Ende. Er begab sich dort in die von ihm gemietete Wohnung, um am Morgen des 10. Mai die Rückfahrt nach Berlin anzutreten. Inzwischen war über den Verbleib des verschwundenen Briefes nichts ermittelt worden und nur lenkte sich der Verdacht auf den Angeklagten, der auch in Haft genommen wurde. Man stellte fest, daß der Angeklagte, der nicht in geringstem Vermögensverhältnissen lebte, am 9. Mai verschiedene kleine Schulden bezahlt hatte. In dem Ofen des von ihm in Holzminde gemieteten Zimmers wurde ein Klümpchen Siegelwachs gefunden, welches nach dem Gutachten des Gerichtsdemeters **Dr. Jechow** von genau derselben Beschaffenheit war, wie der von der Aktiengesellschaft **Archimed** benutzte. Es wurde angenommen, daß der Angeklagte den Brief in dem Ofen verbrannt hatte. Der Angeklagte hat von vorn herein seine Unschuld beteuert und hat dies auch in der gestrigen Verhandlung. Sein Verteidiger, **Justizrat Dr. Sello**, hatte einen umfangreichen Entlastungsbeweis aufgebracht. Die Beamten, welche ebenfalls den Postwagen begleitet hatten, räumten ein, daß der Angeklagte den Wagen während der

Fahrt auch nicht während eines Augenblicks verlassen hatte und der Postassistent **Müller** hielt es auch heute noch keineswegs für ausgeschlossen, daß er verhehentlich den Brief in einem falschen Beutel gesteckt habe. In betreff der von dem Angeklagten gemachten Aussagen behauptete dessen Bruder, ein Ober-Postassistent, daß er ihm Anfang Mai einen Betrag von 100 M. geschickt habe. Soweit fiel auch dieser Verdachtsgrund und der Staatsanwalt hielt den einzig übrigbleibenden Punkt, das Klümpchen Siegelwachs, nicht für ausreichend, um daraufhin ein verurteilendes Erkenntnis zu fällen. Der Verteidiger hob besonders hervor, daß alle psychologischen Umstände dagegen sprächen, daß der Angeklagte der Thäter sein könne. Seinem Antrage auf Freisprechung wurde seitens des Gerichtshofes entsprochen. Der Angeklagte, der sich seit 8 Monaten in Untersuchungshaft befindet, wurde sofort auf freien Fuß gesetzt.

Aus Südafrika.

Zwei kurze Nachrichten liegen heute vom Kriegsschauplatz bei **Ladysmith** vor. Die eine meldet einen Erfolg der Boeren bei **Ladysmith**. Der **Porter „Matin“** veröffentlicht nämlich ein aus **Pre-toria** vom 6. d. S. datiertes Telegramm, nach welchem es den Boeren gelungen ist, sich nach hartem Kampfe einer Anhöhe des **Sochplateaus** zu bemächtigen, welche **Ladysmith** und das **englische Lager** beherrsicht.

Das Telegramm ist allerdings schon vom 6. datiert, dem Tage, an dem die Angriffe der Boeren von den Engländern abgesehen wurden. Die Nachricht kann deswegen recht wohl eine Situation mitten aus der Schlacht schildern, die sich später wieder veränderte.

Die andere Nachricht betrifft einen **Erfolg des Generals Buller**. Der General telegraphiert aus **Springfield** den 11. d. M.: Ich habe das **Südafrikanische Tugela** bei der **Potgieters Drift** heute früh besetzt und mich der **Brücke** bemächtigt. Der **Fluß** ist im Steigen. Der **Feind** steht stark verhängt etwa $4\frac{1}{2}$ Meilen nordwärts.

Trotz der bestimmten Form der Meldung darf die Nachricht, daß **Früh Buller** den **Uebergang** über den **Tugela** erzwungen habe, vorläufig bezweifelt werden. Bekanntlich ist es **Buller** nicht einmal gelungen, sich des **Flusses** zu bemächtigen, als er noch über seine **Artillerie** verfügte, die ihm dann von den Boeren genommen wurde. Oder wollten die Boeren, die „stark verhängt“ im Norden stehen, den **General** in eine **Falle** gehen lassen?

Daß **Buller**, bevor er den **Oberbefehl** abgeben muß, noch große **Taten** vollführen will, wird auch von anderer Seite bestätigt. Der militärische Mitarbeiter des „**Morning Leader**“ will wissen, **Buller** habe die Zustimmung **Roberts** und **Kiener's** zu einer sehr großen **Bewegung** gegen die Boeren erlangt, die sich gegenwärtig vollziehe und deren Ergebnis **Sonnabend-nachmittag** oder **Montagmorgen** bekannt gegeben werden dürfte. Gestern **abend** hat das **Gericht** um, daß ein **Kampf** bei **Colenso** entbrannt sei, aber das **Kriegsamt** hatte keine Nachrichten darüber empfangen.

Das alles klingt noch sehr dunkel und nähere Mitteilungen müssen abgewartet werden.

Ueber die Verluste der Engländer.

In der Schlacht bei **Ladysmith** werden jetzt einige Mitteilungen gemacht. „**Daily Mail**“ erzählt, die Verluste der Besatzung von **Ladysmith** in dem Kampfe am vorigen Sonnabend seien gewesen: 14 Offiziere tot, 34 Offiziere verwundet, über 800 Mann tot und verwundet, während die Verluste der Boeren auf über 2000 zu schätzen seien.

Brüssel, 11. Januar. In den Kreisen der Transvaal-Gesandtschaft verlautet, daß die Boeren nunmehr mit den **Asiandalern** sowie mehreren Fremdenlegionen über **hunderttausend** Mann verfügen. Die **Aktion** des **Generals Buller** zur Befreiung **Ladysmith's** werde teils durch den wachsenden **Aufstand** der **Asiandalern**, teils durch das **überstarke Boerenheer** in der Nähe von **Effcourt** vereitelt.

Lord Methuen irrösinnig?

Schon seit einigen Tagen laufen Gerüchte um von einer schweren Erkrankung des **Generals Lord Methuen**. Jetzt wird aus **Reio Jork** gemeldet: Der „**Chicagoer Record**“ publiziert eine **Pendoneer Privatdepesche**, wonach **Lord Methuen irrösinnig** geworden ist. Und eine **Pendoneer Depesche** scheint diese Version zu bestätigen, denn sie sagt, **Lord Roberts** werde den **General Methuen** durch **General Macdonald** ablösen lassen.

Die russische Gefahr.

Die offiziöse **„Nowoje Wremja“** erwartet bereits den Zusammenstoß **Rußlands** mit **England** allen Ernstes, denn ihren letzten **Verlautbarung** wendet sie einem Vergleich der **Operationalweise** der Boeren mit der der **russisch-asiatischen Truppen**. Sollten die **Engländer** den letzteren gegenüberstehen, meint das genannte **Organ** der **russischen Diplomatie**, so dürften die **Engländer** bald in eine ähnliche **Lage** geraten wie in **Südafrika**, denn die **Organisation** der zu diesem Zweck **bereiteten russischen Truppen**, die Art ihres **Vorgehens**, übertrifft noch insofern die der Boeren, weil sie **gehoben** wird durch die **furchtbare Ausdauer** der **russischen Soldaten**, in welcher **Hinsicht** sich kein **Soldat** irgend einer **anderen Armee** mit ihm messen könnte. In seiner **Ausdauer** gefesse sich noch der **unerschütterliche Glaube** an seine **Kraft** und an sein **Glied**. Er **sterbe** lieber, als daß er sich **ergebe** im **Gegensatz** zu seinem **Erbsind**, den **Engländer** in **Transvaal**, und **andere ähnliche Phrasen** mehr, die aber bezeichnend für die — **Friedensliebe** der **russischen offiziellen Presse** sind.

Letzte Meldungen.

London, 12. Januar. Amtlich wird gemeldet: Abgesehen von den **Offizieren** sind bei **Ladysmith** am 6. d. M. 135 Mann getötet und 244 Mann verwundet worden.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Eine furchterliche Brandkatastrophe bei der drei Menschen **verunglückten**, während ein **Duzend** andere nur mit **genauer Not** dem **Tode** entgingen, wütete gestern **Abend** in **Kirchdorf**. Das **große Warenhaus** von **Max Kron**, **Eds Berg-** und **Pring Handjersstraße** wurde **total vernichtet** und die **dreiköpfige Familie** des **Fierfahrers Otto** von der **Unionsbrauerei** erlitt **mehr** oder **weniger tödliche Verletzungen**. Die **Berliner Feuerwehr** rückte auf die **Meldung**: **„Menschenleben in Gefahr!“** sofort mit mehreren **Zügen** aus und holte **später** noch einen **großen Teil** der **Löschzüge** nach. Das **Feuer** ist **kurz** nach **7 Uhr** in dem **partierre** gelegenen **Wohngewerkschaft** durch **Kurzschluss** entstanden und hat sich mit **großer Rapidität** über das **ganze Haus** **ausgedehnt**! **Mehrere** Personen haben sich bei ihren **Rettungsunternehmen** **stark** **verletzt**. Die **Feuerwehr** arbeitete noch in **später** **Nachstunde**. Der **Brand** **dauert** **fort**. Die **Löschungsarbeiten** werden **wohl** **am** **Sonnabend** **nach** **andauern**.

Wisdam, 12. Januar. (W. T. V.) In der heutigen **Stadtverordneten-Versammlung** kam ein **Dankschreiben** der **Kaiserin** zur **Berlesung**.

Aden, 12. Januar. (Privatdepesche des „**Wortwärts**“.) Vor dem **hiesigen** **Gewerbegericht** fanden heute die **Schlussverhandlungen** über die **Beilegung** der **bereits 18 Wochen** **dauernden Ausperrung** der **Formensicher** statt. Die **Verhandlungen** **föhren** zu **keinem Resultat**, da die **Unternehmer** die **Einigungsanschläge** **zurückwiesen**.

Bombay, 12. Januar. (W. T. V.) Die **Sterblichkeitsziffer** in **Bombay** ist **sehr** **erheblich** **gewachsen** und **heute** **von** **292** **auf** **376** **gestiegen**. Die **normale** **Zahl** **ist** **70**. Die **Zunahme** der **Sterblichkeit** ist **zum** **größten** **Teile** der **West** **zuzuschreiben**.

Reichstag.

126. Sitzung vom 12. Januar 1900, 1 Uhr.

Am Bundesratssitz: Graf Posadowsky.

Zunächst stehen zur Beratung die Resolutionen zum Invalidenversicherungsgesetz, die zur Zeit aus dem Hause eingebracht, aber nicht erledigt wurden.

Herr v. Stumm (Sp.) verlangt im Anschluß an die Invalidenversicherung Einführung der Witwen- und Waisenversicherung für die versicherten Personen.

Dr. Schäfer, Dr. Hise und Genossen (C.) verlangen hinsichtlich baldiger Vorlegung eines Gesetzes, durch welches im Anschluß an die Invalidenversicherung die Witwen- und Waisenversicherung für die in Fabriken beschäftigten Personen unter entsprechender Erhöhung der Beiträge (Zusatzmark) eingeführt und den übrigen Versicherten die Beteiligung im Wege der freiwilligen Versicherung ermöglicht wird.

Diese beiden Resolutionen werden zunächst gemeinsam beraten. Ferner beantragen die Abg. Albrecht und Genossen (Sec.): Die verbündeten Regierungen zu ersuchen, dem Reichstage noch im Laufe der gegenwärtigen Session einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch welchen diejenigen Arbeiter, welche zwar der Invaliditätsversicherung, nicht aber der reichsrechtlichen oder einer gleichwertigen landesgesetzlichen Krankenversicherungspflicht unterliegen — insbesondere die in land- und forstwirtschaftlichen Betrieben sowie als Gesinde beschäftigten Arbeiter — einer reichsrechtlichen Krankenversicherungspflicht unterworfen werden.

Herr Reichert von Stumm (Sp.): Mein Antrag ist dem Hause lange bekannt, da ich keine Gelegenheit vorübergehen habe, um mich zu Gunsten der Witwen- und Waisenversicherung auszusprechen. Gewiß bin ich der erste, der anerkennt, wie Großes auf dem Gebiete der Arbeiterversicherung geschehen ist, so Großes, daß keine Nation sich auch nur annähern mit uns vergleichen kann. Aber die Witwen- und Waisenversicherung würde den Schutz, die eigentliche Krönung des Gebäudes bilden. Es ist eine Ungerechtigkeit, daß für die Witwe und die Waise eines durch einen plötzlichen Unfall verunglückten Arbeiters weit mehr gesorgt ist, als für die eines an einer Krankheit gestorbenen Arbeiters. Es geschieht ja heutzutage so viel für die Lungentranken durch Errichtung von Heilstätten usw., aber ich glaube, daß für einen solchen Lungentranken die Sicherheit, daß für seine Witwe und seine Kinder gesorgt ist, ganz besonders beruhigend sein muß und event. zur Heilung viel beitragen wird. Die Witwen- und Waisenversicherung hätte längst vorgenommen werden müssen. Event. wäre es viel besser, wenn man die Alters- und Invalidenversicherung fallen ließe statt der Witwen- und Waisenversicherung. Ich hoffe, daß schon 1889 diese Versicherung in das erste Alters- und Invalidenversicherungsgesetz aufgenommen werden würde, aber die Herren vom Centrum gaben damals nicht ihre Zustimmung dazu. Jetzt fordert das Centrum ebenfalls die Witwen- und Waisenversicherung. Bedenklich ist die Behauptung auf die Fabrikarbeiter, die Versicherung müßte alle Arbeiter umfassen, die Invalidenversicherungspflichtig sind. Die landwirtschaftlichen Arbeiter werden durch den Centrunsantrag zu Arbeitern zweiter Klasse gemacht. Daher werden meine Freunde, falls mein Antrag nicht zur Annahme gelangt, gegen die Resolution des Centrum stimmen.

Herr Dr. Hise (C.):

Ich kann Herrn v. Stumm darin völlig beistimmen, daß die Witwen- und Waisenversicherung die notwendige Ergänzung der Unfall- und Invalidenversicherung ist. Wenn der Arbeiter an einer akuten Krankheit stirbt, so erhält er keine Invalidenrente, sondern es werden nur die Beiträge zurückerstattet. Das ist keine genügende Unterstützung für seine Witwe und die zurückbleibenden Kinder. Diese kann nur durch eine dauernde Rente gewährt werden. Ich trete darin Herrn v. Stumm bei, daß diese Versorgung für die lungentranken Arbeiter eine große Beruhigung sein wird. Das einzige Bedenken, das man gegen die Witwen- und Waisenversicherung geltend macht, sind die Kosten. Diese werden ja allerdings recht hoch sein. Daher beantragen wir die Einrichtung zunächst für die Fabrikarbeiter. Die industriellen Arbeiter können die Beiträge sehr gut aufbringen, da die Löhne eine steigende Tendenz haben, während wir Bedenken tragen, die Beiträge der landlichen Arbeiter jetzt schon zu erhöhen. Man muß für ganz verschiedene Arbeitsverhältnisse nicht denselben Maßstab anlegen. Zu berücksichtigen sind auch die verschiedenen Verhältnisse von Industrie und Landwirtschaft. Die Industrie blüht, die Landwirtschaft ist in Notlage. Wir können jetzt der Landwirtschaft neue Lasten nicht zumuten. Vielleicht ist es später möglich, da ja Aussicht vorhanden ist, daß die Landwirtschaft demnächst durch die Neuordnung der Bölle wieder in günstigere Verhältnisse kommt.

Die weiteren Ausführungen des Redners bleiben aus der Tribüne unverständlich. Er scheint auf die Gefahr hinzuweisen, daß bei einer allgemeinen Rentenversicherung infolge der Erhöhung der Beiträge das Invalidenversicherungsgesetz an Popularität verlieren würde. Es empfiehlt sich deshalb eine Beschränkung auf die in Fabriken beschäftigten Personen, für die ein Zusatzwert eingeführt werden könnte.

Staatssekretär Graf Posadowsky:

Ich wünsche innig, daß jeder Arbeiter eine Rechtsanerkennung auf die Versorgung seiner Witwe und Waisen bekommt. Aber dieses Ziel sind wir uns alle einig. Aber wir müssen uns auch klar werden über die gewaltigen Anforderungen, die hier an den Staatsorganismus gestellt werden. Jede Regierung hat die Verpflichtung, sich ein klares Arbeitsprogramm aufzustellen, das sie durchzuführen will, und sie darf sich auch nicht scheuen, Ansprüche und Wünsche, die nicht erfüllt werden können, zurückzustellen, selbst auf die Gefahr hin, daß dies noch ansehnlicher erscheint. Wer an verantwortlicher Stelle steht, muß thun, was er vor der Öffentlichkeit und der Zukunft vertreten kann. Wir haben eine Novelle zum Invalidenversicherungsgesetz, die finanziell ihre Folgen schon sichtbar macht, in der letzten Session abgeschlossen. Es liegt Ihnen bereits die Novelle zum Unfallversicherungsgesetz vor, und ich bin fest entschlossen, wenn in dieser Session die Unfallversicherungsgesetz Novelle zum Abschluß kommt, eine gründliche Reform des Kranken- und Versicherungs-Gesetzes eintreten zu lassen, und zwar vor allem das Ziel zu erreichen, daß die Unterstützungszeit von 13 auf 26 Wochen verlängert wird, um so die Lücke auszufüllen, die eine verhängnisvolle Zeit bildet und manche Arbeiterfamilie verelenden kann. Nun bin ich der Ansicht, so sehr wir die Witwen- und Waisenversicherung wünschen, wir haben erst für den Arbeiter selbst zu sorgen. Ich würde es daher für das richtige halten, eine Entscheidung in der Frage der Witwen- und Waisenversorgung soweit zu verschleppen, bis wir die Reform der drei großen Versicherungsgesetze beendet haben und übersehen können, welche neuen Opfer wir an den Staat, den Arbeitgeber und Arbeiter stellen können. Es ist darauf hingewiesen worden, daß durch die Versorgung der Arbeiterrenten die Armenpflege erheblich entlastet wird. Aber die Erhebungen, die bisher auf diesem Gebiete angestellt sind, sprechen nicht dafür. Mit der wachsenden Volksbildung steigen selbstverständlich auch die Ansprüche an das Existenzminimum, und durch die Durchführung der sozialpolitischen Gesetzgebung ist in der Arbeiterklasse der Anspruch auf dieses Existenzminimum gestiegen, und folglich auch der Anspruch an die Armenpflege. So ist es gekommen, daß die Kosten der Armenpflege trotz der sozialpolitischen Versicherungsgesetze nicht wesentlich herabgegangen sind. Ich habe nun eine Berechnung aufgestellt, wie groß ungefähr die Kosten sein würden, die aufzubringen wären, auch wenn sich das Witwen- und Waisengesetz in den allerbesten Fällen hielte. Etwa 7,7 Millionen Personen würden unter ein derartiges Gesetz fallen. Nimmt man nun eine Schwere von 100 Mark und eine Waisenrente von 33 1/2 Mark,

so würde sich die jährliche Ausgabe bei Mitberechnung der Verwaltungskosten belaufen auf 95,9 Millionen Mark. Die würden also mit einer laufenden Ausgabe von rund 100 Millionen zu rechnen haben. — Auf das Bestimmteste aber kann ich schon heute erklären, daß wir uns auf eine exceptionnelle Behandlung der landwirtschaftlichen Arbeiter nicht einlassen. (Bravo! rechts.) Wir sehen immer deutlicher den Abfluß der landlichen Arbeiter nach den Städten. Die Krönung, die Bekämpfung der Scholle aufzugeben, nimmt fortgesetzt zu. (Sehr wahr! rechts.) Die verbündeten Regierungen werden aber unter keinen Umständen die Hand dazu bieten, diesen Vorgang zu begünstigen. (Beifall rechts.) Wir wollen denen entgegenwirken, die da sagen: kommt in die Städte! Da arbeitet ihr unter einem schimmernen Dach, geschützt vor Regen und Sonnenstrahl; dann bekommt ihr auch Witwen- und Waisenunterstützung. Ich bin gewiß kein internationaler Chauvinist (Lachen), aber das eine erste Gefahr darin liegt, wenn ein großer Teil der Landwirtschaft auf ausländische Arbeiter angewiesen wird, kann nicht geleugnet werden. Außerdem halte ich auch die Trennung von landwirtschaftlichen und industriellen Betrieben für ganz unmöglich. Wenn die landwirtschaftlichen Arbeiter noch wie früher auf Jahresfrist in festem Lohn von dem Dienstherrn angestellt würden, so wäre eine solche Unterscheidung vielleicht möglich, obwohl, wie wir bei der Unfallversicherung gesehen haben, eine Unterscheidung schon deshalb sehr schwierig ist, weil häufig landwirtschaftliche und industrielle Betriebe vereinigt sind. Außerdem aber stehen heutzutage die landwirtschaftlichen Arbeiter sehr häufig in gar keinem anderen Verhältnis zu ihrem Gutsherrn, wie die Fabrikarbeiter zum Fabrikherrn, ja viele Arbeiter vertauschen sehr häufig die Arbeit in landwirtschaftlichen Betrieben mit einer gewerblichen Tätigkeit. Es kann also unmöglich eine feste Scheidelinie zwischen Land- und Fabrikarbeitern gefunden werden, wie sie der Antrag Hise voraussetzt. Nun noch einige Worte zu der finanziellen Frage. Wir stehen im Begriff, eine neue Novelle zum Unfallversicherungsgesetz zu beraten, ebenso sollen das Invaliden- und das Krankenversicherungsgesetz ausgearbeitet werden. Die finanziellen Folgen dieser drei großen Reformgesetze sind noch ganz unübersichtlich, und weiter fragt es sich doch auch, wie die Lage der Industrie und Landwirtschaft demnächst sein wird. Gewiß befinden wir uns in einem großen Aufschwung der Industrie, aber ob dieser dauernd sein wird, das ist doch mindestens zweifelhaft. Ebenso sicher ist, daß die Landwirtschaft sich in einer sehr schwierigen Lage befindet. Wenn man also auch mit seinem Herzen vollkommen mit diesem Antrag sympathisiert, so wird es doch politisch richtig sein, zuerst mal sozusagen das zu machen. Die Weiterentwicklung von Industrie und Landwirtschaft wird wesentlich davon abhängen, welche Stellung Deutschland auf handelspolitischem Gebiet gegenüber seinen Konkurrenzstaaten in Zukunft einnehmen wird. — Es ist einmal hier das Wort gefallen, eine Resolution schaffe ja nichts, die Regierung könne ja dann immer noch thun, was sie wolle. Ich stehe aber auf dem Standpunkt, daß wenn eine große Mehrheit dieses Hauses den Wunsch nach einer gesetzlichen Änderung anspricht, die Regierung ersucht zu prüfen hat, ob diesem Wunsch ohne Verletzung der Staatsinteressen stattgegeben werden kann. In Bezug auf den vorliegenden Antrag aber kann ich eine besonders entgegenkommende Erklärung aus den angeführten Gründen nicht abgeben und ich wünsche daher, daß der Antrag zur Zeit nicht angenommen werden möchte. Sonst würde man in der Bevölkerung erwarten, daß nun auch bald etwas nach dieser Richtung geschieht und würde, wenn diese Erwartung getäuscht würde, die Schuld auf die Engergartigkeit und sozialpolitische Einseitigkeit der Regierung schieben. (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten.) Dagegen muß ich mich ganz entschieden verwahren. Ich kann schließlich erklären, daß wir nach Abschluß der großen Reformen, die ich angedeutet habe, wenn die Steuerlast des Volkes und die wirtschaftliche Entwicklung des Landes es erlauben, nicht zögern werden, eine Gesetzesvorlage vorzulegen, welche die in der That sehr wünschenswerten Witwen- und Waisenversicherung vorsieht.

Herr v. Richthofen (L.):

Meine Freunde stehen auf dem Standpunkt des Herrn Staatssekretärs. Wir scheuen uns nicht, das Odium der Regierung mit tragen zu helfen. Principiell sind sie wir den Gedanken der Resolution. Das Problem der Witwen- und Waisenunterstützung muß gelöst werden. Im gegenwärtigen Zeitpunkt ist das aber nicht möglich und deshalb werden wir gegen beide Resolutionen stimmen. Ob die Lage der Industrie weiter so günstig sein wird wie jetzt, ist mehr als zweifelhaft. Ich glaube, sie ist jetzt schon nicht in der Lage, eine Mehrbelastung zu ertragen. Die Landwirtschaft ist es noch viel weniger. Die Unterscheidung zwischen Fabrikarbeitern und landwirtschaftlichen Arbeitern ist technisch unmöglich und politisch unerwünscht. Die Landwirtschaft muß geschützt und gefördert werden, auf sie kommt schließlich doch alles an. Wenn Sie wollen, daß das Problem der Witwen- und Waisenversicherung der Lösung näher geführt wird, müssen Sie der Landwirtschaft helfen. Die Anträge verlangen etwas zur Zeit wirtschaftlich Unmögliches, deshalb bitten wir Sie, beide Anträge abzulehnen. (Beifall rechts.)

Herr Hofmann-Dillenburg (natl.):

(auf der Tribüne schwer verständlich) tritt der Resolution Stumm bei, obwohl er die Bedenken des Staatssekretärs auch teilt. Würde der Reichstag die Resolutionen ablehnen, so würde es aussehen, als ob der Reichstag sozialpolitisch keinen Fortschritt wolle. Die Annahme der Resolutionen verpflichte die Regierung noch nicht, die Materie sofort in Angriff zu nehmen. Den Centrunsantrag lehne er wegen seiner Unterscheidung der Arbeiter sowie wegen des Gedankens der Zusatzmarken rundweg ab.

Herr Mollenhuth (Sec.):

Herr v. Stumm hat davon gesprochen, daß die Ausführung seines Antrags die Krönung des ganzen sozialpolitischen Gebäudes bedeute. Ich sehe kein Gebäude, sondern nur Eschwerk auf sozialpolitischem Gebiet. (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten.) Was die beiden vorliegenden Resolutionen anlangt, so übertrumpft ja diesmal Herr v. Stumm Herrn Hise bedeutend. (Heiterkeit.) Auch wir werden für den Antrag Stumm stimmen, da der Antrag Hise nur eine unvollkommene Lösung der Materie in Vorschlag bringt. Dieses Gesetz ist, wie es alle unsere Versicherungsgesetze sind, eine Reform für die Armenpflege. Unsere Armenpflege ist so schlecht, daß jede Veränderung eine Verbesserung bedeutet. Wir verhehlen uns nicht, daß bei jeder Entlastung der Armenpflege Leute entlastet werden, die sehr wohl zahlen können, daß den produktiven Ständen alles aufgehört wird. Die Gemeinden werden z. B. sicherlich entlastet und damit bleiben auch die großen Einkommen der Bankiers z. B. von der Heranziehung frei. Aber das es gilt, die Armenpflege zu verbessern, entscheiden wir uns trotz dieser Bedenken für die Versicherung. Daß die Ausführung des Antrags Stumm erhebliche Kosten im Gefolge haben wird, darüber wird sich wohl jeder klar sein. Es würden ungefähr eine Million Witwen zu unterstützen sein. Dem von den 200000 vorhandenen Witwen wird sicherlich die Hälfte Witwen von Lohnarbeitern sein. Daß aber die Summen nicht aufgebracht werden könnten, ist durchaus nicht richtig. Die ganze Arbeiterversicherung hat bisher der ganzen Industrie noch keine so gewaltige Belastung gebracht. Es wird freilich in Fabrikantenkreisen fortwährend geklagt über die Summen. Es wird immer von 300 Millionen geredet. Die Summe sieht ja groß aus. Sieht man aber näher zu, wie die Belastung sich pro Arbeiter und Arbeitstag verteilt, so findet man, daß die Fabrikanten pro Kopf und Arbeitstag mit rund 6 Pfennig belastet sind. (Hört! hört! bei den Socialdemokraten.) Diese Last können sie wohl noch ertragen und in den landwirtschaftlichen Betrieben kommen pro Kopf und Arbeitstag nur 2 Pfennig heraus. (Hört! hört! bei den Socialdemokraten.) Auch wenn die Summen für die Witwen- und Waisenversicherung noch hinzukämen, so würden die Lasten sehr wohl zu ertragen sein, und es wäre ein guter Fortschritt auf dem Gebiete

der Reform der Arbeiter- und Versicherung zu konstatieren. Entschieden ablehnend aber müssen wir uns gegen den Antrag Hise verhalten. Dieser Antrag ist nicht nur sehr schwer durchführbar, sondern hat auch noch allerhand — ich möchte sagen gemeingefährliche Hintergedanken. Erstens ist es ganz undurchführbar, daß ledige lich die in Fabriken beschäftigten Arbeiter versichert werden dürfen. In welche Lage kommen dann die Arbeiter, die abwechselnd in landwirtschaftlichen, gewerblichen und Fabrikbetrieben beschäftigt sind? Auch der Unterschied zwischen gewerblichen und Fabrikarbeitern ist nicht so streng. Soll z. B. ein Schloffer, der noch im letzten Augenblick aus der Fabrik ausscheidet und in der Werkstatt arbeitet, deshalb der Rente verlustig gehen? Also schon deshalb können wir nicht für den Antrag Hise stimmen. Ganz abgesehen davon, daß wir verlangen, daß landwirtschaftliche und industrielle Arbeiter gleich behandelt werden. — Nun hat aber Herr Hise erklärt, daß er auch dafür wäre, die Witwen- und Waisenversicherung auf die Landarbeiter auszuweiten, falls durch die Neuordnung der Bölle die Landwirtschaft in eine günstigere Lage käme; davon wäre aber nur die Folge, daß man später die Notwendigkeit vollkommener Bölle mit der Notwendigkeit der Ausbreitung der Witwen- und Waisenversicherung auf die Landarbeiter begründen würde. (Sehr wahr! bei den Socialdemokraten.) Dafür können wir natürlich nicht eintreten. Außerdem würde die Industrie auf diese Weise auch doppelt belastet werden. Einmal würden die Arbeiter die Versicherungsbeiträge zu leisten haben und dann würde ihnen auch noch das Brot verteuert werden. Dann wäre es wohl besser, sämtliche Arbeiter bekommen die Unterstützung und die Kosten werden durch eine Reichssteuer aufgebracht, von der die Einkommen, die so niedrig sind wie die der landwirtschaftlichen Arbeiter, im allgemeinen befreit wären. — Der Antrag des Herrn Hise bedeutet für die Fabrikanten vielleicht dasselbe, wie die Besteuerung der großen Warenhäuser für die Fabrikanten. Schließlich ist aber doch die Fabrik die auf höherer Kulturstufe stehende gewerbliche Anstalt. Da man mit so kleinen Mitteln gegen sie vorgeht, so hat das höchstens die Folge, daß alle diejenigen Arbeiter, die auf eine solche Versicherung Wert legen, nun vom Handwerk in die Fabrik übergehen, so daß das Handwerk also durch den Antrag Hise geschädigt wird in der schmerzlichen Weise. Aus allen diesen Gründen müssen wir uns gegen den Antrag Hise erklären. (Bravo! bei den Socialdemokraten.)

Herr Hise (wildlib.):

Die Witwen- und Waisenversicherung ist gar nicht zu ungeden, nachdem wir überhaupt einmal die Arbeiterversicherung begonnen haben. Die größte Not in den armen Familien tritt dann ein, wenn der Ernährer gestorben ist. Andererseits ist es auch bei erheblichen gesteigerten Löhnen heute den Arbeitern ganz unmöglich, ein Kapital anzusparen, von dem ihre Witwen und Waisen leben könnten, oder so viel von ihrem geringen Arbeitslohn abzusparen, um ihr Leben bei einer Privatgesellschaft zu versichern. Auch ich stehe auf dem Standpunkt, daß wenn wir die Witwen- und Waisenversicherung einführen wollen, wir sie unbedingt für alle Arbeiter einführen müssen. Die Gründe, die Abgeordneter Mollenhuth dem Abgeordneten Dr. Hise gegenüber geltend gemacht hat, sind durchschlagend. Der Herr Staatssekretär hat darauf hingewiesen, daß die Armenpflege durch die Versicherungsreise nicht so entlastet worden ist, wie man ursprünglich gehofft hat. Ich habe mir diese Wirkung nicht versprochen, wohl aber glaube ich, daß gerade die Witwen- und Waisenversorgung eine außerordentliche Entlastung der Armenpflege bewirken würde. Der Herr Staatssekretär hat auf die Lasten hingewiesen, die diese neue Versicherung verursachen würde. Würde aber jetzt eine Enquete veranlaßt und würden die deutschen Arbeiter gefragt: wollt Ihr auf die Gefahr hin, daß Eure Beiträge zur Krankenversicherung und zur Invaliditätsversicherung sich erhöhen, eine Witwen- und Waisenversorgung, so würde, davon bin ich fest überzeugt, die große Mehrzahl erklären: Ja, wir wollen sie. Da sollten sich auch die Arbeitgeber nicht sträuben, und ich habe auch in ihren Kreisen bisher von einem solchen Sträuben nichts bemerkt. Die Redensart von der Belastung der Industrie, von der Gefährdung ihrer Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkt darf hier nicht geltend gemacht werden, um diesen Fortschritt zu verhindern. Ich bin im Gegenteil der Ansicht, daß unsere Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkt durch unsere sozialpolitische Gesetzgebung nicht vermindert, sondern erhöht wird. Als die Krönung des sozialpolitischen Gebäudes kann ich die Witwen- und Waisenversorgung nicht betrachten. Haben wir sie eingeführt, so sind wir mit unserm Latein noch lange nicht zu Ende. Dann muß eine Versicherung gegen Arbeitslosigkeit ins Auge gefaßt werden. Die sozialdemokratische Volkspartei, die heute hier leider durch kein Mitglied vertreten ist, (Auf den Banken der freisinnigen Volkspartei ertönt ein Oho! Große Heiterkeit) hat sich mit diesem Problem befaßt, dessen Lösung mir allerdings noch nicht gelungen erscheint. — Sollte der Antrag des Herrn v. Stumm abgelehnt werden, so bin ich bereit, für den Antrag Dr. Hise zu stimmen, nur damit die Frage der Rentenversorgung im Fluße bleibt.

Herr Richter (sp. Sp.):

Bei der Belegung des Hauses hängt es vom Zufall ab, welche Resolution angenommen wird. Meine parlamentarischen Erfahrungen sprechen gegen eine solche Erledigung. Die Frage ist von großer Wichtigkeit, aber in der Form der vorgelegten Resolution nicht spruchreif. Die wichtige Frage der Kostendeckung ist in der allgemeinen Fassung dieser Resolutionen gar nicht berücksichtigt. Ich wünsche nun nicht, daß die ganze Angelegenheit kurzer Hand von der Tagesordnung geteilt werde. Es erscheint mir zweckmäßiger, beide Anträge an eine Kommission zu verweisen. Dort kann der Gegenstand vertieft werden und vielleicht gelingt es, eine Fassung zu finden, mit der alle Parteien und auch die Regierung einverstanden sind. Am zweckmäßigsten ist es, mit dieser Aufgabe diejenige Kommission zu betrauen, der demnächst die Novelle zur Unfallversicherung überwiesen werden soll. Da, wie ich höre, beabsichtigt ist, hierfür eine Kommission von 28 Mitgliedern einzusetzen, so beantrage ich heute, die beiden Resolutionen an eine Kommission von 28 Mitgliedern zu verweisen. (Zustimmung bei den Freisinnigen.)

Herr Ströbel (C.):

Es ist doch zu gewagt, gleich die gesamte Arbeiterschaft für die Rentenversorgung versicherungspflichtig zu machen. Machen wir zunächst erst einen Versuch mit den Industriearbeitern. Es wird gesagt, hierdurch würden Arbeiter erster und zweiter Klasse geschaffen. Aber solche Arbeiter erster und zweiter Klasse giebt es ja schon heute. Schon heute ist die Waisenversorgung von Ansparschaftslosen und einzelnen Werken durchgeführt.

Herr v. Stumm (Sp.):

Mit dem Antrage des Herrn Richter bin ich einverstanden. In der Kommission werden wir wohl zu einer Verständigung mit dem Centrum kommen. Jemand ein Beschluß muß gefaßt werden; die Sache darf nicht auf die lange Bank geschoben werden. Wir dürfen nicht erst warten, bis mit den neuen Versicherungsgesetzen Erfahrungen gesammelt sind.

Herr Dr. Bahr (wildlib.):

Herr v. Stumm hat selber erklärt, daß er durch seine Resolution keine Freision auf sofortige Einführung der Witwen- und Waisenversorgung ausüben wolle. Da können wir sehr wohl die Frage erst in einer Kommission gründlich studieren. Denn so sehr wir alle auch für eine Witwen- und Waisenversicherung sind, so halten wir doch die Frage noch nicht für spruchreif. Warten wir das Experiment ab, das die See-Versicherungsgesellschaft mit der Einführung der Waisenversorgung für die Seeleute macht. Auch würde ich es für richtig halten, wenn wir den Ausgangspunkt für die Rentenversorgung beim Mittelstand und

bei den kleinen Handwerksleuten, deren Lage ja viel schlimmer ist als die der industriellen und landwirtschaftlichen Arbeiter. Schon aus diesem Grunde kann ich den Resolutionen in ihrer jetzigen Fassung nicht zustimmen. Ich kann Sie nur bitten, dem Antrag Richter auf Ueberweisung an eine Kommission zuzustimmen.

Abg. Frhr. v. Richthofen (L.): Meine Freunde haben gegen eine Beratung in der Kommission nichts einzuwenden. Hierauf schließt die Diskussion.

Der Antrag Richter auf Kommissionsüberweisung wird gegen die Stimmen der freiwirtschaftlichen Volkspartei, der Deutschkonservativen und des Bundes der Landwirte abgelehnt.

Die Resolution Stramm wird alsdann mit großer Majorität angenommen.

Damit ist die Resolution Heye erledigt. Hierauf verläßt sich das Haus.

Nächste Sitzung Sonnabend 1 Uhr. (Zweite Lesung des Etats und zwar Etat des Reichsamts des Innern.)

Schluß 7/15 Uhr.

Kommunales.

Aus der Magistrats-Sitzung vom Freitag. In Fortsetzung der Beratungen zur Feststellung des Stadthaushalts-Etats für 1900 legte das Magistratskollegium den Einzeletat für das Krankenhaus am Friedrichshain in Uebersicht mit 308 000 M. unter Hinzurechnung der Erhöhung von 15 Proz. auf die zu zahlenden Mieten und Verpflegungskosten und in Ausgabe mit 203 100 M., also mit einem Zuschuß von 104 900 M. fest. Die tägliche Durchschnittsziffer der zu verpflegenden Kranken ist einschließlich von 130 Kranken, welche in den beiden neu errichteten Pavillons untergebracht werden, auf 900 berechnet. — Der Einzeletat des Krankenhauses Roabit ist festgestellt in Uebersicht auf 296 000 Mark und in Ausgabe mit 221 242 M.; die tägliche Durchschnittsziffer der zu verpflegenden Kranken ist auf 925 berechnet. — Der Etat des Krankenhauses Am Urban ist in Uebersicht mit 297 972 M. und in Ausgabe mit 662 580 M. eingestellt, es ist somit ein Zuschuß von 364 608 M. erforderlich. Die Durchschnittsziffer der täglich zu verpflegenden Kranken ist auf 600 Köpfe berechnet. — Der Etat des Krankenhauses in der Gitschinerstraße ist in Uebersicht mit 50 758 M. und in Ausgabe mit 130 984 M. mit einem Zuschuß von 80 226 M. festgestellt. Die Durchschnittsziffer der täglich zu verpflegenden Kranken beträgt hier 150. — Der Einzel-Stat der Fluss-Badeanstalten schließt in Uebersicht mit 44 100 M. und in Ausgabe mit 80 300 M., wofür ein Zuschuß von 36 200 M. ab. — Der Einzeletat der städtischen Volks-Badeanstalten schließt ab in Uebersicht mit 189 636 M. und in Ausgabe mit 216 687 M., also mit einem Zuschuß von 27 051 M.

Eine vom Oberbürgermeister Richter berufene Magistrats-Kommission hat die Juagerrücknahme eines Berliner Bürgerbuches, das später periodisch fortgesetzt werden soll, in Aussicht genommen. Gegenstand der Veröffentlichung sollen alle Normen sein, welche für die städtische Verwaltung von allgemeiner Bedeutung sind. Dem zu Grunde gelegten Plane nach sollen in Betracht gezogen werden: 1. Spezialgesetze bezw. nach höherem Verfassungsrechte mit Gesetzeskraft publicierte Verordnungen und Sonderrechte nebst staatlichen Ausführensbestimmungen, sowie andere allgemeine Erlasse der Aufsichtsbehörden und Polizeiverordnungen, soweit dieselben mit städtischen Angelegenheiten in Verbindung stehen. 2. Ordinaten, Gemeindefestsetzungen einschließlich der durch Gemeindefestsetzungen festgestellten Instruktionen, Regulative, Statuten sowie Magistratsbeschlüsse einschließlich der Instruktionen des Magistrats, Beschlüsse und Instruktionen der einzelnen Verwaltungsdeputationen, Tarife, soweit sie nicht bereits zu den vorigen Klassen gehören. 3. Verträge und wichtige gerichtliche Entscheidungen aller Art. — Nach dem Bericht des Kurators des städtischen Vieh- und Schlachthofes sind im Monat Dezember v. J. auf dem städtischen Schlachthofe 61 890 Schweine — gegen 56 904 im Dezember 1898 — auf Trümmern unterzucht worden. Davon sind 8 Stück wegen Trichinen und 46 Stück wegen Finnen als zur menschlichen Nahrung ungeeignet zurückgewiesen worden.

Lokales.

Der Wahlverein des dritten Kreises hält heute abend in Cohus Festsaal (Eingang Deutschstr. 10) sein zehntes Stiftungsfest ab, worauf die Mitglieder nochmals mit den Bemerkungen hingewiesen werden, daß Willets a 25 Pf. auf allen Jahrestellen noch erhältlich sind. Der Vorstand.

Wierter Wahlkreis (Süd-Ost). Der Les- und Diskussionsklub „Süd-Ost“ feiert am Sonntag in den Andreas-Festsaal, Andreasstraße 21, sein neuntes Stiftungsfest. Das Programm, an welchem neben Konzert, Gesang und Tanz auch die Gesellschaft Strelzeles mitwirken wird, dürfte bei dem geringen Eintrittspreis von 20 Pf. gezeichnet sein, unseren Freunden und Gönnern einen angenehmen Abend zu bereiten. Der Vertrauensmann.

Zur Weihnachtszeit erregte es peinliches Aufsehen, als Kinder hiesiger Gemeindefschulen von ihren Lehrern die Kataloge zu „Alt-Berlin“ und „Kairo“, jenen Ausstellungen dirmenhaften Andenken, als Belohnung für braves und sitzames Betragen zum Geschenk erhielten. Die Schuldvorsteher suchten den begangenen Mißgriff sogleich durch gut zu machen, daß sie die mit unzähligen Reklamen und Anzeigen von fittlich sehr zweifelhaftem Inhalt geschmückten „Kataloge“ sogleich von den Kindern wieder zurückforderten.

Der der Urheber der Inzidentlichkeit war, blieb bisher unbekannt. Das folgende, den Direktoren der Gemeindefschulen zugegangene Schreiben giebt die nötige Aufklärung:

Städtische Schulddeputation.
S. Nr. 4024 Sch. III. 99.

Berlin, den 13. Dezember 1899.

Der Herausgeber des „Kleinen Journals“, Herr Dr. Leipziger, hat uns eine Anzahl Exemplare der in seinem Verlage erschienenen Kataloge „Kairo“ und „Alt-Berlin“ der Berliner Gewerbe-Ausstellung von 1896 zur Verteilung als Weihnachtsgabe an Gemeindefchulkindern übergeben.

Wir erziehen Sie, diese Kataloge an geeignete Kinder der ersten Klassen zu übergeben.

Beifolgend ... Exemplare „Kairo“ ... Exemplare „Alt-Berlin“.

L. S. Ziesemer.

(Magistrats-Sekretär im Bureau der Schul-Dep.)

An die Herren Direktoren der Gemeindefschulen.

Man muß zwar eigentlich annehmen, daß eine Schulddeputation die Pflicht hat, Bücher, die ihr zur Verteilung an Kinder übergeben werden, auch einigermaßen daraufhin zu prüfen, ob sie sich zur Jugend die Eignung eignen. Eine Prüfung war hier um so notwendiger, als doch auch die Mitglieder der Schulddeputation keine Waisenkinder sind und ungefähr wissen, was es mit der Ausstellung „Kairo“ von 1896 und mit den fittlichen Qualitäten des Herrn Geschenkgebers auf sich hat. Immerhin mag man für die Schulddeputation wohlwollend den mildredenden Umstand großer Jahrlässigkeit ins Feld führen.

Keinerlei Milderungsgrund kann aber für den Verstoß des Herrn Leipziger, Kinder durch fittlich bedenkliche Lektüre moralisch zu vergiften, aufgetrieben werden.

Zur Remission einer solchen Handlung reicht der Sprachschab gestitteter Menschen nicht mehr aus.

Von Herrn Hans Paul erhalten wir folgende Zuschrift: Sie citieren in Ihrer Nr. 5 meine Entgegnung an Sie mit den Worten: „Weil ich ein Demokrat bin, und mir erlaube trotzdem die Ver-

mehrung der Flotte für notwendig zu halten, muß ich ein Schuß sein.“

Diesem Aussprüche stellen Sie folgendes Citat aus Nr. 8 des „Neuen Jahrbuchs“ gegenüber: Am 6. Dezember 1897 erklärte der Reichsanwalt Herr Hohenlohe im Reichstage ebenso wie der Admiral Tirpitz, daß die Regierungen durch die zur Beratung vorliegenden Flottenentwürfe, wenn sie Gesetz werden sollten, sich für sieben Jahre für gebunden erachten und für diesen Zeitraum von weiteren Forderungen für die Marine abzusehen sich verpflichteten. Es sind kaum zwei Jahre seitdem verstrichen und eine neue große Marinevermehrung steigt aus der Reifung hervor. ... Verbrochene Verpflichtungen sind Vapollen in der Politik von heute.“

Dem ersten Citat nach habe ich, Ihrer Meinung gemäß, mich für, im zweiten gegen die Flottenvorlage erklärt. Das ist nicht der Fall. Wohl aber haben Sie zwischen den beiden Legitimitäten Sägen das Folgende aus meinem Briefe gestrichen, woraus meine Barleinnahme für die Flottenvorlage unzweifelhaft erhellt: Es soll hier nicht erörtert werden, ob die inzwischen erfolgten bedeutsamen Verschiebungen in der Lage der Weltpolitik diese beträchtliche Verstärkung der deutschen Seestreitkräfte erfordern oder nicht, es soll hier nichts dagegen eingewendet werden, daß das deutsche Volk jedes erdenkliche Opfer bringt, das der Schutz seiner Küsten, seiner Besitzungen und seines Welt Handels erfordert; jedes Opfer, das die Meinung besonnen denkender Patrioten in dieser Richtung für nötig befindet, soll gebracht werden. Wahrungsvoll Hans Land.

Nach Kenntnisnahme der Sachlage nimmt die Redaktion des „Vorwärts“ keinen Anstand, zu erklären, daß unter Gewährsmann sich in der Auffassung des Hohenlohe geirrt hat und daß die erhobenen Vorwürfe nicht zutreffend sind.

Berliner Eheschließungen. Im Jahre 1899 wurden in Berlin 19 837 Ehen geschlossen, davon im Januar 991, im Februar 1077, im März 1710, im April 2759, im Mai 1789, im Juni 987, im Juli 1347, im August 1050, im September 1628, im Oktober 3355, im November 1740, im Dezember 1504. In den Jahren 1894—98 waren 16 820, 17 238, 18 642, 19 329, 19 550 Ehen geschlossen worden. Im Verhältnis zur Bevölkerungszahl ist die Zahl der Berliner Eheschließungen nach 1894 wieder gestiegen, aber 1899 von neuem zurückgegangen. Es heizelten 1894—97 20,3, 20,8, 21,9, 22,5, aber 1898 nur 22,0 auf je 1000 Personen der durchschnittlichen Bevölkerung. Für 1899 läßt sich die Eheschließungsziffer, da die durchschnittliche Bevölkerungszahl noch nicht feststeht, noch nicht berechnen; sie dürfte aber schwerlich höher als für 1898 sein.

Eine Protestversammlung gegen den jüngsten Beschluß des Berliner Magistrats bezüglich der künftigen Gaspreise war von dem Bunde der Handel- und Gewerbetreibenden am Donnerstag nach den Arminalen einberufen. Nachdem der Referent Pöschel die einer Verbilligung des Gases entgegenstehende abnehmende Haltung des Magistrats scharf kritisiert und zahlreich nachgewiesen hatte, daß die Stadt bei Annahme des Antrages der Stadtverordneten-Versammlung immer noch einen Ueberschuß aus den Gaswerken erzielen würde, wurde folgendes einstimmig beschloffen:

Die Versammlung protestiert gegen die durch nichts zu rechtfertigende Ablehnung des Antrages der Stadtverordneten-Versammlung auf Verbilligung des Leuchtgases; sie billigt den Beschluß der Stadtverordneten-Versammlung auf Ermäßigung des Leuchtgaspreises von 16 auf 12 Pf. und giebt den Ansinnen zur Erhöhung anheim, den Preis für gewerbolides Gas auf 10 Pf. zu belassen, um den an und für sich schon bedrückten kleinen Gewerbetreibenden möglichst zu schätzen. Die Versammlung beschließt ferner, den Magistrat zu ersuchen, eine nach kaufmännischen Grundsätzen aufgestellte Bilanz der Gaswerke zu veröffentlichen, in der das zur Beleuchtung der öffentlichen Straßen und Plätze verwendete Gas entsprechend gebucht werde. Die Resolution ist dem Oberbürgermeister durch eine Deputation persönlich zu überreichen.

Im Anschluß hieran erhob die Versammlung noch Protest gegen einen Passus im Jahresbericht des Vereins Berliner Kaufleute und Industrieller, der besagt, daß die Lage des kleinen und mittleren Gewerbetreibenden im letzten Jahre nicht verheerend sei, sondern eher gehoben habe. Da diese Angabe den Thatfachen nicht entspreche, so wurde der Vereinsvorstand beauftragt, in geeigneter Form gegen jene Behauptung Einspruch zu erheben.

Ein Aukturbild. Die Untersuchung gegen die des verurteilten Andreasmordes beschuldigte Cigarrenarbeiterin Antonie Schardt hat bisher noch zu keinem Resultat geführt. Die Schardt bleibt nach wie vor dabei, daß das Kind nicht ihr eigenes sei, sondern sie habe dasselbe vor drei Jahren, als sie in Berlin wohnte, von einer unbekanntem Frauenperson in Pflege bekommen. Rechtmäßigerweise vermag sie jedoch nicht anzugeben, was für eine Wohnung sie damals innegehabt hat. Die G. befreit ferner die Ansicht einer vorläufigen Lösung. Sie bestand sich angeblich bei der Vernahme der Kindesübergabe in betrunkenem Zustande und habe die Akte auf das Feld niedergelegt, um inzwischen die Kleider des Mädchens zu trocknen. Ebenso will sie das Kind nur mit Sand bestreut haben, um den Körper warm zu halten. Die Ermittlungen haben ergeben, daß die G. ihr Kind bis vor etwa drei Wochen verhältnismäßig gut behandelt hat. Seit dieser Zeit mißhandelte sie die Kleine grausam und oft in bestialischer Weise und mißte das arme Wesen fast die ganze Zeit über, ohne auch nur ein Unterbett zu erhalten, auf dem bloßen Erdboden schlafen. Nach vollbrachter That hat sich die Schardt übrigens nicht wieder nach ihrer Wohnung begeben, sondern sie blieb während der ganzen Nacht vagabondierend auf der Straße. Am folgenden Vormittag wurde sie auf der Landwehrberger Chaussee auf Richterberger Gebiet beobachtet und verhaftet.

Zu unserer Mitteilung über das Resultat der Delegiertenwahlen zur Ortsklasse der Kaufleute u. schreibt uns der Vorstand des Verbandes aller im Handels- und Transportgewerbe beschäftigten Arbeiter, daß für die fleißige Liste auch Mitglieder des Vereins Berliner Handwerker und des Kaufmanns-Vereins bestimmt hätten. Auch der Vorstand des Centralvereins der im Adressenwesen u. Beschäftigten sendet uns eine Zuschrift, in der mitgeteilt ist, daß Mitglieder des Vereins Berliner Handwerker auf der fleißigen Liste ständen. Da die Vorstände der beiden genannten Vereine Wert auf die Veröffentlichung dieser Nachricht zu legen scheinen, so nehmen wir selbstverständlich gern von ihren ergänzenden Mitteilungen Notiz.

Arge Mischkäse in der Fleischschankstalt und Schmelzkäse auf dem Berliner Schlachthofe sind, wie die „Allgem. Fleischereitung“ mitteilt, durch Zufall entdeckt worden. Nicht weit vom Hause des Handelsmanns Karl Lange, Hübnerstr. 11, fiel von vier Hähnen, welche auf einem Handwagen lagen, eins herunter und sprang entzwei. Da sollte sich heraus, daß dasselbe frisches, noch ganz blutiges Fleisch enthielt. Es fand daraufhin eine amtliche Untersuchung in dem Hause des Lange statt, wobei das Vorderfleisch von ungefähr 30 Centner tuberkulösen und fäulnisigen Rindfleischs konstatiert wurde, welches nach dem amtlichen Stempel: „Zurückgewiesen“ trug. Das Fleisch wurde polizeilich beschlagnahmt. Weitere Nachforschungen in der Angelegenheit haben ergeben, daß von dem Fleische, das bei der amtlichen Untersuchung auf dem Schlachthofe als krank und in rohem Zustande für den menschlichen Genuß nicht geeignet befunden und deswegen der oben erwähnten Anstalt zum Sterilisieren überwiesen wird, täglich 10 bis 12 Centner, mit Pfefferkörnern von dem Bäcker der Anstalt versehen, an Lange und von diesem an verschiedene Abnehmer, zu denen Wurstmacher, welche geringe Mischkäse in großen Quantitäten herstellen, und ein großes Volkshaus gehören, zu außerordentlich billigem Preise verkauft wurden. Es ist unmöglich, wie es möglich war, daß in einer Anstalt, die unausgesetzt amtlich überwacht wird, Mischkäse vorzukommen konnten, die geeignet sind, unabsehbare Schäden der Gesundheit unzähliger Menschen zuzufügen; denn nicht weniger als 175 Kinder, 3238 Schweine und außerdem 16 250 Kilogramm Rindfleisch wurden im letzten Jahre der Sterilisationsanstalt überwiesen. Seit langer Zeit ist, wie bereits erwähnt, ein schamloser Handel mit diesem rohen Fleisch betrieben worden, welches geeignet ist, die Berliner Fleischschank vollständig illusorisch zu machen.

In die Angelegenheit sind dem „V. Tgl.“ zufolge Wurstmacher, die sogenannte „Billige Wurst“ fabrizieren, und mehrere Speisekonditoreiher. In den letzteren gehört der Leiter eines großen Volksrestaurants im Südwesten Berlin. Von anderer Seite wird der Vorgang etwas harmloser dazustellen gesucht. Es handelt sich darum — wie eine hiesige Korrespondenz schreibt — um fäulnisiges Fleisch, das der Bäcker der Kochanstalt durch 21 fäulnisige Pöbeln verwendungsfähig machen wollte, das aber infolge einer „Fehlgrifflichkeit“ schon lange Zeit vorher in Verfall kam.

Weiter wird uns berichtet: Der Fleischergeselle Schumlin, der das beschlagnahmte Fleisch an Lange herausgegeben hat, behauptete zunächst, daß das unter Aufsicht des Schumlin's geschahen sei. Wie die weiteren Vernehmungen ergaben, ist das nur zum Teil richtig. Der Schumlin, der die Aufsicht über den Pöbelkeller hatte, war am Mittwochnachmittag krank und kam nicht zum Dienste. Der zweite Beamte verfaß seinen Dienst mit. Am Sonntag, um 3 Centner Pöbelfleisch zu holen. Während der einzige Schumlin der Verpackung im Pöbelkeller beizuhilfen, kamen Leute der Anstalt und baten ihn, ihnen einen zweiten Raum anzuschließen, den sie reinigen sollten. Der Schumlin, welcher sich zunächst, ging dann aber unter der Bedingung mit, daß Schumlin, sich bis zu seiner Rückkehr im Pöbelkeller einschließen ließ. Als dann der Beamte zurückkam, war Schumlin unterdessen mit der Verpackung fertig geworden. Die Fässer wurden hinausgeschafft, verladen und weggeführt. Das eine Fass fiel vor der Behausung Langes vom Wagen und platzte. Ein Fleischschank-Beamter, der seinen verdächtigen Inhalt sah, machte Anzeige. Am Donnerstagmorgen, als Lange das Fleisch eben wieder anderweitig verpacken wollte, erfolgte die Beschlagnahme. Nach einem Gutachten enthielt nun der beschlagnahmte Pöbel nicht bloß schwachsaures Fleisch, wie zunächst angenommen wurde, sondern auch tuberkulöses. Die Hauptfrage wird nun sein: Wie kommt das tuberkulöse Fleisch in den Pöbelkeller, der nur für die Behandlung des fäulnisigen Fleisches bestimmt ist? Die Kochanstalt für das tuberkulöse Fleisch hat mit dem Pöbelkeller gar nichts zu thun, ist von ihm ganz getrennt. Die Aufmerksamkeit wurde auf die Anstalt schon vor etwa acht Tagen durch eine namenlose Anzeige gelenkt, nach der man beobachtet haben wollte, daß ein Handwagen oft vorfuhr und auffallend schnell abgefertigt wurde. Die Aufsicht hat aber von diesem angeblich verdächtigen Handwagen nie etwas gesehen.

Das Polizeipräsidium teilt mit: Anhängend vom Kollwagen gestohlen und polizeilicherweise angehalten sind folgende Gegenstände: 1 Diste mit 28 Pfeffermühlchen, 1 Aord. gez. B. B. 23, enthaltend etwa 1 1/2 Centner samobereitete Hängel, 1 Centner Leder, gez. G. R. 6 Berlin, 15 halbtrockene Schaffelle, deren eines M; 1 figuriert, 6 Hüte Zohleder, 1 Ballen gewelltes Packpapier, gezeichnet Dären, 1 Ballen Papier, gez. K. 3096 oder 3098, Melonenernten wollen sich in der Zeit von 9—1 Uhr im Zimmer 99 des Polizeipräsidiums melden. — Am 2. Dezember v. J. wurde ein sechsjähriger Bursche im Besitz von ca. 30 Pfund Meringe teilen betroffen. Ueber den Erwerb derselben hat dieselbe ungläubwürdige Angaben gemacht und wird vermutet, daß die Meringe teile gestohlen sind. Letztere befanden sich im Bureau des 80. Polizeireviers in der Reinickendorferstraße und sind eventuell dort zu beschlagnahmen.

Selbstmordversuch. Durch drei Schüsse wurden gestern die Bewohner der oberen Räume des Hauses Potsdamerstr. 118 beschuldigt. Sie rührten von einem Selbstmordversuche her, den der 82 Jahre alte Bauhändler Johann Koch in seiner Wohnung im vierten Stock machte. Koch, der aus Holland hierher gekommen ist, hat seit anderthalb Jahren eine Stellung in der v. Dederichsen Verlagshandlung und wohnte ebenso lange als Junggeselle in der Potsdamerstraße 88. Nachdem er vor zwei Jahren schon einmal eine Nervenkur in der Anstalt hatte ausführen müssen, schloß er sich in der letzten Zeit wieder sehr angegriffen, verließ aber seinen Dienst nach wie vor zur vollen Juridiziktion seiner Angehörigen. Seit 14 Tagen schon zeigte er ein sehr niedergedrücktes Wesen. Gestern morgen griff er zum Revolver. Man fand Koch mit drei Schüssen in seinem Zimmer. Die Verletzungen schienen aber nicht lebensgefährlich zu sein, da die Waffe ein sehr kleines Kaliber hat. Der Lebensmüde wurde in ein Krankenhaus gebracht. Einen Brief, den er an seine Eltern in Holland richtete, beschlagnahmte die Revierpolizei.

Ein Dachstuhlbrand im Hause Potsdamerstr. 118 beschäftigte Freitag abend lebhaft die Feuerwehre. Obgleich Mannschaften über eine mechanische Leiter bis zum Dache vordrangen, war doch dem Feuer nicht beizukommen, da noch keine Flammen sichtbar waren, ein Eindringen in die total verqualmten Räume sah aber als unmöglich erwies. Nach und nach aber war durch Einschlagen des Daches Luft geschossen und mit einem Schlage stand die ganze Dachstuhl sowie der obere Teil des Turmes, der das Gebäude ziert, in hellen Flammen. Nunmehr kamen zwei Dampf- und vier Dampfstrahlmaschinen erst zur vollen Geltung. Nur der Turm hockte lange Zeit jeder Anstrengung, da er in der oberen Hälfte brannte und die starke Anbindung die Rohrführer hinderte, erfolgreich gegen die Flammen vorzugehen. Erst nachdem Hakenleitern an Stützpunkten emporgeschoben und an dem tragenden Dach angelegt waren, gelang es, das Feuer des Turmes zu löschen. Nach mühsamer Arbeit konnte die Gefahr als beseitigt gelten. Wenn auch Dachstuhl und Turm nicht eingestürzt sind, so ist doch ihre vollständige Erneuerung unabweislich. Auch das vierte Schwelger hat stark gelitten. Das von oben durch die Decke gedrungene Wasser wurde von den Löschmannschaften in Wollen auf die Straße herabgeschüttet.

Ueber die soziale Bedeutung der Hygiene sprach Prof. Dr. Rudner von der hiesigen Universität in einem Vortrage, den die Deutsche Vereinigung für Volkshygiene am 17. Januar, abends 8 Uhr, im Bürgerhof des Reichshauses veranstaltete.

Im „Verein von Freunden der Teoptow Sternwarte“ hielt gestern abend Direktor Ardenholz den ersten Vortrag im neuen Jahre: „Rückblick auf die Astronomie des 19. Jahrhunderts“. An einem sehr anschaulichen Drehtische, welches die Bewegungen der Planeten um die Sonne darstellt, erklärte der Vortragende die Entdeckung des Neptuns durch die Störungen, die er auf die Bahn des Uranus ausübte, und die Auffindung der vielen kleinen Planeten zwischen Mars und Jupiter, von denen der erste zu Anfang des 19. Jahrhunderts von Piazzi in Rom gesehen wurde. Die Entdeckung der Saturn- und Mars-Ringe und des J. Jupiters-Rings erklärte sich durch die wachsende optische Kraft der Fernrohre. Er gab den Vortragenden an der Hand zahlreicher Lichtbilder einen Ueberblick der Entwicklung der Fernrohrtechnik im 19. Jahrhundert. Die Bedeutung der Meridiankreise für die messende Astronomie und die der Refraktoren für die Beobachtung der Planeten-Oberflächen wurde aus den Abbildungen einzelner Typen dieser Instrumente klar dargestellt. Man sah, wie aus den ersten kleineren Frauenhoferschen Instrumenten sich allmählich die modernen Riesenteleskope entwickelt haben. Als Typen der altdeutschen Bauart wurden die großen amerikanischen Fernrohre der Lick- und Herkes-Sternwarten, als Typus der österreichischen Bauart das Teoptow-Refraktoren in seinen zahlreichen Einzelkonstruktionen vorgestellt. Der Vorteil des Teoptow-Refraktoren Typus liegt in der Möglichkeit, die Beobachtungs-Objekte ohne erhebliche Mehrkosten bedeutend zu vergrößern, so daß bei dem ersten ausgeführten Teoptow-Refraktore bereits eine Länge von 21 Meter gewählt werden konnte. Bei der Auslösung enger Doppeltelnscheiben tritt besonders die optische Kraft solcher langen Fernrohre ins Gewicht. Die Bedeutung der Photo-graphie und Spektralanalyse für die astronomische Beobachtung, die beide auch Kinder des 19. Jahrhunderts sind, wurden durch die vielen vorgeschickten Ausnahmen des Orionnebel, des doppelte galaktischen Nebels und des großen Nebelgestirns im Perseus erläutert. Auch gedachte der Vortragende noch der letzten Entdeckung des Jahres 1899, die eine merkwürdige, regelmäßige Veränderung des Lichtes bei vielen Sternen in den großen Sternhaufen im Centauren und in der Schlange ergeben hat. Es wird Aufgabe des 20. Jahrhunderts sein, die durch diese Licht-

Führer Braut. 2. und 3. Reiz. 4. Ja. — **Wenzel.** 1. Die Vereinbarung ist gültig. 2. Es kann jeden Tag, nicht nur Sonnabends, entlassen und ausgetreten werden. 3. Für Feiertage usw. ist kein zu zahlen. 4. Solche Werkstatt ist unfallversicherungspflichtig, gilt aber nicht als „größere Fabrik“ im Sinne der Gewerbe-Ordnung. — **2. Straßburgerstr.** Dagegen läßt sich ein Erfolg nicht unternehmen. — **W. Sch.** 6000 M. — **1900. S.** Ist eine Kündigung nicht ausgeschlossen, so läßt sich mit Aussicht auf Erfolg klagen. — **R. 50.** Sie müssen Ihren Verpflichtungen nachkommen. — **S. R. 100.** Nur bei geschlossenen Verhandlungen. — **A. 2. Köpenick 19.** War bis zum 1. Januar 1900 die Frage oder der Zahlungsbeleg zu gestellt, so liegt keine Verjährung vor. — **B. G. Plegnit.** Da der Unfall vor dem 1. Januar 1900 eingetreten ist, haftet nicht der Vater, sondern lediglich der Junge, gegen den allein geklagt werden kann. Das dann ergehende Urteil bleibt 30 Jahre lang vollstreckbar. — **S. G. Ja. G. S. Steglitz.** Das Wahlrecht geht in solchen Fällen nach Ansicht des Ober-Verwaltungsgerichts verloren. — **Heflinger.** Die Mitteilung Ihres Wirtes ist wirkungslos. — **B. W. 2. Weiden.** Die Kosten fallen Ihnen zur Last. — **St. 108.** Der Wirt. — **W. J. S.** Das hängt vom Inhalt der und nicht ungeteilten Statuten und der Polizei ab. — **Joppol.** Reim. — **M. u. W.** Im „Bonowits“ vom 7. d. M. finden Sie ein Beispiel für ein Testament. Wegen der anderen Fragen sprechen Sie eventuell in der Sprechstunde vor. — **Krüger 17. Reim. — J. J. 51.** Stud die Kinder ehelich: nein. — **G. R. 1. Reim:** Sie kann sich schriftlich an das Standesamt wenden. 2. Reim. 3. In zwei Jahren. — **B. G. 36. 1. Reim. 2. Reim. 3. St.** Ist in diesem Monat nicht zu sprechen. — **B. P. 37.** Eine einfache Mietsverigerung erfolgt eine Kündigung nicht. Das Wort Kündigung braucht in der Kündigung nicht enthalten zu sein; aber es muß der Wille, den Vertrag aufzugeben deutlich ausgedrückt sein. — **B. M.** Eine Verdrückung ist durchaus möglich. — **R. J. 30. 1. Reim. 2. Reim.** Denn der Antrag muß innerhalb drei Monaten gestellt werden. 3. Ja. 4. und 5. Die betreffenden Ministerialblätter usw. sind im Ver-

zeichnis der Bibliothek (Journalzimmer) zu haben. — **Gade.** Soweit er- sichtlich, sind Sie nicht im Recht. Sprechen Sie gelegentlich in der Sprech- stunde mit dem Krankenkassenrat vor. Schriftliche Antwort erteilen wir nicht. — **R. 2. 18.** Sprechen Sie in der juristischen Sprech- stunde vor: Ihre Anfrage ist unklar. — **W. W., Kottbuserstraße. Ja. — A. Sch. 1900.** Die am Schluß mit 2 Nullen geschriebenen, nach einer Ansicht den Abschluß, nach anderer den Beginn eines Jahrhunderts bildenden Jahre sind nur dann Schaltjahre, wenn nicht nur die beiden letzten, sondern auch die beiden ersten Stellen der Jahreszahl durch 4 ohne Rest teilbar sind. Schaltjahre waren demnach beispielsweise 1200 und 1600 und werden sein 2000, 2400 usw. Reine Schaltjahre bilden 1700, 1800 und das gegenwärtige 1900.

Witterungsübersicht vom 12. Januar 1900, morgens 8 Uhr.

Stationen	Baromet. hand man	Wind- richtung	Wind- stärke	Wetter	Temp. u. G. u. F.	Stationen	Baromet. hand man	Wind- richtung	Wind- stärke	Wetter	Temp. u. G. u. F.
Swinebunde	771	NO	1	bedeckt	-1	Saparanda	771	SO	2	bedeckt	-22
Hamburg	773	NO	2	bedeckt	0	Petersburg	776	SO	1	Dunst	-17
Berlin	770	NO	3	Schnee	-0	Cort	772	NO	1	bedeckt	10
Wiesbaden	770	NO	4	bedeckt	0	Aberdeen	769	—	3	bedeckt	-4
München	766	NO	5	Schnee	-3	Paris	—	—	—	—	—
Wien	767	NO	2	Schnee	-1	—	—	—	—	—	—

Wetter-Prognose für Sonnabend, den 13. Januar 1900.
Etwas kälter, zeitweise kälter, vielfach wolfig bei mäßigen nordöstlichen Winden; keine erhebliche Niederschläge.
Berliner Wetterbureau.

Marktpreise von Berlin am 11. Januar 1900

Ware	Preis	Ware	Preis		
*) Weizen	14,90	13,90	Schweinefleisch 1 kg	1,60	1,10
*) Roggen	14,40	13,60	Rohfleisch	1,70	1,10
*) Futter-Groß	13,80	13,00	Ganzzweckfleisch	1,60	1,10
*) Getreide gut	15,20	14,40	Butter	2,90	2,00
*) mittel	14,30	13,50	60 St. Butter	6,00	3,00
*) gering	13,50	12,80	Karpfen 1 kg	2,20	1,20
*) Nichtstroh	4,16	3,82	Katze	2,80	1,40
*) Senf	7,10	4,00	Rander	2,60	1,00
*) Erbsen	40,00	25,00	Gedörrte	2,00	1,00
*) Preisbohnen	45,00	25,00	Porzellan	1,60	0,80
*) Linsen	70,00	30,00	Schokolade	2,80	1,40
*) Kartoffeln, neue	7,00	5,00	Speise	1,40	0,80
*) Kartoffeln, alte 1 kg	1,00	1,20	Äpfel per Schock	12,00	3,00
*) do. Barch.	1,20	1,00			

*) Ermittelt pro Tonne von der Centralstelle der Preuss. Land- wirtschaftskammer — Notierungsstelle — und umgerechnet vom Polizei- präsidium für den Doppelcentner.
*) Handelsbörse.
*) Produktenmarkt vom 12. Januar. Nach der gestrigen totalen Abkühlung des Interesses zeigte sich der Getreidemarkt heute etwas feher, wenn auch die Umsätze sich noch in den allergrößten Grenzen hielten. Als stimmungsbildende Momente können die höheren Notierungen der nord- amerikanischen Börsen in Betracht, sowie der Anstieg, daß die inländischen Aktien und die meisten Kupferwerte weniger dringlich als sonst denotierten. Am hiesigen Markte waren Weizen und Roggen nominell 0,50 M. höher gehalten, doch bewährten Käufer und Verkäufer die gleiche Zurückhaltung. Daher fand keine Beachtung, wobei gab weitere 0,20 M. nach auf fortgesetzte Realisierungen.
*) An Spiritusmarkt wurde der loco wie gestern gehandelt.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Montag, den 15. Januar 1900, abends 8 1/2 Uhr.
im Lokal des Herrn Schiller, Rosenthalerstr. 57, H. p.:
Branchen-Versammlung
der Bürsten- und Pinselmacher.
Tages-Ordnung:
1. Tätigkeitsbericht der Werkstatt-Kontrollkommission. 2. Neuwahl der selben. 3. Verbandsangelegenheiten und Verschiedenes. 76/11
Kollegen! Wir ersuchen Euch zahlreich und pünktlich zu erscheinen und die ausgefüllten Fragebogen mitzubringen.

Verband der in Buchbindereien,

der Papier- und Leder-Galanteriewaren-Industrie beschäftigt. Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.
Zahlstelle Berlin.
Dienstag, den 16. und Mittwoch, den 17. Januar 1900, abends 8 1/2 Uhr:

Branchen-Versammlungen

der Buchbinder, Lederarbeiter, Kontobuchhalter, Lugs- papierarbeiter und -Arbeiterinnen.
Für die Buchbinderei-Branche
am Dienstag, den 16. Januar, in Feuerstein oberem Saal, Alte Jakobstraße 75.
Tages-Ordnung: 1. Bericht der Vertrauenspersonen über ihre Tätig- keit. 2. Neuwahl der Vertrauenspersonen. 3. Vorschläge zur Wahl einer Tarifkommission.

Für die Ledergalanterie-Branche

am Dienstag, den 16. Januar, im Lokal von Graumann, Naumannstraße 27.
Tages-Ordnung: 1. Bericht des Vertrauensmannes. 2. Neuwahl der Vertrauenspersonen. 3. Die Verhältnisse in den Lederwaren-Fabriken.

Für die Kontobuch-Branche

am Mittwoch, den 17. Januar, im Lokal des Herrn Paster, Inselstraße 10.
Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Herrn Nassatsch über: „Arbeits- gehen- und Arbeitnehmer-Organisationen“. 2. Bericht des Vertrauens- mannes. 3. Neuwahl der Vertrauenspersonen. 4. Werkstattangelegenheiten.

Für die Lugspapier-Branche

am Mittwoch, den 17. Januar, in Feuerstein Festhale, Alte Jakobstraße 75.
Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Reichstags-Abgeordneten Rosenow. 2. Bericht des Vertrauensmannes. 3. Neuwahl der Vertrauenspersonen.
Wir ersuchen alle Kollegen und Kolleginnen, vollständig in diesen Versammlungen zu erscheinen. Die Mitglieder sind verpflichtet, die Ver- sammlung ihrer Branche zu besuchen.
Die Ortsverwaltung.

Verband der Möbelpolierer.

Montag, den 15. Januar, abends 8 1/2 Uhr, Andreadstr. 26:
Versammlung.
Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Genossen Th. Wehner über: „Welches Recht für alle. 2. Bericht über die Differenz bei Saborenz. 3. Ver- schiedenes und Entgegennahme von Kontrollkarten. 145/4
Die Generalversammlung findet am 29. d. M. statt.
Der Vorstand.

Achtung! Kistenmacher. Achtung!

Sonntag, den 14. Januar, abends 5 1/2 Uhr, in den Arminhallen (oberer Saal), Kommandantenstr. 20:
Versammlung mit Frauen.
Tages-Ordnung:
1. Die Entwicklung Frankreichs vom 16. bis gegen Ende des 18. Jahr- hundert. Referent Genosse Pantow. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.
Nachdem: Gemütliches Beisammensein und Tanz.
Zahlreichen Besuch erwartet
94/2
Der Vorstand. I. A.: Karl Juckel.
NB. Der Madonnenball des Vereins findet am 17. Februar in den Andreadstr. Festhale statt. Wirtes werden in dieser Versammlung ausgegeben. Diefelben Kollegen, welche nach Sternwarte- Billets haben, werden aufgefordert, dieselben beim Vorstehenden umzu- tauschen, da die alten keine Gültigkeit mehr haben.
D. O.

Achtung! Bauanschläger.

Sonntag, 14. Januar, vorm. 10 1/2 Uhr, bei Buske, Grenadierstr. 33:
Außerordentl. General-Versammlung
des Vereins der Bauanschläger Berlins u. Umg.
T. O.: Besprechung über Kostenangelegenheiten und Verschiedenes.
Der wichtigen Tagesordnung wegen erwartet zahlreicher Besuch
33/5
Der Vorstand.

Verband der Sattler u. Tapezierer.

(Verwaltungsstelle Berlin I).
Sonntag, den 14. Januar, mittags 12 Uhr, in den Arminhallen, Kommandantenstr. 20:
Öffentliche Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Der Streit bei der Firma Bitter. Referent Joh. Sassenbach. 156/3
2. Diskussion. 3. Verschiedenes.
Der Inhaber der Firma ist schriftlich eingeladen.
Zahlreichen Besuch erwartet
Die Agitationskommission. (Berlin I)

Achtung! Vergolder. Achtung!

Verband der im Vergoldergewerbe beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands. (Zentrale Berlin.)
Montag, den 15. Januar, abends 8 1/2 Uhr, in den Arminhallen (großer Saal), Kommandantenstr. 20:
Außerordentl. General-Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Jahresbericht des Filial-Vorstandes und Abrechnung vom 4. Quartal 1899. 2. Neuwahl des Filial-Vorstandes und der Revisoren. 3. Anträge zur Generalversammlung und Diskussion derselben. 4. Verschiedenes.
Wegen der Wichtigkeit der Tagesordnung ist es Pflicht eines jeden, pünktlich zu erscheinen.
225/1
Der Vorstand.

Achtung! Andreas-Festsäle Achtung!

21. Andreasstrasse (Inh. Stechert) Andreasstrasse 21.
Sonntag, den 14. Januar 1900:
9. Stiftungsfest
des Lese- und Diskutierklubs „Süd-Ost“
bestehend in
Vokal- und Instrumental-Konzert
unter Mitwirkung der Gesangsabteilung „Fackel“ und Mit- gliedern des Gesangvereins „Harmonia“.
Auftreten der beliebten Gesellschaft Strzelewicz.
Festrede, gehalten vom Reichstagsabg. Paul Singer.
Nachdem: **Gr. Ball.** Im kleinen Saal von 5 Uhr an: **Tanz.** Herren, welche daran teilnehmen, zahlen 50 Pfennige nach Anfang 4 Uhr. [100/1] Program 20 Pf.
Um recht zahlreichen Besuch bittet
Das Komitee.

Herren- u. Konfirmandenhüte, alle Farben, nur neue moderne Sachen, 1 Mark, prima Qualität 1,50 und 2,-
Die beliebten Arbeitshüte immer noch 1 Mk.
früher Barnimstr. 4 u. 5.
jetzt Kaiserstrasse 25 A.
Hutfabrik-Comptoir

J. Brünn
(Bahnhof Börse) Hackescher Markt 4
Wegen Umbau meiner Geschäftsräume gelangen große Lager- bestände meiner
34610*
Teppiche! Gardinen!
Steppdecken! Portieren!
Tischdecken! Läuferstoffe!
zu sehr billigen Preisen zum
Ausverkauf!!
Gegen Gicht.

Bei Verstopfung. Bei Fettsucht.
DAS BESTE
“APENTA”
ÖFFENER BITTERWASSER
Käuflich bei allen Apothekern, Drogisten und Mineralwasser-Händlern.

Grosser Ausverkauf.

Wegen Geschäftsverlegung nach Oranienstrasse 166 stelle ich mein gesamtes Lager fertiger Garderobe bis zum Umzuge (Ende Februar) zum Ausverkauf.
Die Preise sind bedeutend herabgesetzt.
Es ist dies eine
selten günstige Gelegenheit,
gutgearbeitete, solide Herren- und Knaben-Anzüge, Paletots, Mäntel, Havelocks, Joppen, Schlafrocke, einzelne Hosen, Westen etc. zu ausserordentlich billigen Preisen zu erwerben.
3536L*
Carl Stier, Fabrik für Herren- und Knaben-Garderobe, Berlin SO., Oranienstrasse 168.

Nach schweren Leiden verchied am Mittwoch, 10. d. M., unser lieber Sohn **Franz Quilitz** im fast vollendeten 10. Lebensjahr. Die Beerdigung findet am Sonntag, den 14. Januar, um 4 Uhr von der Leichenhalle d. Georgen- firdhofes, Landsberger-Allee, aus statt. Um stille Beileid bitten die trauernden Hinterbliebenen. **Franz Quilitz** nebst Frau. Gr. Frankfurterstr. 184

Dankagung.
Für die liebevolle Teilnahme sowie die herrlichen Kranzspenden bei der Beerdigung meines lieben Mannes sage ich dem Wahlverein, dem 188. Bez. der dem Verein sozialdemokratischer Volk- und Schamwirts Berlins und Umgegend und dem Theater- und Bergnützens-Verein „Edmerald“ meinen tiefgefühltesten Dank.
1758b) Wwe. Anna Pankin.

Außerordentliche General-Versammlung
sämtlicher Mitglieder der **Orts-Frankenkasse der Dachdecker Berlins**
am Mittwoch, 17. ds. mds. 7 1/2 Uhr, im Restaurant Köhler, Wienerstr. 60, Ecke Wendenstraße.
Tages-Ordnung:
1. Um 7 1/2 Uhr: Eröffnung für aus- geschiedene Delegierte der Arbeit- geber für 1898-1900.
Um 8 Uhr: Eröffnung für aus- geschiedene Delegierte der Arbeitnehmer für 1898-1900.
Die Wahl findet in getrennter Weise statt. [1752b
2. Verschiedenes. [1752b
Der Vorstand macht hiermit bekannt, daß am 1. Januar 1900 die freie Arzt- wahl bei der Kasse eingeführt worden ist. G. Krebs, 1. Vors., Bergr. 28, I.

Orts-Frankenkasse für das Gewerbe der Verfertigung von Musikinstrumenten.
Außerord. Generalversamml.
sämtlicher Vertreter der Arbeitgeber sowie Arbeitnehmer am **Montag, den 22. Januar 1900, abends 8 1/2 Uhr** bei **Reichmann, Grenadier- strasse 33.** [270/3
Tages-Ordnung: 1. Antrag des Vor- standes: Abänderung des § 30 des Statuts. 2. Verschiedenes.
Um zahlreiches Erscheinen ersucht
Der Vorstand.

Dankagung.
Sage hiermit allen Genossen, Freun- den und Bekannten, welche meinem lieben Mann die letzte Ehre erwiesen haben, insbesondere dem Herrn Chef, dem Vorstand nebst Beirathen d. Hinzne Karl Logel, den Genossen d. Arbeiter- Kasse „Berliner“ für die reichen Kranzspenden meinen tiefgefühltesten Dank.
1766b
Ww. Martin nebst Sohn, E. Menzel.

Nur noch 6 1/2 Mark
lofen unsere eleganten hochfein polierten **Konzert-Accord-Zithern**, 51 cm lang mit 25 Saiten, 6 Manualen, Ring, Schlüssel, Notenhalter, Stimvorrichtung und Rollen. Dieselben sind unübertroffen in ihrer wundervollen weichen, lieblichen und doch sehr starken Klangwirkung und kann jeder nach der gratis beigelegten Schule innerhalb einer Stunde die prächtigsten Hausmusik erlernen, die schönsten Lieder, Chöre und Tänze spielen. Dieselbe Zither auch 51 cm lang in etwas einfacherer Ausführung nur 6 Mark. Prächtige große 3-manualige Zithern kosten bei uns nur 10 1/2 Mark und 3-manualige nur 2,50.
Deutsch-Amerikan. Zithern-Gitarre-Zithern Columbia
50 cm lang mit 5 Accorden, 5 Bässen, 41 Saiten und sämtlichem Zu- behör in ganz herrlicher Ausführung, in einer Stunde erlernbar, kosten bei uns keine 9 1/2, sondern nur noch 7 1/2 Mark. Dieselbe Zither mit Säule und Karfentopf kostet bei uns keine 12 1/2, sondern nur 11 1/2 Mark. 12 Notensblätter erhält jeder Besteller unentgeltl. Porto 80 Pf. Preis- liste gratis und franco. Man laufe keine unvollständig gearbeiteten Zithern, sondern bestelle nur bei der leistungsfähigsten ältesten und größten Neu- rader Harmonika-Fabrik von
34650*
Severing & Co., Neuenrade i. W.

Lösl. Frühstück-Suppen
Gemüse- und Kraftsuppen
Bouillon-Kapseln
Suppen-Würze
MAGGI
sind besser und nahrhafter als alle ähnlichen Produkte. Stets frisch zu haben bei **Carl Kotyrba, Ober-Schöneweide, Wilhelmshofstrasse 2.**

Zähne 2 M. 10 Jahre Garantie. Vollkommen schmerzlos Zahn- ziehen i. M. Plomben 1,50 M. Teilz. wöchentl. 1 M. **Zahnarzt Wolf, Leipzigerstr. 130. Sprechst. 9-7.**

Möbel und **Polsterwaren.** Neueste Arbeit. Ganze Einrichtungen zu billigen Preisen. [34562*
Franz Tutzauer, Brunnenstraße 152.

ZAHNSCHMERZ hohler Zähne
besänftigt sofort
KROPP'S
Zahnwalle
(20% Carvacrolwalle)
in plomb. Flasche 4 50 S. zu haben in allen Drogerien. **Nimm keine Nachahmungen!**
KROPPHILF SICH!

Hans Kayser
Gürtler Bahnhof, Platz 6.
Billigste Bezugsquelle für **Press- u. Steinkohlen.**
34562*

Sociales.

Die Preise unserer wichtigsten Lebensmittel.

Das kaiserliche Statistisches Amt veröffentlicht in den Vierteljahrsheften zur Statistik des Deutschen Reiches... Die Preise für die Jahre 1888 bis 1898. Die Zahlen sind für die Beurteilung der Lage der Arbeiter von großem Werte und sind geeignet, die in jüngster Zeit mehrfach aufgetretenen Verflungen auf die gesteigerten Arbeitslöhne auf ihren wahren Wert zurückzuführen.

In den 24 preussischen Städten zeigen die Weizenpreise im Jahre 1891 den höchsten Stand, der sich zwischen 21,4 M. und 23,8 M. per 100 kg bewegt. Das Jahr 1894 zeigt einen Tiefstand zwischen 12,5 M. und 15,1 M.

Auch der Roggen zeigt einen Höchstpreis von 19,7 M. bis 22,4 M. im Jahre 1891 und einen Tiefstand im Jahre 1894, der sich zwischen 10,6 M. und 14 M. bewegt. Seitdem steigen die Preise ununterbrochen und stehen mit einer einzigen Ausnahme stark über 55 und 60, in 9 Städten auch schon über den Preis von 80.

Die Kartoffelpreise haben gleichfalls 1891 im allgemeinen einen Hochstand; dann fallen sie meist bis 1896 und sind seitdem wieder im Steigen begriffen. Die Preise für 1898 stehen fast ohne Ausnahme stark über denen von 1885 und 1886, die Differenz beträgt zum Teil mehr als 2 M. per 100 Kilogramm.

Die Preise für Rindfleisch zeigen eine allgemeine Tendenz zum Steigen, nachdem sie in den Jahren 1885 bis 1888 einen Tiefstand erreicht haben. Unter den 24 Städten sind nur 6, deren Preise unter denen von 1888 stehen, während 3 Städte in den 16 Jahren noch nie so hohe Preise hatten wie 1898.

Schweinefleisch hat die höchsten Preise im Jahre 1890; sie betragen sich zwischen 114 Pf. (Gleiwitz) und 178 Pf. (Nachen) für das Rilo. Ein Tiefstand zeigt sich auch hier von 1885 bis 1888. Der Stand von 1898 ist ausnahmslos weit — zum Teil bis über 300 Pf. — über dem von 1885 bis 1888, mit zwei Ausnahmen auch über dem von 1883, und in 7 Städten sind noch nie so hohe Preise zu verzeichnen gewesen wie 1898.

Auch für Kalbfleisch kann man sagen, daß im allgemeinen die Preise im Jahre 1898 einen außerordentlich hohen Stand erreicht haben: sie sind mit Ausnahme von Nachen höher wie 1888, die Differenz steigt bis zu 50 Pf. pro Rilo, sie waren in 12 Städten noch nie so hoch wie 1898.

In den acht bayerischen Städten sind die Weizenpreise am höchsten 1891, am tiefsten 1894; sie stehen 1898 ohne Ausnahme höher wie 1888 und erreichen den Höhe der Preise von 1891 wieder. Die Differenz zwischen 1894 und 1898 steigt bis auf 6,80 M. pro 100 Kilogramm, das sind mehr als 50 Proz. des niedrigsten Preises.

Dieselbe Erscheinung bei Roggen. Ein Hochstand 1891, ein Tiefstand 1894, der Höchstpreis nähert sich fast dem Doppelten des Mindestpreises, 1898 fast ohne Ausnahme höher wie 88, die Differenz zwischen 94 und 98 steigt bis auf 5,70 pro Kilogramm, das sind 46 Proz. des niedrigsten Preises.

Die Kartoffeln stehen 1898 im allgemeinen weit über den Preisen von 1884 und 1885, kosten zum Teil fast das Doppelte von damals.

Ochsenfleisch zeigt ein fast allgemeines gleichmäßiges Steigen seit 1888 und steht ohne Ausnahme über den 88er Preisen. Schweinefleisch steigt ausnahmslos seit 1888. Die Differenz steigt bis zu 34 Pf. per Rilo, das sind 28 Proz. über die niedrigsten Preise.

Ganz ähnliche Bewegungen zeigen die Preise in den 12 bayerischen und heftischen Städten. Man kann deshalb mit Recht sagen, daß die Lohnsteigerungen, die etwa da und dort seit jener Zeit eingetreten sind, zum weitaus größten Teile ausfließen durch die Steigerung der Lebensmittelpreise angeflößen worden sind. Wenn man dann noch berücksichtigt, daß sicher auch die Wohnungsrenten seit 1888 stark gestiegen sind, wo bleiben dann die Lohnsteigerungen?

Das Elend der Handindustrie wurde in einem Prozesse, der vor einigen Tagen in München spielte, in greller Beleuchtung gerückt. Die Lohnkommission der Schneider Münchens verbreitete unter Verantwortung des Genossen Ries im Frühjahr v. J. aus Anlaß des Schneiderstreiks ein Flugblatt, worin die Zustände bei der Weissfirma Esders geschildert wurden. Daran erließ der Inhaber der Firma in München, Herr Anagge, eine öffentliche Erklärung, worin die Behauptungen der Lohnkommission mit beleidigenden Worten als unwahr bezeichnet wurden. Genosse Ries, dem es auf eine Feststellung der schändlichen Zustände ankam, klagte gegen Anagge wegen Beleidigung und in der Beweisaufnahme wurden Thatsachen festgestellt, deren Abänderung im öffentlichen Interesse liegt. Ein für Anagge arbeitender Hausarbeiter sagte als Zeuge aus, daß seine beiden Kinder sowie seine Hausarbeiterin an einem eiserregenden Ausschlag erkrankt waren, so daß der Vater zwischen den Jüngern herumschleichen mußte, und daß die Hausarbeiterin doch umhauen mußte. Junge Wajinger behauptete, daß seine beiden Kinder in dem Zimmer, das ihm zum Wohnen und Arbeiten zugleich diente, an Typhus erkrankten und doch eins davon in dieser Wohnung, das andere im Spital der Krankheit erliegen sei. Ein anderer Zeuge mußte auf Befragen zugeben, daß sein Kind an den Mätern erkrankt war und von der Frau gepflegt wurde, die nichtsdessenweniger ebenfalls erkrankte. Privatärztin Ries gab ferner einen Fall bekannt, wo das Kind eines Heimarbeiters, der für Anagge arbeitete, an Typhus starb. Die Leiche des Kindes lag mehrere Stunden lang neben den anderen Kindern des Heimarbeiters im Bette und im nämlichen Räume, in dem der Mann wohnte. Hatte doch die ganze Familie, bestehend aus Mann, Frau und fünf Sproßlingen, nur ein Zimmer und eine kleine Küche zur Verfügung.

Der Sachverständige Dr. Stern erklärte, daß die Ansteckungsgefahr durch Kleider, welche mit Personen, die an Scharlach, Typhus, Tuberkulose etc. erkrankt sind, in Verührung kommen, nicht nur gegeben ist, sondern daß die Ansteckung durch solche Kleider sogar sehr wahrscheinlich sei.

Umständlich der Löhne wurde festgestellt, daß die Heimarbeiter kaum auf 30 Pf. pro Stunde kommen. Wo höhere Löhne erzielt wurden, da gelang dies nur durch intensive Ausnutzung der Arbeitszeit oder durch Ausbeutung dritter Personen. So wurde von dem Privatkläger Ries den einzelnen von Anagge vorgeführten Entlastungszeugen, die in der Anaggeschen Wohnliste mit erstaunlich hohen Entnahmen fungierten, nachgewiesen, daß sie diese Löhne nur unter Zuhilfenahme der Frau und mehrerer Gehilfen, in einem Fall sogar 3 und 7 Mann, erlangen konnten. Daß es diesen Arbeitern (Zwischenmeister) bei Anagge ganz gut gesehe und sie von der Errichtung einer Werkstätte nichts wissen wollten, versteht sich am Laube. Wie soll jedoch von diesen Zwischenmeistern die Ausbeutung der für sie frohstehenden armen Zeifel getrieben werden, erblicke aus der durch Zeugen festgestellten Thatsache, daß diese Leute täglich 14—18 Stunden und außerdem sehr oft Sonntagvormittags arbeiten mußten.

Die Errichtung einer gemeinsamen Pensions- und Sterbekasse für das Personal von Kommissar und dergleichen Beamten wird auf Antrag des Kommissarvereins Sächsisch in einer Versammlung der sächsischen Kommissarvereine nächsten Sonntag in Dresden eröffnet werden.

Obersächsische Volksschulen. In der Schule in Przelaita (im Industriebezirk) unterrichteten bis zum 1. Oktober v. J. zwei Lehrer ca. 200 Kinder. Vom 1. Oktober ab mußte ein Lehrer mit der gesamten Schulschule fertig zu werden suchen, und seit Neujahr ist die Schule in Przelaita ganz verwaist. Am 1. Februar soll wieder ein Lehrer angestellt werden. Der Patron dieser nach den Wünschen des ober-sächsischen Kreis- und Adels verwalteten Schule ist Graf Hugo Wendt von Donnerstorf auf Rakso (Kreis Zornowitz).

Leichenverbrennung in der Schweiz. Die Stadt Zürich hat vom dortigen Feuerbestattungs-Bereich das Krematorium weitgehend übernommen, außerdem wird ihr der Bereich einen Beitrag von 30 000 Fr. leisten zur Errichtung eines zweiten Krematoriums. Sobald die Sache in Ordnung ist, werden alle in Zürich verstorbenen Personen auf Verlangen unentgeltlich verbrannt, analog der unentgeltlichen Beerdigung. Die Reinktion auswärts verstorbener Personen erfolgt gegen Entrichtung der bisher üblichen Gebühren. Die Stadtgemeinde St. Gallen hat beschlossen, dem dortigen Feuerbestattungs-Bereich den Boden zum Bau eines Krematoriums unentgeltlich abzutreten.

Die allgemeine Hungernot im Süden Rußlands hat auch dort die zahlreichen deutlichen Kolonien in Mitleidenschaft gezogen. So berichtet, russischen Blättern zufolge, ein evangelischer Pfarrer aus dem Kreise Krasnodar, welcher der deutschen Gemeinde in der Landstadt Denissowka vorsteht. In Denissowka haben zur Zeit von insgesamt 18 Familien 16 einen Vorrat, der nicht für den folgenden Tag reicht. Auf einem Wege durch die Höhe überzogen ist mich, so schreibt der Pfarrer, daß an Futter kein Haub vorhanden ist; nur zwei Wirte haben für etwa 3 Monate Futter. In mehreren Häusern fehlen bereits die Fische und Ställe (man hat sie verkauft oder verbrannt). Es fehlt auch in gleicher Weise an Winterkleidern und Stiefeln. Im Sommer ist nicht eine Handvoll vorhanden. Ich besuchte eine Wöchnerin, die ein besseres Mehl und etwas Geld geschildet hatte. Sie hat alles mit ihren 8 Kindern geteilt und kam bei ihrer einzigen Nahrung — Weis in geringen Mengen — nicht zu Kräften kommen und sieht jämmerlich aus mit dem spärlichen, abgezehrten Gesicht. Die Mutter sah ihre vielen kleinen Knickelöpfe an und sagte: Möchte Gott einige zu sich nehmen! Man sorgt sich und weis sie nicht fast zu machen. Bitte sprechen Sie für uns, daß bald von der Behörde der versprochene „Suppentisch“ eröffnet wird. Der Pastor schließt seinen Brief mit folgenden Worten: „Wir will mein Brot nicht mehr säen, seit ich so viele Hungertote gesehen habe, ohne genügend geben zu können. Ich habe mein Legtes gegeben.“

Versammlungen.

Ueber die Weltpolitik und die Arbeiter sprach Genosse Burt am Dienstag in einer Versammlung des Arbeitervereins für den sächsischen Reichstags-Wahlkreis. Nachdem der Redner die gegenwärtige Flottenagitation als hauptsächlich von den Interrenten ausgehend gekennzeichnet und darauf hingewiesen hatte, daß der Nationalismus jener Leute in gleicher Weise wie der Preis der Panzerplatten, ging er zu einer Kritik der von den Flotten-schwärmern aufgestellten Behauptung über: Der neue Flottenplan komme auch den Arbeitern zu gute. An der Hand eines reichen Thatsachenmaterials trat Redner dieser Behauptung entgegen. Er wies darauf hin, daß die Lage der im Schiffbau beschäftigten Arbeiter keineswegs eine besonders gute sei, er ist füglich hätten ja die Arbeiter des Balkan gegen die unermesslich lange Arbeitszeit protestiert. Wenn wirklich in einem Industriezweig infolge guten Geschäftsganges die Arbeitslöhne steigen, so steigen auch gleichzeitig die Lebensmittelpreise und die Wohnungsmieten, so daß der Arbeiter von den erhöhten Löhnen einen thatsächlichen Nutzen nicht hat. Für uns, so führte der Redner weiter aus, frage es sich, ob die Arbeiterschaft im allgemeinen ein Interesse an der Vermehrung der Flotte hat? Dabei trat er der von Erich Koffer in den „Social. Monatsheften“ vertretenen Ansicht entgegen und kam zu dem Schluss, daß die Annahme, die zukünftige sozialistische Gesellschaft könne in die Lage kommen, ihre Existenz mit Panzerplatten und Kanonen verteidigen zu müssen, ebenso absurd sei, wie die Anschauung, daß wir mit Kanonen anwärtige Abhänglinge erobern müssen. Dazu brauchen wir nicht Kanonen, sondern freundschaftliche Beziehungen mit dem Auslande. Lediglich sei die Kolonisation und die Erweiterung des Absatzmarktes im Innere wertvoller, wie die Erwerbung von Kolonien in Afrika, die uns erheblich mehr kosten, als sie einbringen. Die deutschen Arbeiter, so schloß der Redner seinen beifällig aufgenommenen Vortrag, haben kein Interesse an der Flottenvermehrung. Mögen Leute, die von Lorbeerkränzen träumen, der Meinung sein, daß Deutschlands Heil auf Flottenparaden und Flottenmanövern beruhe. Das Volk will keine Weltmachtspolitik nach außen, und Ohnmachtspolitik im Innern gegenüber den unerfüllbaren Forderungen der Agrarier. Deutschland sei bisher Ambo gewesen und müsse jetzt Hammer werden, sagte Staatssekretär v. Walow. Wir sagen, die deutschen Arbeiter sind lange genug Ambo gewesen. Mögen sie sich organisieren, damit sie auch einmal Hammer werden können.

Eine Diskussion fand nicht statt. Der Vorsitzende Kiesel machte auf die am 28. d. M. stattfindende Generalversammlung und auf das Stiftungsfest am 10. März aufmerksam.

Ueber die Zwangsinnung der Tischler, soweit die Einrichtungen derselben die Gesellen betreffen, sprach der Tischler Ahrens am Donnerstag in einer bei Keller abgehaltenen, sehr zahlreich besuchten Holzarbeiter-Versammlung. Zunächst beschäftigte sich der Redner mit der Erröterung der Frage, welche den Mitgliedern der Orts-Krankenkasse der Tischler und Piano-Arbeiter durch die Errichtung einer Innungs-Krankenkasse erwachsen. Mit der genannten Ortskasse, die eine der bestgeführten in Berlin sei, seien die Kollegen sehr zufrieden. Die Bildung der Innungskasse habe nur die Folge, daß ein Geselle, der heute in einem Fabrikbetrieb arbeitet und der Ortskasse angehört, aus dieser ausscheiden und der Innungskasse beitreten muß, wenn er morgen bei einem Innungsmeister in Arbeit tritt, so daß also der Arbeiter, der öfter den Arbeitgeber wechselt, in keiner Kasse zur Vollberechtigung kommt. Die Unsicherheit in dieser Hinsicht sei um so größer, als das Gesetz nicht bestimmt, was ein Fabrikbetrieb und was ein handwerksmäßiger Betrieb ist. Wer einer freien Hilfskasse angehört, die dem § 75 des Krankenversicherungs-gesetzes genügt, könne allerdings nicht gezwungen werden, der Innungs-Krankenkasse beizutreten, daselbst gelte für die, welche als Selbstzahler in der Orts-Krankenkasse bleiben. In der Innungskasse wird das Selbstverwaltungsberechtigt der Arbeiter insofern bekannt, als das zur Genehmigung eingereichte Statut bestimmt, daß die Personen, welche die Kassen-gelder verwalten, nicht von der Generalversammlung der Krankenkasse, sondern von der Innungsversammlung gewählt und ihre Gehälter von Innungsvorstand festgesetzt werden. Damit sei also den versicherten Arbeitern jede Einwirkung auf die Wahl der Rendanten und Kassierer abgeschnitten. Man möge nicht etwa denken, die versicherten Arbeiter, die ja auf Grund ihrer Beiträge eine Zweidrittelmehrheit in der Generalversammlung der Innungs-Krankenkasse haben, könnten, wenn ihnen die Kasse nicht gefalle, die Auflösung derselben beschließen. Gegen diese Eventualität habe sich die Innung gefehert, indem sie dem Statut die Bestimmung einfügte, daß die Auflösung der Krankenkasse nur mit Zustimmung der Innungsversammlung stattfinden könne. Das ganze Bestreben der Innungsmeister

gehe dahin, die Gewalt über die Arbeiter zu bekommen. Nur so sei es zu erklären, daß auch die Errichtung eines Innungs-Schiedsgerichts vorgesehen sei. Obgleich das Berliner Gewerbegericht zur Zufriedenheit aller vorurteilslosen Leute funktioniert und sich in jeder Hinsicht gut bewährt habe, wolle man an dessen Stelle eine schlechte Einrichtung setzen. Die Innung wolle auch einen Arbeitsnachweis errichten, und mit diesem sollten nach der Absicht der Innungsmeister auch die Entlassungsbescheine obligatorisch eingeführt werden. Da das aber ungesetzlich ist, so habe diese Bestimmung nicht die Genehmigung der Behörde bekommen, was der Obermeister Marischall kürzlich in einer Versammlung lebhaft bedauerte. Auch bei den Bestimmungen, die das Innungsstatut bezüglich des Gesellenauschusses enthält, zeige sich die arbeiterfeindliche Tendenz der Innungsmeister. Da heisse es, die Wahl des Gesellenauschusses könne der Innungsvorstand innerhalb 24 Stunden nach Ausschreibung derselben verlangen. Eine Bestimmung, die in den meisten Fällen gar nicht durchführbar sei. Wenn die Wahl aber nicht innerhalb dieser Zeit erfolge, dann werde der Gesellenauschuss von der Behörde ernannt. Den Meistern werde dagegen zur Wahl der Delegierten für die Innungsversammlung eine Frist von drei Tagen gelassen. Da der Gesellenauschuss zu den Innungsversammlungen hinzugezogen werden muß, so hätten die Meister eine Bestimmung im Statut getroffen, mittels welcher unbecommene Ausschußmitglieder mundtot gemacht werden können, nämlich den Passus, welcher bestimmt, daß Mitglieder des Gesellenauschusses, die den Anordnungen des Innungsvorstandes nicht Folge leisten oder sich „ungebührlich“ betragen, von der Sitzung ausgeschlossen werden können. Zum Schluss, sagte der Redner, wolle er noch ein Wort anführen, welches von der Gesetzeskommission der Behörde Zeugnis ablegt. Die Gewerbe-Deputation des Magistrats habe dem Gewerbegericht mitgeteilt, daß vom 1. Januar an die Zwangsinnung der Tischler besteht und Marischall deren Obermeister ist. Diese Mitteilung der Gewerbe-Deputation sollte augenscheinlich den Zweck haben, daß mit Rücksicht auf das Innungs-Schiedsgericht die dem Tischlerberuf angehörenden Arbeiter derselben vom Gewerbegericht nicht mehr zu den Sitzungen herangezogen würden. Man habe sich aber die Zwangsinnung, noch gar nicht konstituiert, die Delegierten zur Innungsversammlung seien noch nicht einmal gewählt, niemand könne also wissen, ob die Innung überhaupt ein Schiedsgericht einzurichten beschließen werde. Auf Vorstellung des Redners sei denn auch die vorerwähnte Verfügung wieder rückgängig gemacht worden. — Mit der Zwangsinnung — so schloß der Redner — müsse man als mit einer gegebenen Thatsache rechnen. Um aber den Einrichtungen und Bestimmungen der Innung, welche die Interessen der Arbeiter schädigen und deren Rechte beeinträchtigen, möglichst entgegenzuwirken, müßten es sich die Gesellen zur Aufgabe machen, die Meister, welche sich bisher gar nicht um das Innungswesen gekümmert haben, darüber aufzuklären, daß ihnen die Zwangsinnung viel koste und nicht biete. So werde es vielleicht mit Hilfe derjenigen Meister, die der Innung nicht feindselig gegenüberstehen, gelingen, die arbeiterfeindlichsten Bestimmungen aus dem Innungsstatut zu entfernen. — Dem Referat folgte eine rege Diskussion, in der die Redner im wesentlichen mit dem Referenten übereinstimmten und dessen Ausführungen in einzelnen Punkten ergänzten.

Hierauf machte J. d. Mitteilung von dem Streik der Maschinenarbeiter der Firma C. A. Neger und ersuchte die Tischler, welche mit Arbeiten der genannten Firma zu thun haben, daß sie unsaubere Arbeiten zurückweisen und dadurch den Streik der Maschinenarbeiter unterstützen. Man machte darauf aufmerksam, daß Konflikte, welche etwa aus diesem Anlaß in irgend einer Werkstatt entstehen sollten, vorher der Verbandsleitung anzuzeigen seien.

In der Verbandstagsung der Tischler, die am 4. d. M. tagte, wurde folgende Resolution angenommen: Die Verbandstagsung ist damit einverstanden, daß von der Organisation ein Kollege fest besetzt wird, um die örtlichen Verhältnisse zu überwachen, und daß der Posten des Vertrauensmannes aufgehoben wird. Dafür hat die Organisation die gesamte Regelung der gewerblichen Verhältnisse zu übernehmen. Die amwesenden Delegierten werden auf den Arbeitstagen den Kollegen die Notwendigkeit dieser Maßnahmen unterbreiten. Hierauf wurde über Wählbarkeit auf den Posten gesprochen, und hierzu folgender Beschluß gefaßt: Die Verbandstagsung beauftragt die Lohnkommission, sobald wie möglich eine gemeinsame Kommissionsstagsung einzuberufen, um über die vorgebrachten Mängel zu unterhandeln. Alle Streitigkeiten sind im Arbeitsnachweis zu melden, um der Lohnkommission Material zur Verfügung zu stellen. Die Delegierten erkennen die Notwendigkeit des festen Zusammenhaltens an und verpflichten sich, für den größtmöglichen Ausbau der Organisation einzutreten, um gerüstet zu sein, die angeführten Mängel zu beseitigen.

Zum Schluss wurde auf die am Sonnabend, den 13. Januar, wieder beginnende Sammlung zum Streikfonds hingewiesen.

Der Verband der Bau-, Erd- und gewerblichen Hilfsarbeiter (Hilfsliste 1) nahm in der Stagsung am 7. Januar den Rassenbericht entgegen. Die hierauf vollzogene Wahl der Ortsverwaltung ergab folgendes Resultat: Bloß, zweiter Beobachtungsleiter; Schäfer, erster, Ludwig, zweiter Kassierer; Feuder, erster, Fischer, zweiter Schriftführer; Büchler, Braun und Hertel, Revisoren; Körner, Stammler und Schimmel, Thürcontroleure; Wötter und Heidemann, Zeitungsbedienten. Durch freiwillige Sammlung gewählten die Mitglieder einem kranken Kollegen eine Unterstützung von 18 M.

Der Verband der Bäcker nahm in seiner Generalversammlung am 4. Januar den Rassenbericht von 4. Quartal entgegen. Danach betrug die Einnahme 619,30 M., die Ausgabe 280,88 M. Die Jahresabrechnung wies eine Einnahme von 1699,62 M. und eine Ausgabe von 1487,17 M. auf. Nach einem Bericht über die Differenzen in der Beobachtungsprotokolle gab der Vorsitzende eine Uebersicht über die Thätigkeit des Verbandes im verfloffenen Jahr und wurde sodann die Wahl des Vorstandes vollzogen. — Der Rassenball des Vereins findet am 28. Januar statt.

Rixdorf. In der Mitgliederversammlung des Centralverbandes der Maurer, die am 5. d. M. tagte, hielt Carl R. A. u. einen Vortrag über den Kreislauf des Geldes und die Währungsfrage. Die Versammlung beschäftigte sich dann mit der Frage, ob Accordmänner der Organisation angehören dürfen. Dies wurde verneint und hierauf vier Mitglieder ausgeschlossen. Die zur Berichtigung gelangte Abrechnung ergab eine Einnahme von 1573,84 M. und eine Ausgabe von 1267,56 M. Zum Schluss wurde auf die Statistik für Arbeitslosigkeit hingewiesen und zur gewissenhaften Beachtung ermahnt.

Rixdorf-Brig. In der am 7. Januar im Apollo-Theater stattgehabten allgemeinen Versammlung der Arbeitervereine hielt Oberbürgermeister Günther einen Vortrag über die Unfallversicherung. Sodann wurde Bath zum Delegierten und Weiskopf zum Stellvertreter für das Gewerkschaftsstatut gewählt. Erwähnt möge noch werden, daß in dieser Versammlung zum erstmaligen zwei Beamte der Polizei erschienen, was unter dem Gendarmen-Regiment nicht der Fall war.

Freireligiöse Gemeinde. Sonntag, den 14. Januar, vorm. 8 1/2 Uhr, im oberen Saal des Englischen Gartens, Alexanderstraße 70. Versammlung freireligiöser Vereiner. Um 10 1/2 Uhr vormitags ebenfalls Vortrag des Hrn. J. A. Kammann: „Die Freiheit des Willens“. Gäste, Damen und Herren sehr willkommen.

Deutsche Gesellschaft für ethnische Kultur. Abteilung Berlin. Sonnabend, den 13. Januar, abends 8 Uhr pünktlich, Unter den Linden 16, III. Gruppe für ethnische Bildung: Vortrag von Prof. Dr. Börsing: „Ist das Sittengesetz wandelbar?“ — Diskussion.

Centralverband der Elektromonteur und Verfassgenossen Deutschlands. Session Berlin II. Heute 8 1/2 Uhr: Sitzung bei Innendörfer, Sophienstr. 5.

Tischlerverein. Heute, abends 8 1/2 Uhr, Reichsstr. 15: Generalversammlung.

*) Für Berlin und Magdeburg fehlen bei Weizen und Roggen die Notierungen für die Jahre 97 und 98.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.
Sonabend, 13. Januar.
Cyperhaus. Die Entführung aus dem Serail. Anfang 7 1/2 Uhr.
Schaubühnen. Das Waisenkind. Anfang 7 1/2 Uhr.
Deutsches. Der Probefandidat. Anfang 7 1/2 Uhr.
Leipzig. Vorh. Luer. Anfang 7 1/2 Uhr.
Berliner. Jaja. Anfang 7 1/2 Uhr.
Sänger. Freischütz und Leopold. Anfang 8 Uhr.
Neues. Hofmusik. Anfang 7 1/2 Uhr.
Wiken. Undine. Anfang 7 1/2 Uhr.
Nachmittags: Schneeweißchen und Rosenrot.

Thalia-Theater.
Tel. Amt IVa 6440, Bräunerstr. 72/73.
Täglich:
Noch nie dagewesener Posse-Lacherspiel:
Im Himmelhof.
Thomas, Thielcher, Helmerding, Funkenmann, Rossmüller, Margarete Krosch, Ida Wilton, Valerie Schöner. Anfang 7 1/2 Uhr.

Carl Weiss-Theater.
Gr. Frankfurterstr. 132.
Nachmittags 4 Uhr:
Kinder-Vorstellung zu kleinen Preisen. Das Märchen vom falschen Prinzen.
Abends 8 Uhr:
Kinder der Hölle.
Vorzugsbillets haben Gültigkeit. Morgen: Dieselbe Vorstellung.

W. Noacks Theater.
Brannenstraße 16.
Heute Sonabend, 13. Januar 1900.
Wegen Privatfestlichkeit keine Vorstellung.
Sonntag:
Der Boerenkrieg.

Maehrs Theater.
Oranienstr. 21.
Täglich:
Kinder der Pflanz.
Original-Burleske in 1 Akt. Anna und Bruno Bühner, Besondere Besetzung.
Brackfoords, Afrobaten, Little Freed, Trapezkünstler, Anna Hartmann usw.
Anfang 9 Uhr. Kasseneröffnung 7 Uhr.

Schiller-Theater.
(Dollner-Theater).
Sonabend, abends 8 Uhr:
Freudvoll und leidvoll.
Bolschuld in 4 Aufzügen von Louis Herrmann. Musik von G. Steffens.
Sonntag, nachmittags 3 Uhr:
VI. Vorstellung im Schiller-Gebäude:
Wallensteins Tod.
Abends 8 Uhr: Cyprienne.
Montag, abends 8 Uhr:
Freudvoll und leidvoll.

Reichshallen.
Täglich:
Stettiner Sänger.
Anfang:
Nachmittags 8 Uhr.
Sonntag 7 Uhr.
Entrée 50 Pfennig.
Sopranverkauf 40 Pf.

Central-Theater.
Direktion: José Forenzy.
Vorlesende Woche:
Die Geisha.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Sonntag, 14. Januar, nachm. 3 Uhr: Gedächtnisfeier Winklers, zu halben Preisen: **Der Bettelstudent.**
Abends: Letzte Sonntag-Vorstellung: **Die Geisha.** Anfang 7 1/2 Uhr.
Donnerstag, 18. Januar: **Damen-Souvenir-Abend.** Zum 400. Male: **Die Geisha.**
Sonabend, den 20. Januar, zum erstenmal: **Die kleine Cenerentola.** Operette in 3 Akten von Rich. Heuberger.

Thalia-Theater.
Tel. Amt IVa 6440, Bräunerstr. 72/73.
Täglich:
Noch nie dagewesener Posse-Lacherspiel:
Im Himmelhof.
Thomas, Thielcher, Helmerding, Funkenmann, Rossmüller, Margarete Krosch, Ida Wilton, Valerie Schöner. Anfang 7 1/2 Uhr.

Carl Weiss-Theater.
Gr. Frankfurterstr. 132.
Nachmittags 4 Uhr:
Kinder-Vorstellung zu kleinen Preisen. Das Märchen vom falschen Prinzen.
Abends 8 Uhr:
Kinder der Hölle.
Vorzugsbillets haben Gültigkeit. Morgen: Dieselbe Vorstellung.

W. Noacks Theater.
Brannenstraße 16.
Heute Sonabend, 13. Januar 1900.
Wegen Privatfestlichkeit keine Vorstellung.
Sonntag:
Der Boerenkrieg.

Maehrs Theater.
Oranienstr. 21.
Täglich:
Kinder der Pflanz.
Original-Burleske in 1 Akt. Anna und Bruno Bühner, Besondere Besetzung.
Brackfoords, Afrobaten, Little Freed, Trapezkünstler, Anna Hartmann usw.
Anfang 9 Uhr. Kasseneröffnung 7 Uhr.

Schiller-Theater.
(Dollner-Theater).
Sonabend, abends 8 Uhr:
Freudvoll und leidvoll.
Bolschuld in 4 Aufzügen von Louis Herrmann. Musik von G. Steffens.
Sonntag, nachmittags 3 Uhr:
VI. Vorstellung im Schiller-Gebäude:
Wallensteins Tod.
Abends 8 Uhr: Cyprienne.
Montag, abends 8 Uhr:
Freudvoll und leidvoll.

Reichshallen.
Täglich:
Stettiner Sänger.
Anfang:
Nachmittags 8 Uhr.
Sonntag 7 Uhr.
Entrée 50 Pfennig.
Sopranverkauf 40 Pf.

Metropol-Theater.
Behrenstraße 55-57.
Neue Debüts!! Neue Debüts!!
Liane de Vries. Pauline d'Argent.
Litke Carlsen. Rapoli.
Carmen Rosario. The Clives.
Mary Wolf,
sowie das vollständig neue Januar-Programm.
Um 9⁰⁰ Uhr:
Die Sensations-Novität
„Die verkehrte Welt“
mit der feenhaften Truppen-Revue.
Anfang: An Wochentagen um 8 Uhr, an Sonn- und Festtagen um 7 1/2 Uhr abends.

American-Theater.
Dresdenerstr. 16. Dir.: Emil Schnabl.
Heute:
Erster großer Maskenball.
Beginn 10 Uhr. Einlass 9 Uhr.
Morgen Sonntag:
Berliner Boulotte
oder: **Direktor Strieck auf Reisen.**
Anfang 7 Uhr. Kasseneröffnung 6 Uhr.

Sanssouci
Kottbuserstr. 4a.
Heute geschlossen.
Sonntag:
Hoffmanns Norddeutsche Säger
Anfang 6 1/2 Uhr.
Nach der Sotzer:
Tanzfränzchen.

Cirkus Schumann.
Heute Sonabend, 13. Januar, abends prächtig 7 1/2 Uhr:
10. Grande Soirée High Life.
Gala-Programm. u. a.:
Neu! Neu! Neu!
Die ersten Springarten, tauchenden u. schwimmenden Piraten in Deutschland.
Sprung aus einer Höhe von 50 Fuß. u. a. die phänomenalen Leistungen der **12 Akimotos 12**
Zum erstenmal in Europa.
Aus dem Reiche des Mikado:
Japan in Berlin.
Die Kraber.
Direktor Albert Schumann mit seiner anerkannt anerkannt dastehenden Original-Truppen.
Zum Schluss: Zum 66. Male: Das glänzende Ritterkutschspiel **Schwarz und Weiß** mit sämtlichen neuen Einlagen.
Sonntag: 2 große Vorstellungen. Nachm. 3 1/2 Uhr und abends 7 1/2 Uhr.
In beiden Vorstellungen: Die 12 Akimotos, Die Kraber u. Nachmittags: Die reizende Ausstattungsphantasie **Im Weihnachtsbazar** oder: **Die Puppenkönigin.** Nachm. 1 Kind frei. Abends: **Schwarz und Weiß.**

Palast-Theater.
früher Feen-Palast, Burgstr. 22.
Das große neue erklaffte **Januar-Programm.**
Niagara-Trio, a. d. Hochsee! Felicitas, Akrobatentruppe, Latouré, Miniaturo-Vagabunde, Bendix, Prevost, Wardini, Vité, The Oudassan usw.
Um 8 1/2 Uhr: Großer Lacherspiel über das Berliner Lebensbild
Teufel von heute.
Kiebitz. Dir. Wilh. Fröbel.
Heute Sonabend nach der Vorstellung **Gesellschaftsabend und Tanz.**
Beginn der Vorstellung: **Drei Taus.**
Anfang 7 1/2 Uhr. Tanz 11 Uhr.
Kasseneröffnung 6 1/2 Uhr. Entrée 11-1.
Entrée: Vorstellung u. Tanz 30 Pf. Gärten- und Vorzugskarten sind gültig.

Cirkus Busch.
Heute, den 13. Jan., abends 7 1/2 Uhr:
High Life Evening.
Die Camorra.
Außerdem vorzügliches Programm.
Sonntag: 2 große Vorstellungen. Nachm. 4 Uhr: Stampfche Spiel. Abends 7 1/2 Uhr: Die Camorra.

Passage-Panopticum.
Der amerikanische Haar-Athlet
Sascha
hebt mit den Haaren bis 300 Kilo
Theâtre varié 7-10 1/2 Uhr.
Anatomisches Museum
Dienstags für Damen.

CASTANS PANOPTICUM
Neu! Neu! Neu!
Cecil Rhodes Chamberlain Ohm Krüger General Joubert Boerensoldaten Cindarella.
Drei Märchengruppen.

Kösliner Hof
Köslinerstr. 8.
Jeden Sonntag: **Ball.**

Treptow Restaurant Karpfenteich.
Alte Köppler Landstraße.
Jeden Sonntag: 34500
Großer Ball.
Neuer Parktheater.
Kaffee in Partionstänzen.
Neuer Abendkurs der **„Elektra“**
Montag, 15. Januar 1900.
Dauer sechs Monate in Theorie und Praxis.
Keine Vorkenntnisse.
Jugend-Stellungsnachweis.
Anmeld. Prinzenstr. 55 I.
Man verlange Prospekt.

Falbe,
44. Eisassenerstr. 44.
Behandlung aller Haut u. Hornleiden ohne Verabreichung.
Zuricht. 9 morg. bis 9 abends.
Sonntag u. Donnerstag 9-3.
Bei Vorlegung der Serbenkarten 10 Pro. 34510

Für 36 Mark
heutige keine Winter-Paletots noch Roh, für 30 Mark hochseine Anzüge noch Roh, für 8-12 Mark keine Posen noch Roh. 34500
Neuen-Stofflager.
Anfangstr. 14, I. kein Baden.

Natur-Heilverfahren.
Haut-, Horn- u. Hornleiden.
Franca-Krankheit. Heilt sicher ohne Verabreichung. 34440
R. Wagner, 9-2-9, 349-2

Jeder Arbeiter Jeder Handwerker sollte zur Arbeit
die Lederhose Herkules tragen. Allen-Berlauf. Sehr harte Ware in praktischen grauen u. braunen Streifen. Hinten u. vorn am Bund aus einem Stück gearbeitet. Reithöfchen u. Appenähle. Feine Leder-Pilot-Taschen. die Hufe
(bei Entnahme von) **4 Mk. 50**
Seit indigoblaues Jackett für Maschinen, Monteur etc. 1 Mk. 50
Echt indigoblaue Hose dito 1 Mk. 50
Prima Ränderer Hose 8.-, 4 Mk. 75
Gefütterte Mantel-Jackett 13.-, 9.-
Körte-Kittel, geflügelt Kettel 2 Mk.
Maler-Mittel im Feinen-Kit. 2 Mk. 25
Reparatur-Mittel (braun). 2 Mk. 40
Weißes Leder-Jackett, geflügelt, zweifelh. 7 Mk. 50
Weiße Leder-Hose, Prima Ware 3 Mk. 75

Baer Sohn
En gros. Export. En detail.
Chaussee 24. Brückenstr. 11.
Gr. Frankfurterstr. 20.
Die 14te Schüler-Preisliste 1900 über gesamte Herren- und Knaben-Bekleidung (Ausgabe 1 Million) ist erschienen und wird kostenlos und portofrei zugesandt. 34570
Verlang von 20 Mk. an franco. — Bei Bestellung genügt Angabe der Brust- u. Handweite u. Schriftgröße.

Ausschneiden und einenden!
5 Jahre Garantie!
14 Tage zur Probe
oder als Geschenk
verlange ich von der Stahlwaren- und Waffensabrik von **Friedrich Wilhelm Engels** in **Nümmen-Gräfrath** bei **Solling Nr. 241** abgebildete Rasiermesser Nr. 3047, mit prima magnetischer Silberstahl Klinge, feinsten Hornheft der Stück 1,50 und verpflichte mich, den Betrag dafür in dieser Zeit einzulösen oder, falls mir das Messer nicht gefällt, solches zurückzusenden. Sollte ich aber entsprechende Nachbestellungen auf Artikel Ihres Katalogs machen können, behalte ich das Messer als Geschenk.
Dir., Straße, Hausnummer, Post (deutsch)
Name, Stand (recht deutsch)

Neuere Produktkatalog mit Nachtrag, ca. 300 Seiten mit vielen Neuheiten von Sollinger Stahlwaren, Haushaltsgegenstände, Gold-, Silber-, Lederwaren, Waffen usw. verjeude an jedermann umsonst und portofrei.

Grosser Brand-Ausverkauf.
Die durch Feuer und Wasser beschädigten Waren, als: **Haus- und Küchen-Geräte, Lederwaren, Galanterie- und Spielwaren** usw. werden schleunigst zu **spottbilligen Preisen** verkauft.
S. Neumanns Central-Bazar, Andreas-Strasse No. 62.

Kleine Anzeigen.
Jedes **5 Pfennig.**
Wort: **5** Nur das erste Wort fett. Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

Verkäufe.
Garbinenhaus Große Frankfurter-Brücke 9, parterre. 11085
Möbel aus Teilzahlung Teichmann, Prinzenstraße 62. 11675
Ruhbaummöbel, moderne, elegante, Stühle, Tische 225 bis 500 Mark, auch einzelne spottbillig (Fein Baden) Gartenstraße 32A I. links. 1470
Bestellen mit Musikauftrag 18, einfache 8, Schloß, gut erhalten, sowie aufgearbeitet mit neuen Bezügen. Möbelgeschäft Klinkamerstr. 20. 143
Kantinenhähne und Weibchen billig zu verkaufen bei Jenck, Dönhofs-straße 30, vorn 4 Treppen. 1414
Rahmschinken, Adler-Singerstr. 10, Schmelzer, ohne Anzahlung, fünfjährige Garantie. Postfach. Rantzen, Dönhofsstraße 40. 1452
Wahrrad, hochlegant, Prachtmaschine, lebendiger, sofort bringend spottbillig. Cigarrengeschäft, Königs-bergerstraße 7. 120/11

Möbel, bar und Teilzahlung, billig. Frankfurter Allee 110, I. Ecke Königbergerstraße. 3878
Vorjährige elegante Herren-paletots und Anzüge aus feinsten Stoffen 25-40 Mark. Verkauf Sonnabend und Sonntag. Verkaufshaus Germania, Unter den Linden 21 II.
Elegante vorjährige Herrenhosen, feinste Stoffe 9-12 Mark. Verkauf Sonnabend und Sonntag. Verkaufshaus Germania, Unter den Linden 21 II.
Teppich, prachtvoller, Rauerhof, Große Frankfurterstraße 9. 7116
Betten, Teppiche, Stoppdecken, Gardinen spottbillig. Handeltische Reanderstraße 6.
Winterpaletots, Anzüge, Remonturhosen, Regulatoren spottbillig. Handeltische Reanderstraße 6. 140/15
Fahrräder, Gefelle, gepolte Räder, teils billig, teils neue Teilzahlung, Jaberit, Oranienstraße 33, II.
Fahrräder, erhaltene Marken, 3 Jahre Garantie. Gefährte Räder, noch gut erhalten, billig. Teilzahlungen gestattet. Landens und Einführer werden verliehen. Karl Hüder, Seuffelstraße 9. 118

Goldwaren-Ausverkauf, spottbillig.
Stollgerstraße 126 parterre. 128
Librenausverkauf spottbillig, Stollgerstraße 126 parterre.
Stoppdecken am billigsten Habrit Große Frankfurterstraße 9, parterre
Gobelbänke, auch kleine, verkauft Dienitz, Bredowstraße 41. 7136

Vermischte Anzeigen.
Technikum Berlin, Holzmarktstr. 73. Neuer Monteur-Abendkurs 15. Januar. 239
Technikum Berlin, Neuer Abendkurs für Manture u.
Technikum Berlin, Holzmarktstr. 73. Man verlange Prospekt.
Augustabad, Köpplerstraße 60. Bäder jeder Art für sämtliche Krankheiten. 3088
Viatin, Gold, Silber, Schmelz, Treiben, Louis zu hohen Preisen die Schmelze, Zimmerstraße 32. 1356
Vereinzimmer empfiehlt Bier, Alte Jakobstraße 119. 288K

Wenerlegions, Brodhaus, Bremen und andere wissenschaftliche Bücher faust und beliebt. Antiquariat Kochstr. 56 I. 2578
Vereinzimmer mit Meier zu vergeben. Januar, Köpplerstraße 36. 17438
Vereinzimmer zu vergeben. Köpplerstraße 22. 7104
Schmelzblasfabrik, Klein, gebr. auch gut, faust Gerstenberger, Dresdenerstraße 14. 7116

Vermietungen.
Wohnungen.
Restauration, Götzen, Vereinzimmer, angenehme Wohnung, 1500 Mark, April zu vermieten. Rlydorf, Ringbahnstraße 16. 17448
Mühlenstr. 8, nahe Oberbaum u. Station Borschauerstraße, sind zum 1. April freundl. Wohnungen von 3 Stuben u. Küche billig zu vermieten. Kaufmann erntlich, Bernolter u. Portier.

Arbeitsmarkt.
Stellenangebote.
Gesangverein sucht Dirigenten für Freitag. Offerten unter G. 1. in der Expedition der Zeitung erbeten.
Korbmacherei und Verziererei verlangt. Andreasstraße 10. 17546
Poliererei aus Schmir- und Spagierhüte in und außer dem Hause verlangt. Schmitz, Ritterstraße 50.
Barockergolber, zugleich Verziererei, verlangt. Goldschmiedstr. 10. 17418
Dirigent gesucht für Arbeiter-Gesangverein für Mittwochabend. Zu erfragen. Rantzenstraße 8, bei Conrad.
Korbmacher verlangt. Goldschmiedstr. 10. 17418
Alte Frau oder Kinden-Empfängerin wird gesucht zu leichten häuslichen Arbeiten. Zu melden abends 7 Uhr beim Portier. Wilhelmshafen-Str. 53. 7136

Jackett-Arbeiterinnen verlangt. Rantzen, Gertrudenstraße 31, vorn IV.
Kartonnage-Arbeiterin auf Eigenem-Kontingenz verlangt. Emil Bolger, Dönhofsstraße 2, Hofparterre. 1906
Ein junges Mädchen, 15-16 Jahre, für leichte Handarbeit sucht Arbeit. Dönhofsstraße 35, vorn III. 1047
Mantel auf Einzahlung verlangt. Rantzen, Dönhofsstraße 35, vorn III. 1047
Jackett-Arbeiterinnen verlangt. Rantzen, Rantzenstraße 21, und Müllerstraße 7a III bei Kramer. 10976
Im Arbeitsmarkt durch besonderen Druck hervorgehobene Anzeigen kosten 10 Pf. pro Zeile
Achtung, Sattler!
Bei der Firma **F. Pitter**, Dönhofsstraße 35, haben die Kollegen im Streik. Zugang ist streng verboten. 154
Die Agitationskommission, Berlin I

Verantwortlicher Redakteur: **Paul John** in Berlin. Für den Anzeigenstell verantwortlich: **Th. Glock** in Berlin. Druck und Verlag von **Max Pabing** in Berlin.